



Touristen auf einem Kreuzfahrtschiff blicken aufs Meer und denken wahrscheinlich nicht an den Klimawandel Foto: Martin Wagner/imag

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

verboten blickte am Donnerstag auch nicht mehr durch, was in der Straße von Hormus eigentlich gerade los ist.

Die „Tagesschau“ meldet um 8.41 Uhr: „Iran und Oman einigen sich auf neue Route durch Straße von Hormus.“

Um 8.54 Uhr titelt „ZDF heute“ mit „Iran: Einigung mit Oman zu Straße von Hormus steht kurz bevor.“

Und wiederum die Tagesschau um 13.48 Uhr: „Abkommen zwischen Oman und Iran?“

O Maaaaan ...

Heißer Scheiß

Ein Bündnis fordert von der Bundesregierung einen Hitzegipfel

8

26.000

GenossInnen ermöglichen die taz, indem sie in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder unter 030 | 25 90 22 13

Vorbereitung auf den Ernstfall

Wie Antifas sich für eine AfD-Regierung in Sachsen-Anhalt wappnen

4–5

Foto: Harald Krieg

Kurdisch im Parlament

Türkei forciert Amnestiegesetz für PKK-Mitglieder

10

Mann müsste man sein

Das Abstammungsrecht benachteiligt noch immer queere Paare

7

Sechs Monate in syrischer Haft

Die freigelassene Journalistin Eva Maria Michelmann im Interview

14

Foto: Bode/imag

Kommentar von Tanja Tricarico zum Drohnenvorfall am Leipziger Flughafen

Jetzt bitte keine Panik

inen besseren Zeitpunkt hätte es vermutlich kaum geben können. Die Republik kämpft müde gegen die Hitze, endlich sind im ganzen Land Sommerferien. Und ausgerechnet jetzt wird eine Drohne mit Sprengsatz auf dem Leipziger Flughafen gefunden. Da muss sogar der Innenminister seinen Italien-Urlaub unterbrechen. Alexander Dobrindt greift gleich tief in den politischen Phrasenkasten und spricht von einem „hybriden Anschlagsszenario“. Ja, der Fall ist ernst zu nehmen, und ja, es ist ein Glück, dass der Sprengsatz nicht hochging. Dobrindts Gerede von den „fremden Mächten“, die vermutlich dahinterstecken könnten, sorgt aber nicht wirklich für einen rationalen Umgang mit dem Flugobjekt, auf dem Territorium einer kritischen Infrastruktur.

Lange rangen Bundesregierung und Parlament um ein Gesetz, das den Schutz von Flughäfen, von

Energieversorgern, von Bahnstrecken – eben allem, was zur kritischen Infrastruktur der Republik gehört, stärken sollte. Nach etlichen Verzögerungstaktiken – übrigens seitens der Union – kam es schließlich zum Kritis-Dachgesetz. Darüber sollen vor allem die Betreiber für mehr Schutzmaßnahmen sorgen – wie das genau funktionieren kann, bleibt in vielen Fällen offen oder unklar. Zugleich gründete Dobrindt weitere Abwehrzentren und Krisenzentralen, um sich der Abwehr von Drohnen anzunehmen. Doch ausgerechnet am Flughafen Leipzig wurde diese Art der Drohnen gar nicht bemerkt. Immerhin soll jetzt ganz schnell nachgerüstet werden mit Geräten zur Drohnenabwehr. Also bis spätestens Ende des Jahres, wenn man den Aussagen des Bundesluftfahrtverbands glauben darf.

Trotzdem lässt sich nicht leugnen, dass der Leipziger Drohnenfund offenbar immer noch für

Überraschungen sorgte. Dabei hätte ein Blick in den Osten oder Nordosten Europas genügt. Dort kommt es seit Monaten zu Drohnensichtungen, sogar Nato-Kampffjets mussten in Estland und Lettland zwei Flugobjekte abschießen. Vermutet wird, dass die russische Armee ukrainische Drohnen auf dem Weg zu militärischen Zielen in Russland digital vom Weg abkommen lässt und auf Nato-Territorium lenkt. Wir sind im Zeitalter der elektronischen Kriegsführung angekommen. Und die macht nun mal auch nicht vor Deutschland halt.

Und jetzt? Bitte kein Kompetenzgerangel zwischen Zuständigkeiten, bitte kein hektisches Freigeben von Kompetenzen an etwa die Bundespolizei, die dann Drohnen im Notfall gleich abschießen darf. Aber vor allem bitte keine Panik! Mehr Realitätssinn und Bewusstsein für die Zeichen der Zeit.

drohnen 3



das portrait

Foto: Michael Kappeler/dpa

Cannabiskritiker Thomas Bareiß, CDU, hat ein Drogenproblem

Die Sommerpause begann für den CDU-Politiker Thomas Bareiß mit einem Crash. Bei einem Unfall Mitte Juli war das Auto des Politikers mit einem anderen zusammengestoßen und hatte sich überschlagen. Der 51-Jährige wie auch die drei Insassen des anderen Wagens wurden schwer verletzt. Jetzt holt ihn der Vorfall auch politisch ein.

In einer Stellungnahme sprach die Familie des evangelischen Christdemokraten von einem „großen Schutzengel“, der ihm neben den Rettungskräften das Leben gerettet habe. Bareiß’ Stellungnahme diese Woche verzichtete auf solches Lametta. „Ich habe in der vergangenen Zeit Entscheidungen getroffen, die ich sehr bereue und die die an mich zu Recht gestellten Ansprüche nicht erfüllen“, heißt es in der Erklärung, die er über seinen Anwalt verbreiten ließ. Er lasse seine Parteiämter ruhen und nehme über die Sommerpause eine Auszeit.

Kurz vorher hatte die Staatsanwaltschaft bekanntgegeben, dass er als mutmaßlicher Verursacher wohl unter Drogeneinfluss gestanden habe. Die synthetische Substanz, die in nicht geringer Menge in seinem Blut gefunden worden sei, unterliege dem Betäubungsmittelgesetz, erklärten die Ermittler.

Thomas Bareiß, der seit 2005 im Bundestag sitzt, ist nach dem Rücktritt von Jens Spahn schon der zweite dezidierte Konservative, der sein Privatleben nicht mit der selbst formulierten eigener politischen Linie in Einklang bekommt und damit seine Karriere stoppt. Als dezidiert Kritiker einer Teillegalisierung von Cannabis sagte er im April 2024 der Funke Mediengruppe, „dass man Konsum und Verkehrssicherheit schwer unter einen Hut bekommt“.

Bareiß war auch in den Merkel-Jahren der CDU ein verlässlicher Rechtskonservativer, der regelmäßig Kritik auf sich zog, auch aus den eigenen Reihen. So war er Mitbegründer des rechten „Berliner Kreises“ der CDU, aus dem später die „Werte Union“ hervorging. Bareiß wandte sich gegen die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften: Man dürfe die Ehe „nicht verwässern“, fand er. In der Flüchtlingskrise 2016 gehörte er zu den Kritikern von Merkels Linie und lud zu einem Kreisparteitag zum Thema einen Minister Viktor Orbán als Redner ein.

Auch jenseits von Orbán Ungarn pflegte Bareiß, den „Greenpeace“ mal den „schlimmsten Klimabremser der Großen Koalition“ unter Merkel nannte, undurchschaubare Kontakte nach Osteuropa. Die Vermutung, Bareiß habe in der Coronakrise versucht, Beatmungsgeräte eines deutschen Unternehmens nach Aserbaidschan umzuleiten, konnte nicht bewiesen werden. Bareiß’ Name fiel auch immer im Zusammenhang mit der Aserbaidschan-Connection der baden-württembergischen CDU.

Auch gegenüber Russland zeigt Bareiß wenig Berührungängste und schlug als einer der CDU-Unterhändler bei den Koalitionsverhandlungen mit der SPD öffentlich vor, die russische Gaspipeline Nordstream 2 zu reparieren. Diese könne „Teil eines Deals Trumps mit Putin sein“, um den Krieg zu beenden. Auch aus der eigenen Reihen erntete Bareiß dafür harsche Kritik.

Auch der Crash unter Drogeneinfluss muss nicht zwingend sein politisches Ende bedeuten. Denn Bareiß ist ein Stehaufmännchen. Nach den Aserbaidschan-Vorwürfen verkündete er schon einmal eine Auszeit, die er in einem Benediktinerkloster in Jerusalem verbrachte. Nach wenigen Monaten kehrte er, angeblich geläutert, nach Berlin zurück. Bei der letzten Bundestagswahl holte er erneut seinen Wahlkreis mit immerhin 37 Prozent direkt.

Benno Stieber

Gegen Niedrigwasser immer tiefer Rhein

Niedrige Pegelstände großer Flüsse bedrohen auch Ökosysteme. Doch der Bundesverkehrsminister plant nur Maßnahmen für die Rettung der Wirtschaft

Von Nanja Boenisch

Das Niedrigwasser in deutschen Wasserstraßen ist eine Folge des Klimawandels, das machte Stefan Bilger (CDU) am Donnerstag klar – klarer, als es wohl vielen seiner Parteikolleg:innen gelingen wäre. Und doch sieht der Bundesverkehrsminister in den niedrigen Pegelständen vor allem eine „konkrete Herausforderung für unsere Wirtschaft und unsere Versorgung“.

Kurzfristig will Bilger, noch frisch im Amt, dieser Herausforderung mit der Verlagerung von Gütertransporten vom Schiff auf die Straße und die Schiene begegnen. Dafür wolle etwa die Deutsche Bahn mehr Kapazitäten im Schienen-güterverkehr bereitstellen, und für die Straße plant Bilger, das Lkw-Fahrverbot an Sonn- und Feiertagen abzuschaffen. Wie genau das Verbot ausgesetzt wird, wolle er mit den Verkehrsminister:innen der Länder besprechen. Die seien schon jetzt weitgehend offen für seine Idee, so Bilger am Donnerstagnachmittag in Bonn.

Wegen der außergewöhnlich niedrigen Pegelstände in den großen Flüssen Rhein, Donau und Elbe hatte Bilger für Donnerstag zu einem Krisentreffen eingeladen. Mit betroffenen Unternehmen, Industrie-, Häfen-, Schifffahrtsverbänden und Behördenvertreter:innen tauschte sich der CDUler über den Umgang mit dem Niedrigwasser aus. Auch die DB Cargo, Güterverkehrstochter der Deutschen Bahn, und der Lkw-Lobbyverband BGL nahmen teil. Um-

weltorganisationen waren nicht eingeladen.

Am Ende des Treffens sagte Bilger, dass sich die Teilnehmenden in vielen Punkten einig gewesen seien. Mittelfristig müssten etwa Schiffe modernisiert werden, um besser in niedrigem Wasser fahren zu können. Langfristig gehe es um den „Ausbau unserer Wasserstraßen“, an vorderster Stelle stehe die „Engpassbeseitigung Mittelrhein“.

Am Mittelrhein, besonders an der Engstelle Kaub zwischen Koblenz und Wiesbaden, fordert der Bundesverband der Binnenschifffahrt schon seit einer Weile eine Fahrrinnenvertiefung: Die sogenannte Fahrrinne, also der Teil einer Wasserstraße, der für den Schiffsverkehr bestimmt ist und deshalb eine gewisse Mindesttiefe haben muss, müsse mit Spezialschiffen vertieft werden. „Jeder Zentimeter mehr Tiefe bedeutet mehr Ladung auf den Schiffen“, sagte Bilger nun am Donnerstag in Bonn, und das bedeute, dass weniger Güter mit Lkws auf der Straße transportiert werden müssen.

An mehreren Orten haben die Pegelstände in den vergangenen Tagen historische Tiefpunkte erreicht. Am Rhein in Köln wurde schon am Samstag der tiefste Stand seit Beginn der Aufzeichnungen gemessen, an der Stelle Kaub sanken die Werte am Dienstag auf 24 Zentimeter, unter das bisherige Tief aus dem Jahr 2018. Bis zum Wochenende erwartet die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung dort ein weiteres Absacken auf 17 Zentimeter. Die Elbe in Magdeburg führte am Donnerstag so wenig

Wasser wie noch nie seit 1727, als die Messungen dort begannen. An der Donau wurde zuletzt an 78 Prozent der Messstellen in der Bundesrepublik extremes Niedrigwasser verzeichnet.

An der Donau, die im Schwarzwald entspringt und dann durch Bayern weiter nach Österreich fließt, hat das vor allem Auswirkungen auf den Tourismus, Ausflugsschiffe und Flusstouren sind eingeschränkt. Auf der Elbe ist derzeit keine Binnenschifffahrt möglich – ohnehin läuft der meiste Güterverkehr per Binnenschiff aber über den Rhein. Dort wiederum können viele Frachter aktuell oft nur noch ein Fünftel ihrer gewöhnlichen Ladung tragen, besonders schwere Schiffstypen können gar nicht ablegen. Entlang des Rheins sind historisch große Industriestandorte gewachsen, die typischerweise von der Flussnähe profitierten und den Gütertransport per Binnenschiff fest in ihre Lieferketten integriert haben.

Die niedrigen Pegelstände in großen deutschen Flüssen seien ein Extremszenario, sagte Tillmann Buttschardt der taz – und zwar eines, das sich über mehrere Jahre hinweg angebahnt hat. Buttschardt ist Professor für angewandte Landschaftsökologie und ökologische Planung an der Universität Münster, dort lehrt er unter anderem im Studiengang Wasserwissenschaften.

Seit 2011 haben Wetterforscher:innen in Deutschland mehrere besonders trockene Jahre verzeichnet, der Deutsche Wetterdienst beschreibt auch

die Frühlings- und Sommermonate dieses Jahres als mild, sehr sonnig und deutlich zu trocken. Seit Wochen bleiben in vielen Regionen Regenfälle aus. Und schon seit dem Hitze- und Dürresommer 2003 hätten sich die Grundwasserstände in Deutschland nicht richtig erholt, sagte Buttschardt. Außerdem sei der Schnee in den Alpen, der zum Beispiel dem Rhein dann als Schmelzwasser zufließt, in diesem Jahr früher geschmolzen als in den meisten anderen Jahren, weil es früher warm wurde. „Die Alpen werden das Wasserschloss Europas genannt“, sagte Buttschardt. „Aber da ist nichts mehr drin.“

Das habe dann nicht nur Auswirkungen auf die Wirtschaft, sondern auch auf die Ökosysteme. Niedriges Wasser erwärme sich noch mal schneller, dann wachsen Algen und Bakterien schneller. Sauerstoff fehlt, „dann kriegen die Fische und andere Lebewesen Stress“.

Was sich dagegen tun lässt? „Wenn ich das als Klausurfrage stellen würde, müssten meine Studierenden immer mit ‚Klimaschutz‘ antworten“, so Buttschardt. Eine kurzfristige Lösung gebe es dafür nicht. Langfristig müsse die europäische Wasserrahmenrichtlinie konsequent umgesetzt, Feuchtgebiete wiedervernässt oder Auen renaturiert werden, um wieder mehr Wasser in der Landschaft zu halten. Nur von Fahrrinnenvertiefungen hält Buttschardt nichts – damit fließe durch die stark kanalisiertes Wasserstraßen nur noch mehr Wasser schneller ins Meer ab.

Tiefer gelegt:
Ein Tanker
tuckert auf
dem Rhein bei
Oberwesel.
Große
Ladungen
führen kann er
derzeit nicht
Foto: Thomas
Frey/dpa



taz lage

Von Tauben, Briefe und Böden

Wir sind alle dem Untergang geweiht – so zumindest fühlt es sich manchmal an, wenn man über Klima schreibt.

Was mir dennoch Hoffnung macht: den Blickwinkel zu wechseln. Am liebsten tue ich das, indem ich von meinem Bildschirm aufschau und mir den blauen Himmel vor dem Bürofenster ansehe. Der Himmel vor dem dritten Stock des taz-Gebäudes leuchtet für das Umwelt- und

Wirtschaftsressort meist in schönster Farbe, fast als wüsste er, dass ich seine Aufmunterung gebrauchen kann. Er stellt die Kulisse für eins meiner liebsten Schauspiele. Schwärme von Tauben schwingen sich dort durch die Luft. In eleganten Bögen, in leichten Tänzen fliegen sie in einer, wie ich mir vorstelle, solidarischen Schar durch die Berliner Stadtluft.

Funfact über Tauben: Die Vögel leben gerne an einem Ort und kehren

dorthin auch immer wieder zurück. Deswegen funktioniert das Prinzip der Brieftaube.

Die taz nutzt leider keine Brieftauben, trotzdem erreichen uns viele Briefe.

Nachdem eine Mitpraktikantin an dieser Stelle letztes über barfußige Redakteure, die hier über den PVC-Boden tapsen, berichtete, schrieben ihr aufmerksame Leser*innen. Die taz habe doch „nicht wirklich PVC-

Boden?“, empörte sich eine Person. Dabei sei das doch umwelt- und gesundheitsschädlich. Bei der Geschäftsführung nachgefragt, stellt sich raus: Es handelt sich um Kautschuk. Gut, dass sich das geklärt hat und wir wieder auf den Boden der Tatsachen gebracht wurden. Auch das macht mir Hoffnung: Hier bei der taz wird Umweltschutz genauso hochgehalten wie journalistische Sorgfalt.

Pauline Ruprecht



Wer ist zuständig? Kritiker bemängeln Kompetenzgerangel bei der Abwehr hybrider Angriffe
Foto: Hendrik Schmidt/dpa

Die Lage ist bedrohlich

Wie geschützt ist Deutschlands kritische Infrastruktur? Nach dem Drohnenfund am Flughafen Leipzig wird Kritik am Konzept des Innenministers laut

Von **Tanja Tricarico**, **Adam Schwedhelm** und **Frederik Eikmanns**

Es waren große Worte, die Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) am Mittwochabend verwendete. Der Minister hatte nach dem Fund einer Drohne mit Sprengstoff am Flughafen Halle-Leipzig seinen Sommerurlaub unterbrochen und sprach nun von einer „neuen Gefahrenqualität“ und einem „hybriden Anschlagsszenario“.

Die Drohne mit Sprengladung wurde in der Nacht zum Mittwoch von einem Flughafenmitarbeiter entdeckt. Der Flughafen gilt als Umschlagplatz für militärische Hilfslieferungen für die Ukraine. Experten der Bundespolizei entschärften die Sprengladung, die offenbar nur deshalb nicht detonierte, weil der Zünder defekt war.

Tags darauf entbrannte eine Diskussion, was aus den markigen Worten Dobrindts folgen müsse – für die deutsche Haltung gegenüber Russland und für die deutschen Sicherheitsbehörden. Für den CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter sind die bisherigen Schutzmaßnahmen im Bereich kritischer Infrastrukturen in Deutschland nicht ausreichend. „Es fehlt in Deutschland an rechtlichen Befugnissen zum effektiven Schutz, an technischen Schutzmöglichkeiten, an Abschreckungsmaßnahmen auch im Cyberbereich, an physischem und personellem Schutz sowie am Mindset“, sagte Kiesewetter der taz.

Deutschland befinde sich im Zentrum hybrider Angriffe und sei besonders vulnerabel, weil man hierzulande für das moderne Bedrohungsbild und hybride Angriffsvektoren bislang kaum aufgestellt sei. Und: Kiesewetter hat klare Worte für die brenzlige Lage.

„Ich weiß nicht, wie viele Weckrufe es noch braucht, um zu begreifen, dass Russland Krieg gegen Europa und auch Deutschland führt und den Terror längst nach Deutschland trägt“, so der Außenexperte. „Das müsste eigentlich seit dem Tiergartenmord 2019 dem Letzten klar sein – aber in Deutschland überwiegt häufig Russlandromantik, Wunschenken und strategische Blindheit.“

Kiesewetter geht noch einen Schritt weiter und spricht sich für Konsultationen der Nato-Staaten im Rahmen von Artikel 4 aus. „Die hybriden Angriffe betreffen ja auch andere Nato-Staaten wie Polen, Rumänien, das Baltikum, in denen Angriffe mit Drohnen und auch mit einer ballistischen Rakete stattfanden und Russland nachweislich zugeschrieben werden konnten.“

Die Vize-Vorsitzende des parlamentarischen Kontrollgremiums, Sonja Eichwede (SPD), lobte dagegen die bisherigen Schritte der schwarz-roten Koalition für den Schutz kritischer Infrastrukturen. Man sei dabei, die Sicherheitsarchitektur in Deutschland „umzubauen und neu aufzubauen“, sagte sie im Deutschlandfunk. „Unser Land wird vermehrt durch hybride Angriffe bedroht.“ Dies äußere sich in Drohnenüberflügen und Desinformationskampagnen wie etwa die Video-Desinformationskampagne in Sachsen-Anhalt, die russischen Ursprungs ist. Eichwedes aktuelle Einschätzung: „Die unterschiedlichen Angriffe sind jeweils hochprofessionell und könnten aus der gleichen Richtung stammen.“

Die SPD-Politikerin verwies auf die Einrichtung des gemeinsamen Drohnenabwehrzentrums von Bund und Ländern und des ge-

meinsamen Abwehrzentrums Hybrid. Beide seien im Fall des jüngsten Drohnenfundes aktiv geworden. Die Bundesregierung sei zudem dabei, „die Flughäfen in Deutschland mit entsprechender Drohnenabwehr auszustatten“ und „neue Technik auch entsprechend einzubauen“. Außerdem gebe das neue Luftsicherheitsgesetz der Bundeswehr die Möglichkeit, gegen Drohnenangriffe einzuschreiten, sagte Eichwede. Und die Bundespolizei habe ebenfalls neue Befugnisse bei der Drohnenabwehr bekommen.

Viele der Stellen und Möglichkeiten hatte Bundesinnenminister Alexander Dobrindt Ende vergangenen Jahres einrichten lassen. Dazu kam wenige Monate später eine neue Antidrohnen-Einheit der Bundespolizei, die er mit viel Tamtam nahe Berlin präsentiert hatte.

Doch Kritiker erkennen in den vielen neuen Stellen und Einheiten eher eine zusätzliche Quelle für Chaos. Grünen-Innenexperte Konstantin von Notz sprach von einem „diffusen Zuständigkeitsnetz“. Er kritisierte Dobrindt, klare Zuständigkeiten zwischen den Behörden zu scheuen. „Er hat dieses Drohnenabwehrzentrum gegründet, aber er ist eben nicht bereit zu sagen, eindeutig hat die Bundespolizei den Hut auf für die Drohnenabwehr, sondern er kaschiert das“, so von Notz, der auch das parlamentarische Gremium zur Kontrolle der Geheimdienste stellvertretend leitet.

Und auch Parteifreunde Dobrindts sehen Bedarf bei Verbesserungen im Bereich Drohnenabwehr allerdings mit anderem Schwerpunkt als die Grünen. Nach den Vorstellungen des Vorsitzenden des parlamentarischen Kont-

„Ich weiß nicht, wie viele Weckrufe es noch braucht, um zu begreifen, dass Russland Krieg gegen Europa und auch Deutschland führt und den Terror längst nach Deutschland trägt. Doch hier überwiegt häufig Russlandromantik, Wunschenken und strategische Blindheit.“

Roderich Kiesewetter, CDU

rollgremiums, Marc Henrichmann (CDU), sollen auch die Betreiber von kritischer Infrastruktur (Kritis) wie Flughäfen aktiv Drohnen abwehren können. „Wo rechtlich zulässig und erforderlich, sollten Drohnen abgewehrt werden dürfen, notfalls auch durch Betreiber von Kritis-Einrichtungen“, sagte Henrichmann der *Rheinischen Post*.

Was in Deutschland derzeit fast wie eine Überraschung wirkt, ist nahezu täglich der Fall im Osten und Nordosten Europas. Genauer gesagt, vor allem in den Grenzregionen zu Belarus und Russland. Besonders betroffen sind die baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen. Erst im Mai schoss ein Nato-Kampffäger ein solches Flugobjekt über Estland ab. Verletzt wurde niemand, die Drohne fiel in ein Sumpfgebiet. Nur wenige Tage später meldet die litauische Hauptstadt Vilnius Luftalarm wegen einer Sichtung. Im Juni wurde in Lettland eine Drohne vom Himmel geholt.

Zu Vorfällen mit Drohnen kam es auch in Rumänien oder Finnland immer wieder. In Helsinki wurde der Flughafen zeitweise geschlossen. Sicherheitsexpert:innen sprechen von elektronischer Kriegsführung in dieser Phase des Krieges zwischen der Ukraine und Russland. Klar ist in allen betroffenen Staaten: Die russische Armee ist verantwortlich dafür, dass die Drohnen Nato-Territorium ansteuern.

Unterdessen dauerten die Ermittlungen im Zusammenhang mit einem zweiten verdächtigen Objekt an. Eine wegen des Drohnenfundes nach Hannover umgeleitete Maschine war in der Nacht zu Mittwoch nahe Leipzig mit einem weiteren Flugobjekt zusammengestoßen.



Mit (Sieb-)druck gegen rechts: Jette im sozio-kulturellen Zentrum Zora in Halberstadt

Druck gegen rechts

Im September droht mit der AfD in Sachsen-Anhalt eine rechtsextreme Partei die Macht zu übernehmen. Wie bereiten sich Antifas vor?

Aus Magdeburg und Halberstadt
Timm Kühn (Text)
und **Harald Krieg** (Fotos)

An jeder Ecke wird in der Zora gewuselt. Das soziokulturelle Jugendzentrum liegt in Halberstadt, einer 38.000-Einwohner-Gemeinde am Rande des Harz, mitten in Sachsen-Anhalt. Oben in der Siebdruckwerkstatt druckt eine Gruppe Schüler:innen T-Shirts für ein Konzert gegen rechts.

Aus dem Bandraum, der jungen Leuten hier für geringes Geld zur Verfügung gestellt wird, schallt Schlagzeugkrach. Im grünen Innenhof diskutiert eine Gruppe älterer Semester mit grauen Haaren in Fahrradklamotten eifrig. Es ist das Netzwerk Solidarischer Harz, das Flyer zusammenstellt, auf denen Argumente gegen die AfD gesammelt werden.

„Jeder kann hier reinkommen, wir sind eigentlich immer offen“, sagt Robert Fietzke, Geschäftsführer der Zora. Natürlich berge das Risiken. Immer wieder würden Hakenkreuze an der Außenfassade des alten Wirtschaftshauses eines ehemaligen Klosters auftauchen, das 1990 kurzzeitig besetzt wurde und seither als Jugend- und Kulturzentrum dient.

Kürzlich, erzählt Fietzkes Kollegin Sophie Manleitner, habe es ein jugendlicher Nazi nach einer Lesung sogar ins Haus geschafft – zum Glück nur, um ein Tiktok aufzunehmen. „Das ist für die Nazis eine Mutprobe. Es in die Zora hineinzuschaffen“, sagt Manleitner.

Doch Mut brauchen in Sachsen-Anhalt eher die Antifaschist:innen. Für linke Projekte wie die Zora wird die Luft dünn. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik könnte hier nach den Landtagswahlen am 6. September die AfD die Regierung übernehmen. Der Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt stuft sie als gesichert rechtsextrem ein. Glaubt man den Umfragen, steht die AfD bei 41 Prozent. SPD, Grüne und FDP müssen jeweils um den Einzug ins Parlament bangen. Eine Alleinregierung einer in weiten Teilen faschistischen Partei ist damit denkbar.

Das sogenannte „Regierungsprogramm“ der AfD liest sich schließlich wie ein weitreichender Plan zum autoritären Staatsumbau. Überall in Sachsen-Anhalt hängen die blauen Plakate, die „Abschieben ab Minute 1“ fordern. Unter dem rechtsextremen Kampfbegriff der „Remigration“ fordert die Partei Massendeportationen. Wie viel sie davon umsetzen kann, ist angesichts von Beschränkungen im Bundes- und Europarecht zwar fraglich – die Partei dürfte dennoch systematisch an der Entrechtung von Asylsuchenden arbeiten und will etwa eine Arbeitspflicht einführen, was man als Zwangsarbeit sehen kann.

Die AfD droht auch, die Polizeibehörden gegen politische Gegner zu instrumentalisieren: Die AfD will den Verfassungsschutz übernehmen, der ihr vorwirft, die parlamentarische Demokratie abschaffen zu wollen. Nicht nur soll die Polizei ausgerüstet werden, es sollen auch sogenannte Bürgerwachen durch die Straßen patrouillieren – was selbst die traditionell rechten Polizeigewerkschaften als Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol bezeichnen. Es ist leicht, sich vorzustellen, wie solche „Bürgerwachen“, die sich wohl aus AfD-nahen rechten und rechtsextremen Netzwerken rekrutieren würden, auf den Straßen willkürlich Menschen mit (vermeintlichem) Migrationshintergrund terrorisieren.

Ansonsten will die AfD der „pervers-linken Agitation“ den Kampf ansagen, wie es im Programm heißt – was in der Praxis wohl Gelderstreichung für Beratungsstellen für Betroffene rechtsextremer Gewalt, für die Landeszentrale für politische Bildung sowie für queere Projekte und Beratungsstellen für Schwangerschaftsabbrüche bedeutet.

Seit Jahren fordert die Partei zudem ein Antifa-Verbot, um den Widerstand gegen die rechtsextreme Politik zu kriminalisieren – und lobt auf Bundesebene die Einstufung der „Antifa-Ost“ als Terrororganisation durch das Trump-Regime. Kein gutes Zeichen ist, dass sich auch die Bundesregierung kürzlich an Trumps Anti-Antifa-Gipfel beteiligt hat und die nächste Konferenz in Deutschland ausrichten will.

Ansonsten soll die Schulbildung nationalistisch umgestaltet werden: Regenbogenflaggen sollen verboten und die Nationalhymne in den Schulen

„Für die Nazis ist es eine Mutprobe, es in die Zora hineinzuschaffen“

Sophie Manleitner, Aktivistin

regelmäßig gesungen werden. Im Geschichtsunterricht soll der Fokus von den Verbrechen des Nationalsozialismus auf die „Entstehung und Erfolgsgeschichte dieses Staates“ verschoben werden.

Und natürlich: Ganz oben auf der rechtsextremen To-Do-Liste steht die Kündigung der Rundfunkstaatsverträge, um die öffentlich-rechtlichen Medien einzuschränken – das geht grundsätzlich, doch die Details sind rechtlich umstritten, im Mindesten gibt es eine zweijährige Frist.

Bei Antifaschist:innen läuten deshalb die Alarmglocken. Ende Juli herrscht in der Festung Mark in Magdeburg Arbeitsatmosphäre. Junge Menschen mit Kaffeetassen in der Hand huschen durch die Gänge einer alten Backsteinkaserne, die heute für Kulturveranstaltungen genutzt wird. Auf Einladung des Bündnisses Widersetzen treffen sich hier lokale und bundesweite Ortsgruppen mit Initiativen aus Sachsen-Anhalt, um den Widerstand gegen die mögliche AfD-Regierung vorzubereiten.

Bereits nach den Blockaden des AfD-Bundesparteitages in Erfurt Anfang Juli hatte Widersetzen die Wahlen in Sachsen-Anhalt zum nächsten Aktionsziel ausgerufen. Insbesondere kündigte das Bündnis an, mögliche Koalitionsverhandlungen zu blockieren, sollten CDU oder BSW die Brandmauer einreißen und mit der AfD Gespräche führen. Das ist nun auch in Magdeburg wieder Thema. „Schon historisch bestand die größte Gefahr stets darin, dass Konservative dem Faschismus den Weg freischaufeln“, sagte Widersetzen-Sprecherin Elvan Akdeniz dazu bei der Konferenz zur taz.

Ansonsten, so heißt es aus aktivistischen Kreisen, könnten sich die Proteste auf zwei Termine fokussieren: den Wahlabend, an dem bundesweit Demos stattfinden sollen, um gegen Faschismus zu demonstrieren und die CDU zu warnen, dass eine Zusammenarbeit mit der AfD auf Gegenwehr stoßen wird. Und auf die konstituierende Sitzung des Landtages einen Monat später, bei der ein AfD-Ministerpräsident formal eingesetzt werden würde. Debattiert wird hier über einen Sternmarsch aus allen Richtungen zum Landtag, der auch von Blockadeaktionen begleitet werden könnte.

Wie die AfD darauf reagieren dürfte, ist klar: Sie wird wieder die Opferkarte spielen und über „die undemokratischen Methoden der Antifa“ jammern – womit die Partei nach den Blockaden gegen den AfD-Bundesparteitag in Erfurt bis tief ins bürgerliche Milieu auf Zustimmung stieß. Dabei befand selbst der ehemalige Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke), ziviler Ungehorsam sei ein illegitimes Mittel gegen den AfD-Parteitag. Wochenlang arbeiteten sich insbesondere die Springer-Medien an dem Protestbündnis ab.

Doch das sei kein Grund, keinen Widerstand zu leisten, sagt Akdeniz: „Es kann keinerlei Legitimität einer AfD-Regierung geben, egal wie viele Stimmen sie bekommen“, sagt sie. Es sei schließlich ein demokratisches Kernprinzip, dass man über die Abschaffung der Demokratie und der Menschenwürde nicht abstimmen kann.

Was mittelfristig auf antifaschistische Arbeit zukommt, weiß Meike Schubert, die auf der Konferenz ebenfalls auf einem Podium saß. Schubert – blonde Haaare und oft müde Augen – ist in Magdeburg in der Antirassistischen Aktion aktiv, die unter anderem kostenlose Rechtsberatung für Geflüchtete anbietet und sie durch das Asylsystem begleitet. Ihren echten Namen möchte sie aus Angst vor Nazis nicht in der Zeitung lesen. „Das Problem ist, dass der Rassismus immer salonfähig geworden ist“, sagt sie. Seit Jahren würden in Sachsen-Anhalt die Attacken auf Geflüchtete und Menschen mit (vermeintlichem) Migrationshintergrund zunehmen.

Das Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus zählt für 2025 mindestens 229 rechte, rassistische, antisemitische und queerfeindliche Übergriffe in Sachsen-Anhalt – also 4 bis 5 Angriffe pro Woche. Auf die Einwohner:innenzahl gerechnet, sind das dreimal so viele Angriffe wie in westdeutschen Bundesländern. Ein Großteil der gezählten Attacken (135) sind dabei Körperverletzungen, gefolgt von Bedrohungen und Nötigungen (82) sowie Brandstiftungen (6) und „massive“ Sachbeschädigungen (5). Das Netzwerk warnt: Die Dunkelziffer dürfte noch weitaus größer sein.

Für Schubert ist das Problem größer als die AfD: „die enorme Normalisierung von bestimmter Sprache“. Sie klingt, als wiederhole sie diese Sätze seit Jahren, ohne gehört zu werden. Auch CDU-Ministerpräsident Sven Schulze fordere eine Arbeitspflicht für Langzeitarbeitslose und Geflüchtete. Über die Zulässigkeit von Abschiebungen als Zusatzstrafe für Ausländer:innen würde nicht einmal mehr diskutiert. Es seien SPD, Grüne und FDP gewesen, die in der Ampel-Regierung auf Bundesebene mit der Geas-Reform den Weg für Masseninternierungslager an den EU-Außengrenzen geebnet haben. „Das geht alles mit einer Entmenslichung einher, die sich dann auf der Straße niederschlägt“, sagt Schubert. In der Community gebe es deshalb auch die Stimmung: Wie schlimm soll es denn noch werden? Schon jetzt trauten sich Familien zu bestimmten Uhrzeiten kaum noch auf die Straße.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Es kann noch schlimmer werden. Das weiß auch Schubert. Sie nennt Zahlen des Landesnetzwerks Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (Lamsa): 80 Prozent der Migrant:innen denken darüber nach, das Bundesland zu verlassen, wenn die AfD die Wahl gewinnt. Das könne sie verstehen, sagt Schubert und zuckt mit den Schultern. „Man spürt, dass die Stimmung kurz davor ist, zu kippen.“ Es brauche nur einen Funken, um „pogromartige Zustände“ auszulösen, wie zuletzt in Nordirland. Viele fürchteten, ein Wahlsieg der AfD könnte dieser Funke sein.

Um sich darauf vorzubereiten, bauen Aktivist:innen aus Magdeburg Unterstützungsnetzwerke und Warnsysteme auf, ähnlich wie US-amerikanische Aktivist:innen gegen die brutale ICE, die Po-



Engagieren sich in der Zora: Robert Fietzke und Sophie Manleitner



Gemütliches Gewölbe: In der Zora kann man auch einfach abhängen

lizeieinheit namens United States Immigration and Customs Enforcement.

In hiesigen Chatgruppen warnen sie etwa vor AfD-Ständen, damit Geflüchtete Bescheid wissen und diese Orte meiden können. Nach dem Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt habe es Begleitangebote für Menschen gegeben, die sich aus Angst vor rassistischen Übergriffen nicht mehr allein auf die Straße trauten. Für den Wahltag rufen die Antirassist:innen solidarische Wähler:innen auf, „nicht sofort zu gehen, sondern wachsam zu sein“, sagt Schubert. Schon bei der Bundestagswahl seien Menschen mit Kopftuch auf dem Weg zur Wahl bedroht und bespuckt worden.

Genau dieses Netzwerk ist ein Ziel der AfD – dazu gehören auch Organisationen wie der Flüchtlingsrat, Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt, interkulturelle Zentren. Wenn diesen die Gelder gestrichen würden, würden diejenigen, die die AfD bedroht, noch stärker isoliert, warnt Schubert.

Wenn zum Beispiel die Betroffenenberatung für rechte Gewalt gekürzt oder aufgelöst wird, würden Begleitangebote für Behördengänge wegfallen. Ohne Begleitung würden sich Betroffene rechter Gewalt womöglich nicht zur Polizei trauen, auch, weil diese AfD-durchsetzt sei. Orte des Zusammentreffens würden wegfallen, Sprachkurse ebenso. Das Resultat: „Dann werden die Menschen einfach allein gelassen“, sagt Schubert.

Das alles deutet sich heute schon an. Als Beispiel sagt sie: „Es wird immer schwerer, Räume für Veranstaltungen zu finden.“ Selbst bei völlig harmlosen Themen – interkulturelle Musikveranstaltungen, Lesungen, Angebote zum Kennenlernen – würden manche Veranstalter:innen zurückschrecken. Und zwar nicht, weil sie etwas gegen die Inhalte haben, „sondern weil sie Angst haben,

dass ihnen die Fördergelder gestrichen werden, wenn die AfD regiert“. Schubert seufzt und spricht von einem „Teufelskreis“. Man könnte es auch vorauseilenden Gehorsam nennen.

Das wollen Robert Fietzke und Sophie Manleitner aus Halberstadt so nicht hinnehmen. Die beiden sitzen im Hinterhof des ehemaligen Kirchengeländes. Überall im Haus sind Anti-Nazi-Sticker zu sehen, in den Ecken stapeln sich Protestschilder. Aufgehängte Bilder zeugen von dem breiten Programm, was hier angeboten wird: Ausflüge und Feriencamps für Jugendliche, Lesungen, eine Bastelwerkstatt, ein Antifa-Tresen – und vor allem viele Konzerte. Selbst die Beatsteaks haben hier schon gespielt.

Überregional ist Halberstadt vor allem deshalb immer wieder in den Medien, weil seit einigen Jahren bundesweit bekannte Neonazis um den NPD-Kader Alexander Deptolla vor allem aus Dortmund hierher ziehen, um im Osten die Leute rassistisch aufzustacheln. Auf den verschwörungs-ideologischen Montagsdemos, die in Halberstadt nach wie vor stattfinden, könne man Deptolla und Co dabei zusehen, wie sie sich unter die Leute mischen, sagt Fietzke. Auch AfDler seien dort gerne zu Gast und schüttelten dann Hände von Neonazis und Verschwörungstheoretiker:innen.

Vor allem unter jungen Männern würden die „maskulinistischen“ Angebote der Nazis wie Kampfsport oder Wandertrips fruchten, sagt Fietzke. In der Schule würden Jugendliche ausgegrenzt und gemobbt, wenn sie auch nur eine Abneigung gegenüber der AfD zum Ausdruck brächten, erzählt Manleitner. Vor Kurzem, so habe es ein 13-Jähriger Schüler erzählt, sei im Ethikunterricht die Frage behandelt worden, was die Schüler:innen tun würden, wären sie einen Tag unsichtbar. Die Antwort eines rechten Mitschülers: „Die Zora abfackeln.“

Dagegen gab es in der Zora in der Vergangenheit immer wieder Schüler:innenpartys. Im großen Konzertgewölbe gebe es dann Musik ohne Eintritt. Dazu würden auch fast alle Schüler:innen einer Schule kommen. „Bis auf die Nazis, die kommen dann nicht rein. So machen die auch mal eine Ausschlusserfahrung“, lacht Fietzke. Dass es Läden wie die Zora gibt, sei deshalb wichtig, als „Anlaufstelle für alle nicht rechten Jugendlichen“. Dass dies funktioniere, merke man in der Jugend, die keineswegs geschlossen den Nazis verfallen sei. „Unsere Arbeit ist ein guter Prellbock gegen die Neonazis“.

Es ist diese Jugendarbeit, die dem linken Zentrum in den vergangenen Jahren bis in bürgerliche Kreise Anerkennung verschaffen hat. Wenn die Zora Geburtstag feiert, kommt auch der CDU-Bürgermeister vorbei. Darauf setzen nun Fietzke und Manleitner. „Wenn wir unter Beschuss geraten, bin ich mir sicher, dass sich auch Leute für uns einsetzen, die überhaupt nicht links sind“, sagt Fietzke. Von Landesgeldern sei man zum Glück nicht abhängig – und bei den kommunalen Geldern setze man auf das Vertrauen, das der Zora im Jugendamt und im Jugendhilfeausschuss entgegengebracht werde.

„Die Baseballschlägerjahre haben wir ja auch überlebt“

Meike Schubert, Aktivistin

Angst vor einer Machtübernahme der AfD haben Manleitner und Fietzke trotzdem. Denkbare seien etwa „Repressionen“ durch ein AfD-geleitetes Innenministerium. „Wer weiß, vielleicht machen sie hier Hausdurchsuchungen und finden dann 10 leere Flasche Wein“, scherzt Fietzke in Anspielung auf einen alten Ton-Steine-Scherben-Song. Er Sorge sich vor einem Dominoeffekt. Dass die AfD solange hetzt, bis die Konservativen umkippen und die Stimmung gegen die Zora kippt. Dann könnten sich auch Jugendliche immer weniger in die Zora trauen. Auch hier also die Sorge, dass die Räume für Widerspruch kleiner werden.

Bis zur Wahl sind es kaum noch vier Wochen. Manleitner und Fietzke organisieren bis dahin in Halberstadt am 29. August die große Demo „Osten United – In Solidarität vereint“, um ein Zeichen gegen die soziale Spaltung zu setzen, auch die Gruppe von Schubert macht da in Magdeburg eine antirassistische Demo. Zur Wahl selbst ist am Vortag in Magdeburg eine große Demo samt Demokratiefest angekündigt, in Halle soll es eine linksradikale Abenddemo geben. Am Wahltag hat das Bündnis Solidarisches Magdeburg einen Großprotest angekündigt – als Anlaufpunkt für alle Antifaschist:innen und Menschen, die von der künftigen AfD-Regierung bedroht sein können.

Und dann? Wer sich mit antifaschistischen Menschen aus Sachsen-Anhalt unterhält, stößt in dieser Frage auf viel Unsicherheit. „Wir wissen einfach nicht, was passieren wird“, sagt zum Beispiel Schubert von der Antirassistischen Aktion. Teilweise scheiterte es auch an der Vorstellungskraft, zu was eine AfD-Regierung letztlich wirklich in der Lage wäre.

Doch die Zivilgesellschaft sei zusammengerückt, auch das erzählen alle, die in Sachsen-Anhalt aktiv sind. „Vom Kulturbereich über die Wissenschaften bis zu den Kirchen: Alle wissen, dass die letzte Stunde geschlagen hat“, sagt Fietzke von der Zora. Die beiden betonen, in den vergangenen Jahren seien Netzwerke in der ganzen Region gewachsen, die nicht einfach wegbrechen würden.

Wie es weitergeht, mag unklar sein. Doch dass es weitergeht, darüber hat keiner der Aktiven Zweifel. „Wir haben ja auch alle die Baseballschlägerjahre überlebt“, sagt der Antifaschist. Das war die Zeit nach der Wende, in der Neonazis im Osten besonders gewalttätig waren. Da habe man Resilienz aufbauen müssen, das könne nun eine Kraft sein, meint Fietzke. Und irgendwie weitergehen tue es ja überall, wo Rechtsextreme an die Macht kommen. „Es musste in Ungarn weitergehen, in Polen, in Argentinien. Also wird es auch hier weitergehen.“



die
geschichten
der woche

rein
gehen

Sophie Fichtner und Stefan Hunglinger stellen euch die bewegendsten Geschichten aus der wochentaz vor – und die Kolleg:innen dahinter. **Wöchentlich neue Folgen. Von Politik bis Popkultur.**

Jetzt Reinhören auf **taz.de/podcasts**

„Manche sehen Militarismus nicht mehr als negativen Begriff“

Die Informationsstelle Militarisierung feiert ihren 30. Jahrestag. Anders als andere Initiativen ist sie an der Bewertung des Ukrainekriegs nicht zerbrochen

Von Cem-Odos Güler

Am Anfang stand die Aufstellung des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr im baden-württembergischen Calw. Die Schaffung der Sondereinheit, die ab 1996 für den Kampf hinter feindlichen Linien ausgebildet wurde, sorgte für Protest bei einem Haufen Aktivist*innen in der benachbarten Unistadt Tübingen. „Unsere Hoffnung war, dass wir ein paar Mal warnen und dass sich das Thema dann erledigt“, sagt Claudia Haydt heute. Das Kommando Spezialkräfte (KSK) existiert trotz in der Einheit offen zutage getretener rechtsextremer und putschistischer Bestrebungen weiterhin. Und so setzt auch Haydt ihre Arbeit fort, die sich längst nicht mehr nur um die Sondereinheit dreht.

Sie ist eine der Mitgründerinnen der Informationsstelle Militarisierung (IMI), die am Samstag in Tübingen ihr 30-jähriges Bestehen feiert. Aus einem Büro in einem soziokulturellen Zentrum in der Stadt organisieren heute 4 bis 5 ehrenamtliche Mitarbeitende die politische Arbeit der Gruppe. Die IMI sieht sich an der „Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Bewegung“; ihr Engagement konzentriert sich auf Analysen, die von einzelnen Waffensystemen bis zu außenpolitischen Strategien reichen.

Dafür gibt die Initiative alle drei Monate ein etwa 70-seitiges Magazin heraus und veranstaltet Diskussionsforen. Es gibt Studien, die von dem Beginn der deutschen Drohnenentwicklung bis zum Milliardengrab der Umstellung der Bundeswehr auf ein funktionierendes Digitalfunksystem reichen. Hinzu kommen tägliche Kurzmeldungen, für die Fachmagazine durchforstet werden, um aktuelle Beschaffungsprojekte zu beleuchten.

Alle Publikationen veröffentlicht die IMI umsonst, finanziert wird die Arbeit nach eigenen Angaben von etwa 600 Spender*innen, die jährlich durchschnittlich einen Beitrag von etwa 160 Euro bezahlen. Auf die Unabhängigkeit, die durch die finanzielle Eigenständigkeit entsteht, ist man bei der IMI stolz. Und auch darauf, dass sie in der Zeit ihres Bestehens bei der Mitgliederzahl kaum Einbußen hat, sondern nach eigenen Angaben ein kontinuierliches, wenn auch langsames Wachstum verzeichnet.

Die Webseite der IMI ist längst zu einem frei zugänglichen Internetarchiv der Sicherheitspolitik und des Antimilitarismus in Deutschland geworden; hier lässt sich nachvollziehen, wie die Bundeswehr mit immer neuen Aufgaben überladen wurde, die von der Territorialverteidigung im Kalten Krieg zu der Aufstellung einer überforderten Einsatzarmee führten. Auch die Rückbesinnung auf die Territorialverteidigung in Zeiten des Ukrainekriegs und die Machtprojektion von Kanzler Friedrich Merz (CDU), der die Bundeswehr zur „stärksten konventionellen Armee in Europa“ ausbauen möchte, lässt sich dort nachzeichnen.

„So sieht es auch Christoph Marischka, der im Vorstand der Initiative sitzt. Die Neuaufstellung der Bundeswehr habe sich damals jenseits einer größeren gesellschaftlichen Debatte vollzogen, sagt er. Dies sei der zentrale Unterschied zwischen der Arbeit der IMI in ihren Anfangsjahren gegenüber heute.

Anders als andere Initiativen aus der Friedensbewegung ist die IMI nicht an der Bewertung des Ukrainekriegs zerbrochen. „Wir waren immer diejenigen, die imperialistische Tendenzen auf allen Seiten kritisiert haben“, sagt Marischka. So sei es nie eine Frage gewesen, den Angriff Russlands auf die Ukraine vehement zu kritisieren.

Etwas anders habe es bei der Bewertung des Kriegs in Gaza ausgesehen. Hier habe sich in der Initiative erstmals ein Generationenkonflikt aufgetan, weil jüngere Mitglieder mit Vorwürfen des Völkermords gegen Israel oder denen eines Apartheidstaats, Worte gewählt hätten, die Älteren „schwergefallen“ seien. „Ich würde trotzdem sagen, dass wir es geschafft haben, in diesen Diskussionen miteinander solidarisch umzugehen“.

Im Gegensatz zu den Anfangsjahren sieht IMI-Gründerin Haydt einen weiteren Unterschied, wenn sie heute über ihrer Arbeit spricht. Sie müsse erst mal erklären, dass die Initiative ein friedenspolitisches Ziel verfolge. „Anders als in den 90er Jahren ist das Wort Militarismus für manche gar kein negativer Begriff mehr“.



Nach dem Anschlag auf die Verdi-Demonstration im Februar 2025 in München, bei dem zwei Personen getötet wurden
Foto: Christoph Trost/dpa

Lebenslang für das Attentat von München

Farhad N. raste mit seinem Wagen in einen Verdi-Demonstrationszug. Nun hat das Oberlandesgericht München sein Urteil gesprochen

Von Patrick Guyton

Von einer „Schneise der Verwüstung“ spricht der Vorsitzende Richter Michael Höhne. „Schneepflugartig“ habe Farhad N., „mit absolutem Vernichtungswillen“ gehandelt. In einen Demonstrationszug der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi in der Münchner Innenstadt war der Mann von hinten mit seinem weißen Mini hineingerast. Er drückte das Pedal so stark wie möglich durch, das Fahrzeug kam erst durch die Menschen darunter zum Stehen.

Dieser 13. Februar 2025 war ein Horrortag für die ganze Republik. Die 37-jährige Amel S. wurde getötet, ebenso ihre zweijährige Tochter Hafsa, die im Kinderwagen saß. Sie hatten das Pech, ganz hinten im

Demonstrationszug mit 1.400 Teilnehmenden zu laufen und damit als Erste erfasst zu werden. Zudem gab es 44 Verletzte, viele davon schwer.

Am Mittwoch verkündete das Oberlandesgericht München sein Urteil: Der heute 25-jährige islamistische Attentäter muss lebenslanglich in Haft. Zudem stellte das Gericht die besondere Schwere der Schuld fest. Das bedeutet, dass er auch nach frühestens 15 Jahren nicht auf Bewährung freikommen kann. Der Verteidigung blieb angesichts der Beweislage wenig Spielraum; sie hatte auf „normales“ Lebenslanglich sowie auf eine Einweisung in die Psychiatrie wegen verminderter Schuldfähigkeit plädiert.

Es ist eine ebenso entsetzliche wie verstörende Tat, deren Ursache bis zuletzt im Unkla-

ren geblieben ist. Am späten Vormittag wird Farhad N. in den Hochsicherheitsverhandlungssaal vorgeführt, der direkt an das Gefängnis Stadelheim angebaut ist. N. trägt einen schwarzen Bart und ein grünes Hemd, das Gesicht verdeckt er vor Fotografen und Kameralenten mit einem roten Pappordner. Er zeigt keinerlei Regung – und das bleibt so bis zum Schluss der Urteilsbegründung.

Richter Höhne beleuchtet zunächst, was man über Farhad N. weiß: wie er sich bislang geäußert und reagiert hat. 2015 kam er als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Deutschland. Er habe ein „fragiles Selbstwertgefühl“ gehabt und sei auf der „Suche nach Anerkennung“ gewesen. Zuletzt arbeitete er im Sicherheitsgewerbe, sein Hobby

war das Training im Fitnessstudio. Immer wieder postete er Fotos seines Körpers.

Bis Herbst 2024 sei Farhad N. nur „oberflächlich religiös“ gewesen. Dann wandte er sich zunehmend dem Islam zu, betete fünfmal täglich und wurde immer intoleranter gegenüber Nichtgläubigen. Großen Einfluss hätten konservative Geistliche aus Afghanistan gehabt, deren radikale Predigten im Internet abrufbar sind. N.s Welt-sicht: Für die Zustände in seiner Heimat seien die USA und die westlichen Länder verantwortlich. Selbst seine in Afghanistan lebende Mutter forderte er auf, islamischer zu leben. Er habe eine „gottgefällige Tat“ begangen und als Märtyrer ins Paradies einziehen wollen.

Den Qualen der Opfer und der Brutalität der Tat widmet Michael Höhne den größeren Teil seiner rund zweistündigen Urteilsbegründung. „Für sie gab es ein Leben vor und es gibt eines nach dem Anschlag“, sagt er. Jedes Opfer nennt der Richter beim Namen und schildert die körperlichen und seelischen Verletzungen: Meniskusschäden, gebrochene Beine und Rippen, ein Schädel-Hirn-Trauma, Lungenprellungen, Hämatome am ganzen Körper, Verrenkungsbrüche. Die meisten Betroffenen sind in psychologischen Behandlung, erleiden Flashbacks, sind arbeitsunfähig und haben hohe Verdienstaussfälle.

Nach seiner Festnahme stieß N. religiöse Rufe aus und bezeichnete die Polizisten als „Ungläubige“. Beim ersten Prozesstag im Januar streckte er den rechten Zeigefinger empor – auch das ein islamistisches Erkennungszeichen. Auch in seinem letzten Wort entschuldigte er sich in keiner Weise bei den Angehörigen, sondern bedankte sich lediglich für die Behandlung durch Polizei und Justiz.

Luise Klemens von Verdi Bayern teilte nach dem Urteil mit: „Die große Solidarität innerhalb der Gewerkschaften und der gesamten Stadtgesellschaft hat die Betroffenen seit dem Anschlag getragen. Sie wissen auch künftig: Ihr seid nicht allein.“

Scannen ohne Rechtsgrundlage

Internetprovider scannen unverschlüsselte Nachrichten anlasslos auf kinderpornografische Inhalte. Eine fast vergessene Klage könnte nun Erfolg haben

Von Christian Rath

Vor drei Jahren hat die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) beim Amtsgericht Passau gegen die sogenannte Chatkontrolle durch Meta/Facebook geklagt. Seither hat man nichts mehr von der Klage gehört. Inzwischen ist das Verfahren jedoch am Oberlandesgericht München anhängig und könnte kurz vor der Re-Legalisierung der Chatkontrolle für einen Knall sorgen.

Bei der Chatkontrolle wird die Internetkommunikation, also Webmail und Messenger, von den Providern anlasslos nach kinderpornografischen Inhalten gescannt. Dabei wird mithilfe von Hashwerten – ziemlich zuverlässig – nach bekannten Missbrauchsdarstellungen gesucht. Außerdem wird die Kommunikation mit künstlicher Intelligenz – eher fehleranfällig – auf unbekannte kinderpornografische Darstellungen oder verdächtige Annäherungen an Kinder durchsucht.

Die EU-Kommission schlug 2022 vor, diese Chatkontrolle obligatorisch einzuführen, auch bei verschlüsselter Kommunikation. Das haben die EU-Staaten bisher aber

mehrheitlich abgelehnt. Auch Deutschland stimmte dagegen, weil es für Verschlüsselung keine Umgehungen geben dürfe, die dann auch von Kriminellen und feindlichen Geheimdiensten genutzt werden kann.

Allerdings scannen die Provider die unverschlüsselte Kommunikation ihrer Kunden schon lange, ohne dass sie dazu rechtlich verpflichtet sind. Auch dies ist ein Bruch der Vertraulichkeit, doch die EU erlaubte diese freiwillige Chatkontrolle in einer Ausnahmeverordnung von 2021. Zwar lief die Ausnahmeverordnung im April 2026 aus, doch stehen EU-Parlament und EU-Ministerrat kurz vor der Einigung über eine neue Ausnahmeverordnung für die Kontrolle unverschlüsselter Kommunikation. Sie würde also erneut legalisiert.

Gegen diese „freiwillige“ Chatkontrolle der Provider klagte die GFF bereits im Juli 2023 gemeinsam mit einem Mann aus Passau, der den Facebook-Messenger nutzt. Die anlasslose Auswertung aller E-Mails und Nachrichten durch Meta/Facebook verletze seine Grundrechte. Das Gericht

solle Meta zur Unterlassung der Chatkontrolle verurteilen und das Verfahren dem Europäischen Gerichtshof vorlegen, damit dieser die Ausnahmeverordnung für unwirksam erklären kann.

Das Passauer Amtsgericht gab den Fall wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung aber bald an das Landgericht Passau ab. Dort wurde die Klage gegen Meta dann 2024 abgelehnt, ohne dass die GFF öffentlich darüber informierte. Der Nutzer habe teilweise schon kein Rechtsschutzbedürfnis, so das Gericht, denn seit Dezember 2023 könne er beim Facebook-Messenger die Chatkontrolle vermeiden, indem er einfach die angebotene Ende-zu-Ende-Verschlüsselung wählt. Das Scannen der weiterhin unverschlüsselten Community-, Unternehmens- und Marketplace-Chats müsse der Nutzer dagegen hinnehmen. Hier stelle die EU-Ausnahmeverordnung eine Rechtsgrundlage dar.

Falsch-positive Treffer seien dabei „in Kauf zu nehmen“, hieß es lapidar beim Landgericht. Doch die GFF und der Kläger gaben nicht auf und legten Beru-

fung ein. Sie wiesen darauf hin, dass auch Chats mit mehreren Personen beim Facebook-Messenger nicht verschlüsselt werden können. Außerdem habe das Landgericht die Gefahr von KI-Fehlern zu wenig berücksichtigt.

Das Oberlandesgericht München ließ sich Zeit mit dem Verfahren, steht nun aber vor einer neuen Lage; derzeit gibt es keine EU-Ausnahmeverordnung mehr, da diese ja Anfang April ausgelaufen ist. Die Provider, unter anderem Meta, Google und Microsoft, erklärten jedoch Anfang April, dass sie mit der Chatkontrolle einfach weitermachen, „aus Verantwortung vor den Kindern“.

Die GFF drängte deshalb auf eine schnelle Entscheidung. Die Chatkontrolle durch Meta erfolge nun „ohne jede, auch nur vermeintlich in Betracht kommende, Rechtsgrundlage“. Alles deute darauf hin, dass Meta sich „bewusst rechtswidrig“ verhalte, so die GFF. Wenn das Oberlandesgericht bald entscheidet, muss es wohl der Unterlassungsklage des Mannes aus Passau stattgeben und Meta die Chatkontrolle untersagen.

Familien ohne Cis-Mann wird es schwer gemacht

Das Abstammungsrecht diskriminiert lesbische und nicht binäre Paare. Betroffene fordern seit Jahren eine Reform. Doch die Union weigert sich

Von Amelie Sittenauer

Es ist drei Wochen her, als ein Foto von Jens Spahn mit seinem Partner und einem Kinderwagen einen politischen Erdtusch auslöste. „Empörend“, schrieb die Familienrechtsanwältin Lucy Chebout bei Instagram, sei jedoch nicht zuerst die Doppelmoral von Jens Spahn beim Thema Leihmutterschaft, „sondern die deutsche Rechtslage, nach der Kinder völlig unterschiedlich rechtlich abgesichert sind“. Worauf Chebout anspielte, ist in der Debatte um Leihmutterschaft ein Nebenschauplatz, der trotz jahrelangem Aktivismus von Betroffenen meist unbeachtet bleibt: das deutsche Abstammungsrecht.

Nicht alle Kinder haben die gleiche Chance auf zwei rechtliche Elternteile von Geburt an. „Während Jens Spahn und sein Ehemann in Deutschland von Anfang an als vollwertige rechtliche Zwei-Väter-Familie registriert werden, werden Zwei-Mütter-Familien, die legal in Deutschland entstehen, nicht rechtlich anerkannt“, schreibt Chebout weiter. Die Rechtsanwältin, Vizepräsidentin des Deutschen Juristinnenbundes und nun Richterin des Verfassungsgerichtshofs des Landes Berlin vertrat lange Zwei-Mütter-Familien vor Gericht.

Diese rechtliche Lage ist kompliziert: Ungleichheiten sowohl zwischen hetero- und homosexuellen Ehepaaren als auch zwischen schwulen und lesbischen oder nicht binären Paaren ergeben sich aus dem deutschen Abstammungsrecht – und einem Beschluss des Bundesgerichtshofs.

Bekommt ein verheiratetes lesbisches oder nicht binäres Paar durch eine Samenspende ein Kind, wird nur die Person, die das Kind ausgetragen hat, als rechtliches Elternteil anerkannt. Das nicht austragende Elternteil kann erst nachträglich durch eine Stiefkindadoption anerkannt werden. Erst wenn das Adoptionsverfahren abgeschlossen ist, ist das Kind auch gegenüber dem zweiten Elternteil rechtlich abgesichert. Bei heterosexuellen Ehepaaren wird der Mann hingegen automatisch als rechtlicher Elternteil anerkannt, egal, ob er auch der biologische Vater ist.

Anders wiederum ist die Sache bei schwulen cisgender Paaren,

wie im Falle Spahn: Da diese kein Kind austragen können, Leihmutterschaft in Deutschland verboten ist und das Zwei-Eltern-Prinzip Mehrelternfamilien bisher verbietet, gibt es für sie zwei Optionen: die Adoption oder die Leihmutterschaft im Ausland.

Im Fall der Leihmutterschaft ist dabei deutlich mehr möglich als für lesbische Paare. Schon 2014 erkannte der Bundesgerichtshof (BGH) in einem Grundsatzbeschluss die rechtliche Doppelvaterschaft an. Geklagt hatte ein schwules Ehepaar, das in den USA ein Kind durch eine Leihmutter austragen ließ. Beide wurden dort per Gerichtsbeschluss als Elternteile anerkannt. Das ließ der BGH in Deutschland gelten: Das Kind habe ein Recht auf zwei Eltern und eine Adoption würde dem Kind keine Vorteile bieten, argumentierte er.

Eine weitere Fallkonstellation: Ein lesbisches Ehepaar nimmt im Ausland die in Deutschland ebenfalls verbotene Eizellenspende in Anspruch. Bei der sogenannten reziproken Eizellenspende trägt eine Partnerin das Kind aus, die andere ist genetische Mutter. Doch trotz genetischer Verwandtschaft gilt nur diejenige als rechtliche Mutter, die das Kind ausgetragen hat. Zum Vergleich: Erst 2024 stärkte das Bundesverfassungsgericht die Rechte von biologischen Vätern zur Anfechtung ihrer rechtlichen Vaterschaft. 2026 verabschiedete der Bundestag dazu ein entsprechendes Gesetz.

„Es gibt für lesbische und nicht binäre Paare, also Personen, die nicht Männer sind, überhaupt keine Möglichkeit, ab der Geburt des Kindes an die rechtliche Elternstellung zu kommen“, sagt Christina Klitzsch-Eulenburg. Als sie und ihre Frau vor sechs Jahren ihr erstes Kind bekamen, hat die Juristin deshalb zusammen mit anderen Betroffenenfamilien die Initiative Nodoption gegründet, die die verfassungsrechtlich gebotene Gleichstellung von allen Regenbogenfamilien fordert. Obwohl beim Bundesverfassungsgericht bisher eine Verfassungsbeschwerde und sieben Normenkontrollklagen anhängig sind und Betroffene seit Jahren ein Ende der Diskriminierung fordern – passiert ist seither nichts.

„Es fühlt sich so falsch an, sein eigenes Kind adoptieren zu müssen“, sagt Klitzsch-Eulenburg. „Es ist eine Bestrafung.“ Der oft intransparente Weg der Stiefkindadoption war für sie deshalb keine Option: Das wäre vielleicht pragmatisch, aber so ändere sich nichts. „Es ist mir wichtig, ein Vorbild für meine Kinder zu sein und sich für etwas einzusetzen, von dem man überzeugt ist“, sagt die zweifache Mutter weiter. Den Familienalltag macht das allerdings kompliziert.

Ob Arztbesuche, Kita-Anmeldung, über mögliche Unterhaltspflichten bis hin zu Erb- oder Sorgerechtsfragen im Todesfall: Die rechtlichen Unsicherheiten sind groß. Manchmal werden sie zu groß. Klitzsch-Eulenburg weiß von Familien in der Nodoption-Initiative, bei denen eine Mutter einen beinahe tödlichen Unfall hatte. In einer anderen Familie ist eine Mutter an Brustkrebs erkrankt. Sie haben sich trotz der laufenden Verfahren schließlich für den Weg der Stiefkindadoption entschieden. Für Klitzsch-Eulenburg und ihre Frau ist das bisher keine Option, aber sie sagt: „Wir können nur hoffen, dass keine von uns ernsthaft erkrankt.“

Im Juli hat Nodoption zusammen mit dem Verband Queere Vielfalt LSVD+ nun erneut eine Petition gestartet, in der sie eine Reform des Abstammungsrechts fordern. Mehr als 120.000 Menschen haben bisher unterzeichnet. Weil das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung weiter hinauszögert, hoffen die Betroffenen auf die Politik. Und was macht die?

Schon 2021 wollte die damalige Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) zumindest die Co-Mutterschaft im Abstammungsrecht verankern. „Mutter eines Kindes ist die Frau, die es geboren hat. Mutter eines Kindes ist neben der Mutter nach Absatz 1 auch die Frau, die zum Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter nach Absatz 1 verheiratet ist oder die Mutterschaft anerkannt hat“, sollte es in Paragraph 1591 im Bürgerlichen Gesetzbuch heißen.

Doch die Union stellte sich in der damaligen großen Koalition quer. Thorsten Frei, damals stellvertretender Unionsfraktionschef, warf der SPD in der Weltgar vor, „Biologie durch Ideologie“ ersetzen zu wollen. „Ab-

stammung benennt die biologische Frage, wer Vater und Mutter eines Kindes sind. In Fällen gleichgeschlechtlicher Eltern ist aber klar, dass eine biologische Abstammung allenfalls zu einem Elternteil bestehen kann“, sagte Frei damals. Dass in heterosexuellen Ehen der rechtliche Vater nicht auch der biologische Vater sein muss, schien Frei nicht zu stören.

„Die Kinder müssen rechtlich abgesichert sein und wir sind eben ihre Eltern, es gibt keine anderen“

Christina Klitzsch-Eulenburg

Auch ein Vorhaben der Ampel-Koalition scheiterte nach dem vorzeitigen Regierungsende. In der aktuellen Legislatur hat sich Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) mehrmals für eine gesetzliche Neuregelung des Abstammungsrechtes ausgesprochen. In der Regierungskoalition fehlt dafür bisher aber die Mehrheit.

„Es ist für die betroffenen Familien kaum zumutbar, dass sie ein langwieriges Adoptionsverfahren durchlaufen müssen, bevor beide Frauen rechtliche Eltern des Kindes sind“, sagte Hubig in einem Interview Ende 2025 in der taz. Auch im Kontext von Spahns Leihmutterschaft sagte sie Mitte Juli: „Es freut mich, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU jetzt Familienzuwachs hat und sicherlich dann auch Verständnis hat für die Situation von zwei Müttern.“

Doch Jens Spahn ist nun weg und die Parteiposition bleibt unverändert. Eine Reform des Abstammungsrechts sei im Koalitionsvertrag nicht vereinbart worden, heißt es von Susanne Hierl, rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, gegenüber der taz in einem Statement. Über weitergehende Reformen könne zu gegebener Zeit sachlich und mit der gebotenen Sorgfalt diskutiert werden. „Dass gleichgeschlechtliche Elternpaare und heterosexuelle Elternpaare gleichermaßen lie-

bevolle und verantwortungsvolle Eltern sein können“, stehe für sie außer Frage.

Die eigene Abstammung sei für jeden Menschen von großer Bedeutung, betont Hierl. „Das Wissen darüber, woher man kommt und von wem man biologisch abstammt, gehört zur Identität eines Menschen und ist für viele Menschen ein wichtiger Teil ihrer Persönlichkeitsentwicklung“, sagt die Abgeordnete. Und weiter: „Wenn wir über Abstammungsrecht sprechen, dann explizit über die biologische Abstammung eines Kindes.“ Ob Eizellenspende:innen dabei berücksichtigt sind, geht aus der Mitteilung nicht hervor.

Sowohl Frei als auch Familienministerin Karin Prien (CDU) hatten in der Vergangenheit auch Änderungen im Adoptionsrecht ins Spiel gebracht, um das Verfahren für lesbische und nicht binäre Paare zu erleichtern. Hierl geht darauf nicht ein, aber sagt mit Bezug auf gleichgeschlechtliche Paare: „Die An-

erkennung dieser Lebensrealitäten und die Bedeutung biologischer Abstammung schließen sich nicht aus.“

Dass das Abstammungsrecht also tatsächlich noch in dieser Legislaturperiode reformiert wird, ist ungewiss. Ministerin Hubig werbe weiter für dessen Fortentwicklung, sagte eine Sprecherin des Justizministeriums auf taz-Anfrage. Doch: „Zu den regierungsinternen Gesprächen kann ich Ihnen keinen neuen Stand mitteilen.“

Für die Betroffenen heißt das, weiter zu warten, während ihre Kinder immer älter werden. „Ich habe als lesbische Frau schon einiges an Diskriminierung erlebt“, sagt Klitzsch-Eulenburg, „aber das mit den Kindern übersteigt alles.“ Sie fühle sich nicht mehr zugehörig. Letztendlich ginge es aber gar nicht um Lesben, nicht Binäre oder Schwule, sagt sie, sondern um Kinder: „Die Kinder müssen rechtlich abgesichert sein und wir sind eben ihre Eltern, es gibt keine anderen.“



Nicht alle Kinder haben die gleiche Chance auf zwei rechtliche Elternteile von Geburt an Foto: Petra Silie/Westend61/imago

genossenschaft

Valentin Ihßen, Beate Kesper
Genosse seit 2025, Genossin seit 2018

GENERATIONEN-KONFLIKTINUITÄT

Die taz lebt, weil ihr so seid wie wir: solidarisch.

Mit dem Generationenprojekt öffnen wir die Türen für junge engagierte Menschen, die in die Genossenschaft einsteigen wollen, denen aber das nötige Kapital fehlt. Ältere übernehmen dabei für sie den Anteil – und tragen so das Modell weiter, auf dem die taz beruht: gelebte Solidarität in einer generationenübergreifenden Gemeinschaft.

Helft mit, der nächsten Generation den Einstieg zu ermöglichen – und unserer taz den Rücken zu stärken. Alle Infos unter: taz.de/generationenprojekt

WSF startet mit zwei Tagen Verzögerung

Nach Absage der Regierung des Gastgeberlandes Benin hat das Weltsozialforum mit zweitägiger Verspätung begonnen

Das Weltsozialforum (WSF) hat wegen einer kurzfristigen Absage durch die Regierung im Austragungsland Benin mit zweitägiger Verspätung begonnen. Die eigentlich für Dienstag geplante Eröffnung der internationalen Sozialplattform sei nach einem überraschenden Rückzieher der Regierung zunächst abgesagt worden, sagte Francisco Mari vom Hilfswerk Brot für die Welt dem Evangelischen Presdienst (epd) am Donnerstag. In intensiven Gesprächen zwischen den WSF-Organisatoren und beninischen Regierungsvertretern sei dann doch noch eine Einigung erzielt worden. Das Forum begann am Donnerstagvormittag. Eine Begründung für die zwischenzeitliche Absage „kennen wir nicht“, sagte Mari, der als Agarexperte und Mitglied im internationalen Rat des WSF selbst in der beninischen Hauptstadt Cotonou ist. Die Regierung habe lediglich „unvorhergesehene Ereignisse“ angeführt, obwohl das WSF seit zweieinhalb Jahren vorbereitet werde. Eigentlich sollte die 17. Ausgabe vom 4. bis 8. August unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ in den Räumlichkeiten der Universität von Cotonou stattfinden.

Auch wenn das WSF nun doch stattfindet, können nicht alle Teilnehmenden dabei sein: Eine Buskolonne von westafrikanischen Aktivistinnen und Aktivisten sei wenige Kilometer vor Cotonou vom Militär gestoppt und zunächst in das Nachbarland Togo eskortiert worden, sagte Mari. Außerdem sei mehreren Personen am Flughafen die Einreise verweigert worden.

Das WSF wurde 2001 in der brasilianischen Stadt Porto Alegre als Gegengipfel zum Weltwirtschaftsforum im Schweizer Kurort Davos gegründet. Es versteht sich als offene Bewegung und bekennt sich in einer Charta zu Toleranz, Gewaltfreiheit, Demokratie, Menschenrechten und Pluralismus. Regierungsvertreter sind explizit nicht Teil des Forums. Laut den Organisatoren hatten sich für Cotonou rund 10.000 Teilnehmende für die etwa 500 Veranstaltungen zu Themen wie Migration, Ernährungskrise und Klimawandel angemeldet. (epd)

Rekordgewinn für Commerzbank

Die Übernahmegespräche mit der Unicredit haben begonnen

Mit einem Rekordergebnis im Rücken verhandelt die Commerzbank mit der italienischen Großbank Unicredit über die geplante Übernahme. Dazu „haben wir Gespräche aufgenommen“, sagte Commerzbank-Chefin Bettina Orlopp am Donnerstag bei Vorlage der Halbjahresbilanz. Sie will am bisherigen Geschäftsmodell der Bank festhalten – der Plan von Unicredit für die Commerzbank berge „erhebliche Umsetzungsrisiken“, warnte sie.

Die Commerzbank-Führung und die Bundesregierung lehnen die Übernahme vehement ab. Allerdings hat sich die Unicredit in den letzten Monaten fast die Hälfte der Stimmrechte an der Bank gesichert. Orlopp kritisierte erneut das Zustandekommen: „Ein erheblicher Teil der angedienten Aktien kam von mit der Unicredit verbundenen Finanzinstituten, die sich diese vorher sehr wahrscheinlich geliehen hatten.“ Unicredit-Chef Andrea Orcel will nach einer Übernahme das Auslandsnetz ausdünnen; der Betriebsrat fürchtet den Abbau Tausender Stellen. Die Großbank hatte 2005 bereits die Hypovereinsbank übernommen. Ziel von Orcel ist ein europäisches Gegengewicht zur mächtigen US-Konkurrenz.

Zuletzt legte die Bank ein Rekordergebnis vor: Im zweiten Quartal machte sie 898 Millionen Euro Gewinn, im Halbjahr standen unter dem Strich 1,8 Milliarden Euro. Auf dieser Grundlage plant die Commerzbank den nächsten Aktienrückkauf in Höhe von 1,2 Milliarden Euro. Damit kann das Geldhaus den Aktienkurs steigern. Der Gewinn im ersten Halbjahr stieg um 40 Prozent im Vorjahresvergleich. Das Plus ist auch so groß, weil im Vorjahr noch hohe Kosten für den Abbau Tausender Stellen zu Buche geschlagen hatten. Orlopp setzte bei der Gegenwehr gegen die Übernahme auf eine Strategie der Eigenständigkeit, dazu gehörten auch ehrgeizige Gewinnziele und großzügige Dividenden. (afp)

Zahl des Tages

+3,40 Euro

Wer das **Deutschlandticket** nutzt, muss nicht mehr lange warten. Im September wird ausgerechnet, was die ÖPNV-Flat 2027 kostet. Zur Erinnerung: Bund und Länder hatten sich im März auf „wirkliche Mathematik“ geeinigt, eine Formel, die den Preis daran koppelt, wie sich die Nahverkehrspreise insgesamt entwickeln. Billiger wird es nicht, war klar. Jetzt hat die Deutsche Umwelthilfe vorgerechnet, dass allein der teure Diesel für ein **Plus von 3,40 Euro auf dann 66,40 Euro** sorgen dürfte. Denn viele Busse und Bahnen sind immer noch fossil unterwegs. 3,40 Euro sind 5,4 Prozent, deutlich mehr als die zu erwartende Gesamtinflation. Aber eine gerechte Verkehrswende steht ohnehin nicht auf der politischen Agenda.

Das bisschen Erdgas

Könnten Gasbohrungen in Deutschland dabei helfen, die Importabhängigkeit zu verringern? Die Bundesregierung sagt ja, kann das aber nicht beziffern

Von **Jonas Waack**

Die Bundesregierung spricht sich immer wieder für Gasbohrungen in Deutschland aus, kann aber deren Vorteile nicht beziffern. Das geht aus einer Antwort auf Fragen der Grünen-Bundestagsabgeordneten Lisa Badum hervor, die der taz vorliegt.

Im Zuge der fossilen Energiepreiskrise seit Beginn des Irakkriegs hat die Bundesregierung erneut die inländische Gasförderung ins Spiel gebracht, um Energiesicherheit zu gewährleisten. Das Angebot müsse ausgeweitet werden, heißt es etwa im Ergebnispapier eines Koalitionsausschusses Mitte April. „Dazu gehört auch die Nutzung heimischer Energiequellen, z. B. die Erschließung ausgewählter heimischer Gasvorkommen.“

Auf Badums Frage, um wie viel Prozent die Gasimportabhängigkeit durch inländische Bohrungen reduziert werden könne, antwortete die Bundesregierung nur: „Wie viel Erdgas in Deutschland gefördert wird, entscheiden die Unternehmen. Die Bundesregierung plant die Fördervolumina nicht.“

„Wenn man die Bundesregierung fragt, was diese Bohrer tatsächlich für unsere Versorgungssicherheit bringt und wie lange sie dauern wird, zeigt sie sich überaus schmallippig“, kritisiert Badum. „Wahrscheinlich ist auch der Merz-Regierung bewusst, dass es sich eigentlich gar nicht lohnt, für ein paar Tropfen Gas jahrzehntelang unsere Landschaft zu durchlöchern.“

Gefragt nach einer Einschätzung, wie groß die nutzbaren Gasvorkommen in Deutschland

sind, entgegnete die Bundesregierung, „ob, inwieweit und wann diese Reserven tatsächlich förderbar sind und gefördert werden, entscheiden die Unternehmen“ und verwies auf den Jahresbericht des niedersächsischen Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie.

Darin schätzen die Forscher*innen die nutzbaren heimischen Reserven auf etwa 33,3 Milliarden Kubikmeter Erdgas. Das entspricht etwa einem Drittel des deutschen Jahresverbrauchs. Heimische Gasvorkommen tragen derzeit etwa 5 Prozent zur Versorgung bei, der Rest wird importiert. Mehr Förderung wäre möglich, wenn die Bundesregierung Fracking erlauben würde. Recherchen des *Spiegel* zufolge könnten so 300 bis 2.000 Milliarden Kubikmeter zusätzlich angezapft werden.



Einer von ganz wenigen in Deutschland: Cooling Point in Berliner Mauerpark
Foto: Christian Ditsch

Vielfältiges Bündnis fordert Hitzegipfel

Zahlreiche Organisationen verlangen von der Bundesregierung einen Hitzegipfel und Geld für Klimaanpassung.

Auch europäische Gesundheitsverbände mahnen

Aus Berlin **Pauline Ruprecht** und **Jonas Waack**

Angesichts der bereits über 10.000 Hitzetoten in diesem Sommer fordert ein breites Bündnis die Bundesregierung auf, einen Hitzegipfel einzuberufen. Außerdem solle sie einen bundesweiten Hitzeschutzplan aufstellen, Klimaanpassung ausreichend finanzieren und die Abkehr von fossilen Brennstoffen fördern.

„Auf jede schlaflose Nacht eines Autokonzerns wird mit einem Autogipfel reagiert“, sagt Luisa Neubauer, Sprecherin von Fridays for Future (FFF). Die gleiche Reaktion wünscht sich das Bündnis auf die anhaltende Hitze: „Man muss kein Ökoge-

wissen haben, um die Dring-

lichkeit zu verstehen. Man muss sich nur die Zahlen anschauen“, sagt Neubauer. Zu den Unterzeichner*innen des Appells zählen etwa 40 Organisationen, darunter FFF, Greenpeace und die Kampagnenorganisation Campact, aber auch die Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Deutsche Mieterbund und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt.

„Dieses breite Bündnis macht deutlich: Die Klimakrise ist eine Gemeinschaftskrise“, sagt Claudia Mandrysch von der AWO. Die Bundesregierung ließ eine taz-Anfrage zu den Forderungen der Organisationen bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Neben einem Hitzegipfel erwartet das Bündnis von der Bundesregierung einen bun-

desweiten Hitzeschutzplan, der naturbasierte Lösungen, Stadtentwicklung, Landwirtschaft und Gesundheitsversorgung zusammendenken soll. „Naturschutz ist die zentrale Infrastruktur des 21. Jahrhunderts“, sagt Mandrysch.

Das Bündnis hat konkrete Vorschläge für die Umsetzung: Man solle zum Beispiel in Städten Plätze verschatten, Bäume pflanzen, Trinkwasserstationen und Hilfefonien anbieten und aktiv auf besonders gefährdete Gruppen wie Obdachlose und ältere Menschen zugehen.

Um das zu finanzieren, fordern die Organisationen, kommunalen Klimaschutz, Naturschutz und Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemein-

den im Grundgesetz zu verankern. Dafür ist eine Verfassungsänderung nötig.

Die Einstufung als Gemeinschaftsaufgabe soll die Finanzierung von Klima- und Naturschutz sowie Klimaanpassung auf sichere Füße stellen. Denn Hitzeschutz ist Katastrophenschutz und als solches laut Grundgesetz Verantwortung der Länder. Deshalb kann sich der Bund nur an Modellprojekten für Klimaanpassung finanziell beteiligen. Würde Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz aufgenommen, könnte der Bund mehr Geld beisteuern.

„Hitzeschutz darf nicht davon abhängen, ob in der Kommune noch finanzielle Mittel verfügbar sind“, sagt Claudia Mandrysch von der AWO. Schnelle Unterstützung wie Ventilatoren und eine Wasserkiste könnten kurzfristig helfen, ersetzten aber keinen langfristigen Hitzeschutz und Klimaanpassung.

Das Robert Koch-Institut veröffentlichte am Donnerstag Berechnungen, denen zufolge bis zum 26. Juli zwischen 10.700 und 13.100 Menschen infolge der Hitze gestorben sind. Davon gehen allein 9.600 Todesfälle auf die extreme Hitzewelle Ende Juni zurück, bei der vielerorts mehr als 40 Grad gemessen wurden und die europaweit Tausende Opfer mehr forderte. Einer Studie der Forschungsgruppe World Weather Attribution zufolge wäre sie ohne die menschengemachte Erderhitzung nicht möglich gewesen.

Eine europaweite Allianz von Gesundheitsorganisationen forderte deshalb am Donnerstag von EU-Kommission, -Parlament und -Rat, nicht länger nur Pläne aufzustellen, sondern jetzt Ambition bei der Umsetzung zu zeigen.

„Als Pflegekräfte und Ärztinnen und Ärzte halten wir jeden Sommer ein System aufrecht, das für dieses Klima nie gebaut wurde“, sagte Chiara Cadeddu, Professorin an der Erasmus School of Health Policy & Management in Rotterdam. „Resilienz muss fest in unseren Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen verankert werden.“

Zu den Forderungen der Mediziner*innen gehört ein Notfallanpassungsfonds, um Gesundheitseinrichtungen, Pflegeeinrichtungen, Kindertagesstätten und Schulen „klimafest“ zu machen. Außerdem müsse die EU, „die mehr als 400 Milliarden Euro jährlicher fossiler Subventionen abbauen“.



Das weltweit größte Kreuzfahrtschiff „Icon of the Seas“ vor Miami wird mit Flüssigerdgas betrieben
Foto: Pedro Portal/Zuma/imag

Kreuzfahrt könnte ein reines Vergnügen sein

Die Umweltschützer vom Nabu monieren, dass zu wenig in klimafreundliche und schadstoffarme Schifffahrt investiert wird. Dabei gibt es Lösungen

Von **Hanna Gersmann**

Alles ist gigantisch, die Pools, die bunten Röhren der Wasserserrutschen, das Angebot an Bars, Restaurants, Kasinos und Shows – und „instagrammable“, sagt Alexis Papathanassis. Er ist Professor an der Hochschule Bremerhaven und forscht zu Kreuzfahrten. Fotos von den Vergnügungsschiffen, die durch Karibik, Mittelmeer, die Ostsee schippern, auch von den Hafenstädten, die sie anliefen und sich für kurze Zeit erkunden ließen, eigneten sich gut auf Social Media. Längst gehe es nicht mehr nur um Ruhe, Entschleunigung und Weltflucht. Kreuzfahrten seien nicht nur bei Älteren, sondern auch bei jungen Leuten beliebt, „die viel erleben wollen“.

Die Branche modernisiert sich. Nur: Die Umweltbelastungen blieben, da ändere sich bisher wenig. Dabei gebe es technische Lösungen, erklärt der Naturschutzbund Nabu, der die Branche in seinem am Donnerstag veröffentlichten Kreuzfahrtranking 2026 einem neuerlichen Ökocheck unterzogen hat. Die Meyer Werft im niedersächsischen Papenburg habe in diesem Jahr ein Konzept für das erste klimafreundliche E-Kreuzfahrtschiff vorgestellt: die „Vision“, Platz für knapp 1.860 Passagiere.

Damit ist das E-Schiff kleiner als viele andere. Zum Vergleich: Das derzeit größte Kreuzfahrtschiff der Welt, die „Icon of the seas“ von Royal Caribbean International hat Platz für 7.600 Leute. Die „Vision“ müsste auch ihre Batterien immer wieder

aufladen, an vielen Häfen für Stopps vorbeikommen. Sie wäre aber zum Beispiel für Routen im Mittelmeer geeignet, könne etwa von Barcelona in Spanien nach Civitavecchia in der Nähe der italienischen Hauptstadt Rom kreuzen, erklärt die Meyer Werft. Und ihr Chefverkäufer sagt: „Bei Bestellung noch in diesem Jahr könnten wir bereits 2031 ausliefern.“

E-hoi, Zukunft! Noch schippern die Reedereien die wachsende Zahl an Passagieren aber laut Nabu „auf fossilem Kurs“

„Nur 4 der 12 untersuchten Reedereien schließen das dreckige Schweröl vollständig aus“

Raija Koch, Nabu

über die Meere. Die meisten der Schiffe werden mit Schweröl befeuert, das auf dem Land für den Verkehr verboten ist. Aus den Schornsteinen qualmen dann gesundheitsbelastende Schadstoffe: Ruß und Feinstäube, Schwefeldioxid und Stickoxide. „Nur 4 der 12 untersuchten Reedereien schließen das dreckige Schweröl vollständig aus“, sagt Nabu-Expertin Raija Koch.

Unbedenklicher seien, sagt sie, mit grünen E-Fuels betriebene Schiffe. Sie haben herkömmliche Verbrennermotoren, tanken aber klimafreundliche Kraftstoffe wie E-Methanol, bei denen der Strom für die Pro-

duktion aus erneuerbaren Energien kommt. Sie seien bisher selten. Manche Reedereien stellten auf LNG-Antriebe um, also auf klimaschädigendes verflüssigtes fossiles Erdgas, manche auch auf biogene Kraftstoffe, die aber umstritten seien, weil sie etwa aus Nahrungsmitteln vom Acker hergestellt würden.

Und nun? „Wer eine Schiffsreise buchen will, kann sich am Nabu-Kreuzfahrtranking orientieren“, sagt Koch, „allerdings wird auch von den bestplatzierten keine Reise angeboten, die Klima und Umwelt nicht belastet“.

Auf Platz 1 steht Havila Voyages, die norwegische Reederei ist mit 4 eher kleinen Schiffen unterwegs entlang der berühmten Postschiffroute an Norwegens Küste – mit Batterie und LNG. So können sie zumindest manche Strecke ohne Motorengeräusch leise und emissionsarm zurücklegen, etwa im berühmten Geirangerfjord, einem Unesco-Weltnaturerbe.

Dahinter sind die ebenfalls auf den europäischen Norden ausgerichteten Hurtigruten, gefolgt von Ponant. Der französische Anbieter, der die Gäste auf kleineren, sehr luxuriösen Schiffen um die Welt schickt, experimentiert unter anderem mit Segeln. Erst dann kommen die großen Anbieter wie das zu Tui Cruises gehörige Mein Schiff oder die Aida Cruises. Phoenix Reisen, Viking Ocean Cruises und Nicko Cruises haben dem Nabu keine Auskunft gegeben.

Koch und ihre Kollegen haben für den Umweltcheck die Nachhaltigkeitsberichte der Firmen und andere offizielle Daten durchforstet. Sie haben den Un-

ternehmen, die von deutschen Häfen Kreuzfahrten anbieten, zudem einen Fragebogen geschickt. Darunter zwei Fragen, bei denen der Nabu dann doch noch Fortschritte ausmacht: Welche Neu- und Umbauten Ihrer Schiffe planen Sie? Und: Nutzen Sie Landstrom?

Schiffe brauchen in Häfen Strom für Bordküche, Computer, Lampen. Lassen sie dafür ihre Motoren laufen, ist das laut, verpestet auch die Luft. Für die Anwohner ist es besser, wenn das Schiff an das lokale Stromnetz angeschlossen wird. Dafür müssen Häfen und Schiffe entsprechende Infrastruktur aufbauen. „Da geht es jetzt immerhin voran“, sagt Koch – und rät von einer Kreuzfahrt ab. Auch das Umweltbundesamt erklärt: „Flugzeuge und Kreuzfahrtschiffe sind sehr klimaschädliche Verkehrsmittel für die Urlaubsreise.“

Koch: „Die Branche erwirtschaftet hohe Gewinne, sie hat eine Verantwortung, mehr zu tun“. Kreuzfahrten sind Massengeschäft, der Stillstand während der Coronapandemie ist vergessen. Gut 1,5 Millionen Reisende gingen 2025 von einem der deutschen Häfen an Nord- und Ostsee an Bord, um eine Hochseekreuzfahrt zu machen – rund 4 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor. Forscher Papathanassis meint: „Die Zahlen werden weiter steigen.“



Patrick Graichen
Energie für alle

Der Urknall

Im Anfang war das Wort, sagt die Theologie. Am Anfang war alles pure Energie, antwortet die Physik. Wer Recht hat? Unklar. Aber klar ist, dass beides, sowohl Worte als auch Energie, elementar sind – und damit herzlich willkommen, liebe taz-Leser:innen, zur ersten Ausgabe der Kolumne „Energie für alle“! Hier soll es alle sechs Wochen um Klima- und Energiefragen gehen: Wie sieht die Energiegegenwart und -zukunft aus? Auf welche Klima-Welt steuern wir zu? Welche politischen Entwicklungen gibt es bei uns und anderswo? Diese und andere Fragen will ich an dieser Stelle adressieren und freue mich, wenn Sie mit dabei sind. Und nicht zuletzt, weil man im Anfang ja auch die Tat sehen kann, soll es auch um die Frage des „Was tun?“ gehen.

Also: Wo stehen wir in Sachen Klima und Energie im Sommer 2026? Apokalyptische Waldbrände in Frankreich, Spanien und Italien zeigen, dass Europa nicht verschont wird von den Auswirkungen der Klimakrise. In Deutschland haben die Hitzewellen offenbart, wie schlecht wir auf die neue Klimarealität vorbereitet sind: Krankenhäuser, Pflegeheime und Schulen überhitzen, Asphalt wird flüssig und die Rhein-Schifffahrt kommt zum Erliegen.

Währenddessen hat der schwelende Iran-Konflikt eine neue Realität auf den globalen Öl- und Gasmärkten geschaffen: Die Preise liegen etwa 50 Prozent über dem Niveau von Februar, die deutschen Gasspeicher sind nicht mal zu Hälfte gefüllt, und die Lage ist hoch volatil.

Die Antwort auf diese beiden unschönen Trends ist dieselbe: Massiv Wind-, Solaranlagen

Das erkennen gerade viele Regierungen auf der Welt... Es geht hier schließlich um die Sicherung von Wohlstand

und Batterien installieren und so viel wie möglich elektrifizieren. Das ist der schnellste Weg, um das Klima zu schützen, und die Antwort auf die Gas- und Ölkostenfalle. Denn Wind und Solar sind die billigste Art Strom zu erzeugen, Wärmepumpen erzeugen 3- bis 4mal mehr Wärme pro eingesetzter Kilowattstunde als Gasheizungen, Elektroautos sind 2- bis 3mal effizienter als Verbrenner und die Speicher-Revolution transferiert Solarstrom günstig in den Abend.

Das erkennen gerade viele Regierungen auf der Welt – eigentlich alle Öl- und Gasimporteure. Es geht hier schließlich um die Sicherung von Wohlstand. Auch die EU-Kommission hat deswegen Mitte Juli eine Elektrifizierungsstrategie beschlossen, mit dem Ziel, dass Europa bis 2040 den Anteil elektrischer Prozesse verdoppelt. Es gibt allerdings auch Ausnahmen: Wirtschaftsministerin Katherina Reiche propagiert Gas, wo es nur geht, und der neue Verkehrsminister Steffen Bilger glaubt nach wie vor an eine Zukunft von Verbrenner-Autos.

Was also tun? Angesichts dieser Regierung müssen wir Bürger:innen es selbst in die Hand nehmen. Genau jetzt ist der richtige Zeitpunkt, eine Wärmepumpe anzuschaffen und/oder eine (Balkon-)Solaranlage zu installieren. Die Technik ist inzwischen so weit, dass es in praktisch jedem Haus geht. Und für die, die kein Haus haben: Rufen Sie Menschen mit Eigenheim an, die Sie kennen und lieben. Sie werden es ihnen danken, denn die Förderungen für Wärmepumpen und Solaranlagen sinken kontinuierlich – schon ab 2027 werden die Konditionen schlechter. Eine bessere Art, den Geldbeutel zu schonen, den Wert des Hauses zu steigern und gleichzeitig was fürs Klima zu tun, gibt es nicht. Insofern lautet der „Energie-für-Alle“-Rat im Sommer 2026: Ran an die Balkone, rauf auf die Dächer und ab in die Keller!

taz blogs

Nicht zu fassen ... aber zu lesen.

Mutiges, Abseitiges und Tiefgründiges lesen
Sie auf den Blogs der taz: taz.de/blogs

taz mixtape

Über Popmusik in der taz zu lesen, ist das eine. Wie sich das anhört, was die Autoren da beschreiben, das andere.

Deswegen gibt es das Beste aus der Musikberichterstattung der taz Kulturredaktion jeden Freitag in einer Radio-Version: taz Mixtape von und mit **Klaus Walter**.



taz hören!

freitags 17–18 Uhr

taz mixtape

auf ByteFM

hitzschlag

Den Iren kann man es nicht recht machen

Wenn es in Irland an fünf Tagen hintereinander über 25 Grad hat, gilt das als Hitzewelle. Klingt albern, hat aber erhebliche Folgen für das Land

Aus Dublin **Ralf Sotscheck**

Mateo hält die Iren für bekloppt. „Ihr nennt es Hitzewelle“, sagt er. „Bei uns zu Hause ziehen wir bei diesen Temperaturen einen Pull-over an.“ Mateo stammt aus Valencia, er studiert Literatur am Trinity College Dublin. „In Spanien brennen die Wälder“, sagt er, „es sind bereits mehr als 200.000 Hektar abgebrannt, und in Irland redeten im Juli alle über das Feuerchen am Berg Slievenamon in Tipperary.“

Bergbauern mussten ihre Tiere in Sicherheit bringen, was nicht so einfach war, weil Schaulustige die schmalen Zufahrtsstraßen blockierten, um Bilder für soziale Medien zu machen. In der südwestirischen Grafschaft Kerry haben Brände in einem Nationalpark 20 Hektar Land in einem Unesco-Biosphärenreservat vernichtet.

Die Iren sind auf Hitze nicht vorbereitet. Die offizielle Definition klingt in diesen Zeiten grotesk: Wenn die Temperaturen an fünf aufeinanderfolgenden Tagen auf über 25 Grad steigen, handelt es sich um eine Hitzewelle. Die Verbraucher reagierten auf die ungewöhnlichen Temperaturen im Juni und Juli mit Hamsterkäufen von Sonnencreme und Deodorants und auch der Verkauf von Alkohol, Energydrinks und salzigen Snacks stieg rasant an.

Fintan O’Toole schrieb in der *Irish Times*: „Im Grunde genommen glauben wir nicht an das, was wir erleben: die katastrophalen Auswirkungen der globalen Erwärmung.“ Dabei gab es schon vor Jahren eindringliche Warnungen. Irland müsse sich darauf vorbereiten, künftige extreme Hitzewellen zu bewältigen, warnte John FitzGerald, der Vorsitzende des Beirats für Klimawandel, bereits 2019. Er erklärte, dass man im Hinblick auf die Anpassung der Gesellschaft an den Klimawandel Pläne für Bedingungen erstellen müsse, die schlimmer seien, als man erwarte. „Man muss auf Nummer sicher gehen“, sagte er damals.

O’Toole sagt: „Wir leben nun in der Zukunft, vor der wir gewarnt wurden. Selbst nach den groben Maßstäben, die der Kapitalismus anlegt, ist es ein ruinöses teurer Ort zum Leben. Im Jahrzehnt zwischen 2014 und 2024 verursachten heftige Wetterereignisse Schäden in Höhe von etwa zwei Billionen Dollar.“ Was aber viel mehr zählen sollte, seien die Kosten in Form von Menschenleben, fügte er hinzu. Etwa eine halbe Million Menschen sterben jedes Jahr allein an den Folgen der Klimakrise.

Im Jahresbericht des Beirats für Klimawandel heißt es: „Unser ganzer Schwerpunkt lag bisher darauf, wie wir den durch Heizen verursachten Kohlendioxidausstoß reduzieren können. Wir müssen uns nun Gedanken über den durch Kühlung verursachten Kohlendioxidausstoß machen, der weltweit ein dramatisches Problem darstellt.“

In Irland betrifft das Thema Kühlung nicht nur Menschen, sondern vor allem Rechenzentren. Im Land gibt es weit über 100 davon, sie machen 23 Prozent des gesamten Strombedarfs Irlands aus. US-Technologieunternehmen wurden in den 2000er Jahren aufgrund der steuerlich attraktiven Investitionsbedingungen nach Irland gelockt. Als jedoch deutlich wurde, dass riesige Anlagen benötigt würden, um die Mengen an Daten zu speichern, gewann auch das gemäßigte Klima des Landes zunehmend an Attraktivität.

„Irland hat sich in unserer Analyse als einer der am wenigsten klimagefährdeten Standorte erwiesen“, sagt Jeremy Porter, Chefökonom des US-amerikanischen Klimaanalyseunternehmens First Street. Investitionen würden langfristig von Standorten abgezogen werden, an denen der Klimawandel stärker ausgeprägt sei. „In Nordeuropa und Irland wird die Nachfrage nach neuen Rechenzentren steigen“, sagt er.

Die Hitzewelle ist inzwischen aus den irischen Schlagzeilen verschwunden. Am 1. August hat in Irland der Herbst angefangen, jedenfalls nach dem keltischen Kalender. Der unterteilt das Jahr anhand von landwirtschaftlichen Zyklen, nicht nach modernen meteorologischen Maßstäben. Und das Wetter hält sich daran, es entspricht wieder allen Vorurteilen, die man über die Grüne Insel hegt.

„Jetzt jammert ihr über die Kälte, den Regen und den Wind“, sagt Mateo. „Euch Iren kann man es nicht recht machen.“



Sitzt wie viele andere Kurden seit Jahren im Gefängnis: PKK-Führer Abdullah Öcalan Foto: Metin Yokus/AP

„PKK-Gesetz“ ist jetzt im Parlament

Ein Gesetzentwurf soll den Fortgang des Friedensprozesses mit der offiziell aufgelösten Kurdischen Arbeiterpartei PKK regeln. Viele Fragen bleiben

Aus Istanbul **Wolf Wittenfeld**

Es ist ein erster kleiner Schritt, wenn man es optimistisch sehen will, oder ein Dokument der Mutlosigkeit, folgt man den Kritikern. Das sogenannte PKK-Gesetz, offiziell Gesetz zur „Stärkung der nationalen Souveränität und der sozialen Integration“, das Gesetz für eine „terrorfreie Türkei“ wie Präsident Recep Tayyip Erdoğan es nennt, ist nach monatelangen Debatten jetzt von drei Parteien ins Parlament eingebracht worden. Es soll eine mögliche Rückkehr ehemaliger PKK-Kämpfer in die zivile Gesellschaft in engen Grenzen ermöglichen, (Teilamnestie) wenn denn die PKK und die ihr nahestehenden Organisationen sich vollständig aufgelöst haben und alle Waffen abgegeben und vernichtet wurden.

Ob und ab wann das der Fall ist, soll der türkische Geheimdienst MIT feststellen, der den Prozess der PKK-Auflösung

überwacht. Erst wenn der MIT grünes Licht gibt und der nationale Sicherheitsrat zustimmt, soll das Gesetz in Kraft treten.

Erst einmal wird es jetzt im Justizausschuss beraten und könnte übers Wochenende so weit bearbeitet sein, dass am Beginn der nächsten Woche dann darüber abgestimmt wird. Vorgelegt wurde das Gesetz von der regierenden AKP, ihrem De-facto-Koalitionspartner MHP und der kurdischen DEM Partei.

Angestoßen hatte den gesamten „Friedensprozess“ der Chef der rechtsnationalistischen MHP, Devlet Bahçeli, der im Herbst 2024 den historischen Gründer der PKK, Abdullah Öcalan, aufforderte ins Parlament zu kommen und die Auflösung und Entwaffnung der PKK zu verkünden. Anschließend könne er aus seiner Haft auf der Gefängnisinsel Imrali entlassen werden, wo er seit 1999

festgehalten wird. Erstmals seit Jahren durften danach Vertreter der DEM Öcalan auf Imrali wie-

der besuchen, um den Vorschlag von Bahçeli zu besprechen.

Wenige Monate später forderte Öcalan die PKK tatsächlich dazu auf, den bewaffneten Kampf zu beenden, sich als PKK aufzulösen und den Kampf für die Rechte der Kurden zukünftig auf politischer Ebene weiterzuführen.

Während Bahçeli sich weiter für eine Verständigung mit den Kurden einsetzte, hielt Präsident Erdoğan sich auffallend zurück. Das ist bis heute so. Seitdem Erdoğan bei einem ersten Anlauf zu einer Verständigung mit der PKK 2015 schmerzlich erfahren musste, dass seine nationalistische Basis das ablehnt und ihm den Verlust der Mehrheit bei der damaligen Parlamentswahl bescherte, ist er extrem vorsichtig. Er lehnte deshalb bislang jedes Zugeständnis gegenüber der DEM ab.

Erst nach der vollständigen Kapitulation der PKK soll es möglich sein, dass ehemalige PKKler Anträge auf Straf-

nachlass oder Aussetzung von Strafverfolgung beantragen können. Das gilt nicht für Personen, denen Tötungsdelikte vorgeworfen werden oder die vor dem Juni 2005 verurteilt wurden.

Darunter fällt auch PKK-Gründer Abdullah Öcalan, für den die DEM mit dem vorliegenden Gesetz unbedingt eine Regelung zur Freilassung oder wenigstens zu Hafterleichterungen erreichen wollte. Das ist bislang nicht der Fall, auch wenn Bahçeli noch am Mittwoch im Parlament sagte, auch Öcalan müsse sich Hoffnung auf Freiheit machen können, wie auch Selahattin Demirtaş, der wichtigste kurdische Politiker nach Öcalan, der auch schon seit 10 Jahren in Haft sitzt.

Erdoğan hat solche Ankündigungen Bahçelis bislang immer abgeblockt und tut es auch jetzt. Dennoch sagte Sezai Temelli, Fraktionschef der DEM im Parlament, gegenüber der taz, seine Fraktion sehe dieses Gesetz als Einstieg in einen weiteren Reformprozess, der die Stellung der kurdischen Minderheit in der Türkei entscheidend verbessern würde. Das würde allerdings eine Demokratisierung der Türkei insgesamt voraussetzen. Danach sieht es aber ganz und gar nicht aus.

Denn während im Parlament über die „terrorfreie Türkei“ diskutiert wird, lässt Erdoğan fast täglich Vertreter der größten Oppositionspartei, der neu gegründeten Yeni Parti von Özgür Özel, verhaften und bedroht auch Özel selbst. Der Generalstaatsanwalt von Ankara hat gerade beantragt, Özel wegen angeblicher schwerer Korruption die parlamentarische Immunität entziehen zu lassen.

So könnten in der kommenden Woche sowohl das PKK-Gesetz als auch die Aufhebung von Özels Immunität durchs Parlament gehen.



Verhandlungen trotz Waffenunruhe

Die Feuerpause in Libanon wird immer brüchiger: Nachdem zwei israelische Soldaten getötet wurden, greift Israel mehrfach aus der Luft an. Wie geht es nun weiter?

Aus Tel Aviv **Serena Bilancieri**

Israel hat am späteren Mittwoch erneut Ziele im Südlibanon angegriffen. Laut dem libanesischen Gesundheitsministerium zählten die Luftschläge auf die Dörfer Tebnine und Mansouri am Mittwoch zu den schwersten seit zwei Monaten. Laut Medienberichten nahm das Militär unter anderem den Friedhof von Tebnine auf den Hügeln östlich der Stadt Sour ins Visier. Ein Mensch verlor bei dem Angriff sein Leben, zwölf weitere wurden verletzt. Etwa 30 Minuten bevor die Kampfjets am Himmel erschienen, hatten die Einwohner:innen von Mansouri einen Befehl zur Flucht der israelischen Armee erhalten.

In der Nacht sowie am Donnerstag, so berichtet es die libanesische Nachrichtenagentur NNA, griff Israel mehrfach aus der Luft an. Mindestens acht Menschen wurden verletzt, unter ihnen Kinder.

Das Militär erklärte, die Luftangriffe seien eine Antwort auf eine „unverfrorene Verletzung der Waffenruhe durch die Hisbollah“. Am Mittwoch waren zwei israelische Reservisten durch eine Explosion in

Südlibanon ums Leben gekommen, vier weitere wurden verletzt. Das Militär gab am Donnerstagmorgen ihre Namen bekannt: Major Harel Birenstock und Stabsfeldwebel Tamir Vaknin. Beide waren Teil der Fallschirmjägerbrigade 55, Birenstock als Kommandant, Vaknin als Kampfsoldat. Birenstock war Ingenieur bei einem großen israelischen Rüstungskonzern, lebte in einer Siedlung im besetzten Westjordanland und hinterlässt eine Ehefrau und vier Kinder. Vaknin lebte in der südlichen Küstenstadt Eilat; von seinem Bruder wird er als humor- und rücksichtsvoller Mensch beschrieben, der seit einiger Zeit mit dem Gedanken gespielt hatte, in die USA auszuwandern.

Laut ersten Rekonstruktionen kamen die Soldaten ums Leben, als sie ein beschädigtes, verlassenes Haus im südlibanesischen Dorf Majdal Zoun betraten, um dort einen Beobachtungspunkt zu erreichen. Dabei detonierte offenbar ein Sprengsatz, riss Teile des Gebäudes sowie die beiden Reservisten mit sich. Unklar ist weiterhin, ob der Sprengsatz vor dem Rückzug der Hisbollah aus dem Dorf platziert wurde, oder ob die Kämpfer das Gebiet nach der Übernahme

durch israelische Truppen weiter betreten konnten. Dies könnte ernste Auswirkungen auf die sowieso prekäre Waffenruhe zwischen Israel und Libanon haben.

Seit April gilt zwischen den Konfliktparteien eine fragile Feuerpause. Ende Juni hatten die beiden Nachbarländer zusammen mit den USA in

Mindestens acht Menschen wurden verletzt, unter ihnen Kinder

Washington ein Sicherheitsabkommen unterschrieben, das den schrittweisen Rückzug israelischer Streitkräfte und den Einzug von Soldaten der staatlichen libanesischen Armee in den Süden Libanons vorsieht. Die Hisbollah, die als nicht staatliche Miliz dort besonders aktiv ist und als „Staat innerhalb des Staates“ gilt, soll ihre Waffen vollständig abgeben. Allerdings weigert sich die Gruppe weiterhin, an direkten Verhandlungen mit Israel teilzunehmen.

Trotz Feuerpause gab es in den vergangenen Monaten Kampfhandlungen auf beiden Seiten. Israelische Soldat:innen bleiben im Süden stationiert; mit Luftschlägen und Mörserangriffen wurden immer wieder Dörfer in der Region getroffen. Außerdem werden innerhalb der sogenannten gelben Linie, die Israel derzeit als Besatzungszone ausgerufen hat, weiterhin Gebäude zerstört. Viele Dörfer sind nicht mehr bewohnbar. Auch die Hisbollah hat während der Waffenruhe immer wieder israelische Truppen angegriffen und Raketen abgefeuert.

In dieser Woche verhandelten in Rom libanesische und israelische Unterhändler:innen über die Umsetzung des Sicherheitsabkommens. Laut dem saudi-arabischen Medium Asharq geht es dabei vor allem um drei Punkte: Die derzeit von Israel gefangen gehaltenen Libanesen, die Pilotzonen in Südlibanon sowie die militärischen Operationen. Beide Seiten äußerten sich zunächst eher positiv zu den Gesprächen. Am Donnerstagnachmittag meldeten lokale Medien, sie seien zu Ende gegangen. Weitere Details zu ihrem Inhalt stehen noch aus.

Wenn der Hinterhof zu militärischem Sperrgebiet wird

Im Dorf Umm al-Khair lassen sich israelische Siedler:innen nieder, direkt neben einer palästinensischen Familie. Die deswegen nun ihre eigene Toilette nicht mehr nutzen darf

Aus Umm al-Khair **Serena Bilanceri**

Seit drei Wochen kreisen die Gedanken von Familie Hathaleen aus dem Dorf Umm al-Khair im südlichen Westjordanland nur um eines: das Klo. Es sind nicht so sehr die nächtlichen Geräusche der Nachbarn, die die palästinensische Familie wach liegen lassen. Oder die israelische Fahne, die nun auf dem Flachdach ihres Hauses thront. Sondern die Frage, wie ihre vierzehn Mitglieder – Vater, zwei Ehefrauen, elf Kinder – im Notfall ein Badezimmer erreichen sollen. „In den vergangenen 20 Tagen hatten wir keinen Zugang zu unserer Toilette mehr“, sagt Mutter Ikhlas verzweifelt.

Denn die Toilette, ein kleines Häuschen im Hinterhof der Familie, ist nun Teil eines militärischen Sperrgebiets. Das hat das israelische Militär entschieden, nachdem eine Gruppe von israelischen Siedler:innen, elf Familien inklusive Kinder, das Grundstück direkt neben Hathaleens Haus für sich beanspruchte. Und die neuen Einwohner:innen mit den alten aneinandergeraten waren. Auf der einen Seite also die palästinensische Familie, auf der anderen die Siedler:innen und dazwischen ein Streifen Sperrgebiet.

Beanspruchen bedeutet im Westjordanland: Mit Autos, mobilen Häusern oder Wohnwagen und israelischen Flaggen ankommen, sich auf einem Grundstück niederlassen, oft in der Nähe von palästinensischen Dörfern. Sich irgendwie an Strom und Wasser anschließen, und so einen Au-

„Die Siedler zerstörten das gesamte Gebiet hier, auch den Zaun, unter den Augen der israelischen Armee“

Salem Hathaleen,
Bewohner von Umm al-Khair

ßenposten gründen. Das ist illegal – selbst nach israelischem Recht. Meist geschieht das im Gebiet C – dem von Israel sowohl bezüglich Sicherheit als auch Verwaltung kontrollierten Teil des Westjordanlands. Die Aufteilung stammt aus den Oslo-Abkommen Anfang der 1990er Jahre. Im C-Gebiet liegt auch Umm al-Khair.

Gut 180 solcher Außenposten sind in vergangenen drei Jahren entstanden, die aktuelle Regierung hat über 100 nachträglich legalisiert. Rechtswidrig bleiben sie nach internationalem Recht natürlich dennoch. Selten sind sie so nah an palästinensischen Häusern wie in Umm al-Khair, in den südlichen Hebron-Hügeln. Knappe zehn Meter trennen hier die israelischen Caravans von der palästinensischen Familie.

Vor einem Jahr sind die ersten auf die kargen Hügel gekommen. Dort stehen nun mobile viereckige Bauten mit weißen Wänden und Dächern, parallel zueinander, die vage an ein Flüchtlingslager erinnern. Auf den Dächern befinden sich Wassertanks und sie irgendwie an Kabel angeschlossen, durch die Strom für die nahegelegene Siedlung Carmel fließt. Dann kommt eine Reihe Stacheldraht, dann das Zuhause der Familie Hathaleen.

Ikhlas Hathaleen blickt nachdenklich aus dem Fenster, das sie sich nun nicht mehr zu öffnen traut. Die Hitze ist drückend in dem Schlafzimmer, Fliegen kreisen um die nackte Glühbirne, die von der Decke hängt. Draußen brennt die Sonne auf die kargen



Die Toilette der Familie Hathaleen: nur wenige Meter entfernt und doch unerreichbar Foto: Serena Bilanceri

Hügel. Ikhlas, eine 44-jährige Frau im schwarzen Kopftuch und langem lila Kleid, sagt, sie fühlten sich in ihrem eigenen Haus nicht mehr wohl. Nachts kämen immer mal wieder Siedler und brächten israelische Flaggen an: auf dem Dach, vor dem Stall, im Hinterhof. Eine solche Fahne weht hinter den Gittern ihres Fensters.

Direkt hinter der Wohnung beginnt die Sperrzone. Eigentlich dürften auch die Siedler:innen diese nicht betreten. Doch sie tun das, sagt die Familie. Immer wieder. Videos zeigen Gruppen von jungen Männern. Sie tragen Zizit, die Schaufäden, die an weißen Untergeräten unter dem Hemd herausragen.

In einem weiteren Video schubst ein Siedler mit langen Schläfenlocken eine Aktivistin zu Boden, die ihn gerade filmt, dann schreit er einen weiteren Aktivist auf Englisch an: „Was willst du denn tun, du Wichser?“ Daneben steht ein palästinensischer Mann im beduinischen Gewand mit dem Rücken zum Stacheldraht, von Siedlern umzingelt und von Aktivisten, die versuchen, physisch dazwischenzugehen. Hinter dem Palästinenser sieht man eine verschleierte Frau mit Kindern.

Aktivist:innen, Israelis wie Ausländer, sind zur sogenannten Protective Presence vor Ort. Sie beobachten Konflikte mit Siedlern, filmen sie, gehen dazwischen, stellen sich vor Palästinenser:innen.

Es ist aber nicht nur der Hinterhof von Familie Hathaleen, der jetzt gesperrt ist. Der Stall, in dem sich nach Angaben der Familie Ziegen und Schafe befanden, gehört ebenfalls zum militärischen Gebiet. Vater Salem, ein Mann mittleren Alters mit ergrauendem Bart, streckt einen Arm über die mittelhohe Mauer, die den Stall umkreist, und sagt: „Jetzt ist meine Hand in der militärischen Sperrzone.“

Gerade seien ein Schaf und eine Ziege in dem kleinen Verschlag. Raus dürfen die Tiere nicht, denn der Hof vor dem Stall ist ebenfalls Sperrgebiet. „Sogar die Schafe sind im Gefängnis“, seufzt Ikhlas. Alle drei Tage käme ein Mitglied der israelischen Streitkräfte vorbei, um Salem zum Gehege zu eskortieren, damit er das Vieh mit Wasser und Futter versorgen kann. „Aber es sind 40 Grad drinnen in dem Stall, die Tiere sind sehr schwach.“

Die Familie erarbeitet sich ihren Lebensunterhalt durch die Schafzucht. Doch im vergangenen Jahr mussten sie ihren Bestand von 150 auf 10 Tiere reduzieren, weil sie die Schafe unter den

neuen Umständen kaum noch weiden lassen können.

Was die Toilette betrifft, müssen sich die Hathaleens arrangieren. „Entweder gehen wir ins Freizeitzentrum hier nebenan, oder, wenn das Bad dort besetzt ist, klopfte ich bei den Nachbarn. Vor allem, wenn jemand mitten in der Nacht auf Toilette muss – dann müssen wir die Nachbarn wecken. Es ist sehr unangenehm“, sagt Ikhlas Hatahleem.

Im Haus der Hathaleens befinden sich ein Gemeinschaftsraum, zwei größere Schlafzimmer, eine alte Küche. Doch eben kein Badezimmer. Mehrmals seien israelische Staatsdiener in die Wohnung gekommen, hätten nach einem Abort gesucht, vergeblich. „Die Regierung sucht nach einer Toilette“, schmunzelt Salem Hathaleen.

Dokumente zeigen, dass die Gemeinschaft von Umm al-Khair gegen den Aufbau des neuen Außenpostens vor Gericht gezogen ist. Zunächst erfolgreich – doch dann hob das Gericht die Baustoppverordnung auf. „Obwohl weder ein genehmigter Bebauungsplan noch Baugenehmigungen oder irgendeine rechtliche Zulassung nach israelischem Recht vorliegen“, so die israelische NGO Peace Now!, die die Petition gegen den Außenposten mitträgt.

„Die Siedler zerstörten das gesamte Gebiet hier, auch den Zaun, unter den Augen der israelischen Armee“, bringt Salem Hathaleen vor. Ein Video zeigt einen Bulldozer, der Steine im Hof neben dem Haus ablädt, also in der Sperrzone. Eine Gruppe Soldat:innen in voller Montur steht dabei, daneben die Siedler.



Salem Hathaleen neben dem militärischen Sperrgebiet, das einmal sein Hinterhof war. Es beginnt direkt hinter der Mauer Foto: Serena Bilanceri



Ikhlas Hathaleen an ihren Fenster mit Blick auf den Hinterhof – und eine israelische Fahne Foto: Serena Bilanceri

Als die taz sie damit konfrontiert, verneint die israelische Armee, dass Siedler:innen bei ihren Operationen in der Sperrzone dabei gewesen. Gegen unerlaubte Betretungen der Sperrzone, sei es durch Israelis oder Palästinenser, gingen die Soldat:innen vor, betont das Militär. Auch der Zugang zu den Tieren und den „verfügbaren Anlagen“ sei der Familie gestattet, behauptet es, ohne konkrete Details zu nennen.

Der Gemeindeführer von Umm al-Khair, Khalil Hathaleen, wirft den Siedler:innen vor, das kleine palästinensische Dorf teilen zu wollen. Denn einige Häuser, die zu dem 300-Seelen-Ort gehören, liegen auf dem gegenüberliegenden Hügel. Und dazwischen der Außenposten.

Das unbebaute Land zwischen den Hügeln, beteuern die palästinensischen Einwohner:innen, gehöre ihren Vorfahren. Doch Israel hat es bereits in den 1980er Jahren aufgrund alter Gesetze aus der osmanischen Besatzungszeit zu Staatsland erklärt. Ein übliches Vorgehen im Westjordanland. Demnach darf der Staat Land als staatliches deklarieren, wenn es nicht offiziell auf einen Namen registriert ist und über mehrere Jahre in Folge nicht beackert wurde.

Im Westjordanland sind viele Grundstücke nicht offiziell registriert. Und mit dieser Taktik hat der israelische Staat laut der israelischen Menschenrechtsorganisation B'tselem mehr als ein Viertel des Bodens im Westjordanlands übernommen. Nach internationalem Recht bleibt die Besatzung illegal.

B'tselem etwa sieht hinter den Außenposten eine Strategie Israels, um palästinensische Schäfer:innen aus dem Land zwischen den palästinensischen Ballungszentren zu vertreiben. Diese Fragmentierung des Westjordanlands soll die Idee eines palästinensischen Staates endgültig begraben. Die mittlerweile sanktionierte Siedlerorganisation Amana erkennt diese Rolle der sogenannten Farmen, also der Außenposten, bei der Besetzung von Land selbst an.

Die Lage ist seit Langem schwierig in Umm al-Khair. Fast allen Wohngebäuden droht der Abriss, weil die Baulizenzen fehlen. Baulizenzen, die für Palästinenser:innen sehr schwierig zu erhalten sind. Zwischen 2023 und 2025 wurden 282 Erlaubnisse im Gebiet C beantragt – keine ist genehmigt worden. Fast zeitgleich hat die Behörde über 40.000 neuen Wohneinheiten in Siedlungen zugestimmt. 86 Außenposten und 54 Siedlungen sind allein im vergangenen Jahr entstanden – ein Rekord.

Beim Aufbau dieser Außenposten kommt es auch immer wieder zu Gewalt. So wie in Umm al-Khair vor etwa einem Jahr. Am 28. Juli 2025 traf eine Kugel den Aktivistin und Mitwirkenden am Oscar-preisgekrönten Film „No Other Land“ Awdah Hathaleen tödlich. Geschossen hatte mutmaßlich ein sanktionierter Siedler, der bei Bauarbeiten für den neuen, illegalen Außenposten in einen Streit mit Dorfbewohnern geraten war.

Hathaleen stand gerade im Freizeitzentrum neben Salems Haus und filmte – auch seinen eigenen Tod. An diesem Mittwoch wurde bekannt, dass die israelischen Behörden Anklage gegen den mutmaßlichen Täter erheben werden. Die Anklage lautet nicht auf Mord, sondern auf fahrlässige Tötung, Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung.

Wenige Tage nach der Tat war er bereits wieder in Umm al-Khair zu Gange, noch bevor der Leichnam Hathaleens von den israelischen Behörden freigegeben wurde und ins Dorf zurückkehren konnte. Bei den weiteren Bauarbeiten zerstörte er dann eine Wasserleitung, die die palästinensischen Familien in Umm al-Khair versorgte.

Als die taz kurz nach dem Tod von Awdah Hathaleen Umm al-Khair besuchte, war am Ort seines Todes noch die vertrocknete Blutlache zu sehen. Nun ist das Blut weg, stattdessen schimmert dort hellgrüner Kunstrasen unter der Mittagssonne. Auf dem Spielplatz direkt daneben rennt eine Gruppe von Kindern dem Ball hinterher. Doch auch dieser Platz droht nun, zerstört zu werden. Vor wenigen Monaten kam der Abrissbefehl von den israelischen Behörden. Die 55 Kinder der Gemeinde haben bereits den Zugang zu ihrer Schule verloren, Siedler eine Stacheldrahtbarriere auf dem Feldweg zu dem Gebäude errichtet.

Beim Besuch der taz in Umm al-Khair kommt es zu einer kurzen Konfrontation zwischen Siedlern und Khalil Hathaleen. Als zwei Siedler mit ihren Kindern an ihm vorbeilaufen, wirft dieser ihnen lautstark vor, ihn am Vorabend angegriffen zu haben. „Ich habe keine Ahnung, wovon du sprichst“, antwortet der Siedler, ein junger Mann, auf Englisch.

Einige Videos zeigen tatsächlich den jungen Mann im Hinterhof von Salems Haus. An einer Auseinandersetzung nimmt er da allerdings nicht teil. Unklar bleibt auch, wann genau die Videos aufgenommen wurden.

Die Spannungen reißen nicht ab in Umm al-Khair. Und derweil wartet die Familie von Salem Hathaleen darauf, irgendwann wieder Zugang zu ihrer Toilette zu haben – und damit zu ein wenig Normalität.



Russische Menschenjagddrohnen im Kanzleramt

debatte

Rechter Schneeballeffekt

In Sachsen-Anhalt hält die AfD Zustimmungswerte von 40 Prozent. Kein Wunder, die Nazi-Propaganda der 90er ist nie aus den Köpfen verschwunden

Wo kommen nur die vielen AfD-Fans her? In öffentlichen Debatten bekomme ich oft den Eindruck, der rechtskonservative Backlash falle ganz plötzlich vom Himmel. Allein das Wort „Rechtsruck“ suggeriert eine unvorhersehbare Veränderung. Da wählen die sogenannten unbescholtenen Bürger:innen auf einmal eine Partei, die mit rechten und zum Teil menschenverachtenden Parolen auf Bäuerinnenfang geht. So will in Sachsen-Anhalt die AfD den Schwangerschaftsabbruch wieder kriminalisieren, und das, wo dies in der DDR bereits 1972 abgeschafft wurde. Behinderte Kinder sollen zukünftig „normal begabte Kinder“ nicht in Integrationsklassen beim Lernen stören und die Regenbogenfahne gehören an Schulen verboten. Dafür plädieren sie für das tägliche Hissen der Deutschlandfahne an pädagogischen Einrichtungen und „das gemeinsame Singen der Nationalhymne im Kreise der gesam-

Es gab Dorffeste, da wurden lauthals Hitler-Lieder gesungen, während die Anwohner:innen fröhlich mitschunkelten

ten Schüler- und Lehrerschaft“ bei Feierlichkeiten. Außerdem will die AfD die Antifa zur Terrorvereinigung erklären, Gelder für „linksextreme Vereine“ streichen und „pervers-linke Agitation“ beenden. Und mit diesen nationalistischen, frauenfeindlichen und extrem konservativen Wahlversprechen erhält sie Prognosewerte von 40 Prozent.

Auch wenn es gruselig ist, überrascht mich das wenig. Denn ich stamme aus einem beschaulichen Dorf in Sachsen-Anhalt, am Rande des Harzes. Vor über 15 Jahren verließ ich das Landleben für die Großstadt Berlin. Ganz hinter mir lassen kann ich weder meine Ostbiografie noch meine Erfahrungen. Trotz meiner queeren und linken Bubble finden sich in meinem erweiterten Bekanntenkreis heute unzählige Leute mit einem Faible für Rechtspopulisten – die Bedrohung rückt immer näher.

Da ist zum Beispiel eine links denkende Freundin, deren alleinerziehende Mutter einst bei der SPD aktiv war und plötzlich in der Rente rechte Parolen wiederholt. Eine andere engagierte Freundin macht sich Sorgen, wo wohl ihre konservativen Brüder mit einer gewissen Nähe zur Bundeswehr ihr Kreuz setzen werden.

Und da sind all die alten Klassenkamerad:innen von der Realschule, mit denen ich einst Schulbank und Freundschaften teilte und die irgendwann auf dem Weg ins Erwachsenenleben scharf rechts abbogen, während ich immer auf der Seite des Antifaschismus stand.

Da wird heute groß „Ostfront“ und Hetze gegen Geflüchtete gepostet, Corona geleugnet und Diskussionen um Tempolimit, Heizungsgesetz und Klimawandel als Beschneidung der eigenen Frei-

heit postuliert. Die Liste meiner Facebook-Blockaden ist lang.

Für mich steht fest: Ein Großteil der AfD-Anhänger:innen war nie „unbescholten“. Nur haben sie es sich in den letzten Jahrzehnten bequem eingerichtet. Ich habe die Gewalt der späten Baseballschlägerjahre erlebt – mich rechten Parolen widersetzt. In meiner Gegend gab es Dörfer, die konnte und wollte ich nicht betreten, weil dort gewaltbereite Faschos die Mehrheit hatten.

Es gab Dorffeste, da wurden lauthals Hitler-Lieder gesungen, während die Anwohner:innen fröhlich mitschunkelten, und vor einer Grufti-Disko lauerten regelmäßig Schlägerhorden den Feiern den auf. Was wurde wohl aus den Baseballschlägertrupps dieser Zeit, die im Übrigen nicht nur aus Männern bestanden?

Damals tat man das als jugendliche Subkultur ab, als ein unschönes Problem im Osten. Dabei nutzten rechte Kameradschaften und Parteien den Mauerfall blitzschnell, um ihre Propagandamaterialien an Jugendeinrichtungen und sogar an Schulen zu verteilen. Und die desorientierten Teenager:innen, mit ihren arbeitslos gewordenen Eltern, fielen darauf rein, während die Erwachsenen wegschauten.

Polizei, Gerichte, Medien, Politik und Eltern begriffen lange nicht das Ausmaß der Gewalt in Ost – und West. Man denke nur an NSU und Rostock-Lichtenhagen. Heute sind die einst gewaltbereiten Neonazis, wie ich, Ü40. Sie haben es sich größtenteils in ihrem kleinbürgerlichen Alltag eingerichtet, Familien gegründet, Ausbildungen absolviert, Berufe ergriffen oder Unternehmen geschaffen.

So wird der Webshop für die Kampagnen von Sachsen-Anhalts AfD-Spitzenkandidaten Ulrich Siegmund von einem ausgewiesenen Rechtsextremisten betrieben. Torsten G. wird vom Verfassungsschutz als einer „der zentralen Akteure der rechtsextremen Szene“ zugeordnet. Er war bei der Jugendorganisation der NPD aktiv und wechselte später zur Identitären Bewegung (IB). Sein Unternehmen betreibt einen bekannten Szeneshop, der rechtsextreme Aufkleber und Bücher verkauft.

Und das ist kein reines Ost-Problem! Walter Lübcke, Kassler CDU-Politiker, wurde 2019 von einem mehrfach vorbestraften Neonazi ermordet, der viele Jahre unauffällig in seinem Einfamilienhaus mit Frau und Kindern lebte. Aber im Osten wurden die sogenannten „Wendejahre“ und der Biografiebruch vieler Ostdeutscher nie aufgearbeitet.

Gerade für meine Generation – die Kinder und Jugendlichen der 90er Jahre – bedeutete der Mauerfall eine Identitätssuche unter außergewöhnlichen Umständen. Wer damals früh intensive Kontakte mit rechter Gehirnwäsche bekam, legt dieses Mindset so schnell nicht wieder ab.

Ganz sicher sind die 40 Prozent Wählerschaft der AfD nicht alles Schläger:innen von damals! Aber sie sind es eben auch, die hier eine lang ersehnte „Heimat“ für ihr menschenverachtendes Weltbild finden. Und ist einmal eine kritische Masse erreicht, läuft das Schneeballprinzip unbegrenzt weiter. Deshalb müssen wir dringend die Zeit der „Baseballschlägerjahre“ aufarbeiten, damit nicht noch eine Generation verloren geht.



Andreas Petrik ist Professor für Politikdidaktik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Mitglied des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ). Er forscht zu demokratischer Identitätsbildung durch handlungsorientierte Methoden. Sein Spielfeld sind Schulen, Lehrerbildung, Verbände und politische Bildungsträger.

Gunnar Hinck zur Rente nach 45 Jahren

Passgenauer Populismus

Die Debatte um die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren, die inzwischen eine Rente mit 64,5 ist, bekommt eine ungeahnte Dynamik. Den Beginn machten in der vergangenen Woche die fünf ostdeutschen Ministerpräsident:innen. Ein äußerst seltener Vorgang: Von Schwerins SPD-Regierungschefin Manuela Schwesig bis zu ihrem CDU-Kollegen Michael Kretschmer in Dresden rückten alle fünf vom geplanten Ende der abschlagsfreien Rente ab, was die Rentenkommission im Frühsommer empfahl und die Bundesregierung auch umsetzen will.

Dass Schwesig mit ihrem Hang zum passgenauen Populismus und Opportunismus – als Russlandverbindungen noch okay waren, boxte sie ihre Gaststiftung durch, nach dem russischen Überfall auf die Ukraine ließ sie Ukrainefahnen hissen – jetzt damit um die Ecke kommt, war zu erwarten. Im September wird in Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Man tritt der Ministerpräsidentin nicht zu nahe mit der Vermutung, dass sie sich für das Thema Rente öffentlich eher weniger interessieren würde, wenn gerade keine Wahlen bevorstünden.

Und natürlich spielte sie die ostdeutsche Karte: In der DDR habe man früher angefangen zu arbeiten, deshalb gebiete es der „Respekt vor der Lebensleistung“, dass die Rente mit 63 erhalten bleibt. Was zu der Frage führt, wie lange eigentlich noch, 36 Jahre nach der Wiedervereinigung, der Faktor „Ost“ bei sozialpolitischen Themen eine besondere Rolle spielen soll. Diejenigen, die heute in Rente gehen, sind in den frühen sechziger Jahre geboren und haben damit den größten Teil ihres Berufslebens in der Bundesrepublik zugebracht.

Nach den Wortmeldungen der drei CDU-Regierungschefs Mario Voigt, Sven Schulze und Kretschmer wurde es richtig bizarr: SPD-Arbeitsministerin Bärbel Bas, die tapfer immer von einem „Gesamtkunstwerk“ sprach, aus dem man nicht wieder einzelne Teile herausnehmen dürfe, erklärte listig: Die CDU müsse ihre Position in der Frage jetzt mal klären. Und, reichlich nonchalant: „Die SPD wird sicherlich nicht dagegen sein.“ Als ob es um irgendeine Terminfrage ginge und nicht um eine wichtige politische Entscheidung, hinter die sie sich lange gestellt hatte. Politische Führung sieht anders aus.

Warum wird die vorgezogene Rente plötzlich wieder in die politische Arena gezerrt? Wie wohl keine andere sozialpolitische Leistung ist sie zu einem emotional aufgeladenen Gerechtigkeitsymbol geworden. Und die meis-

ten Menschen werden eines Tages in Rente gehen und von ihr leben müssen.

2014 als Wahlversprechen der SPD in der damaligen Großen Koalition umgesetzt, gab es damals wohl keinen SPD-Politiker, der nicht mit bebender Stimme von der „Lebensleistung der Menschen“ sprach, die „anerkannt“ werden müsse. Federführend damals dabei: die damalige Sozialministerin Andrea Nahles. Nur: Die gesetzliche Rente kennt nicht den diffusen Begriff „Lebensleistung“ (abgesehen davon, dass auch Hausmänner und -frauen, Lebenskünstler oder Langzeitarbeitslose etwas in ihrem Leben leisten oder geleistet haben).

Die Rentenformel kennt unter anderem die Faktoren Entgeltpunkte – die sich aus dem Gesamteinkommen während des Berufslebens ergeben – und Rentenwert, also wie viel Euro sie bedeuten. Dazu kommt das Renteneintrittsalter, das gerade bei etwas über 66 Jahren liegt. Der Faktor Beitragsjahre spielt für sich genommen keine Rolle. Die Rente nach 45 Jahren passt also nicht ins System – und privilegiert eine bestimmte Gruppe. Es sind, wie die Rentenkommission schreibt, „Besserverdienende, Gesundere und Männer“ – und damit solche mit geradlinigen Berufsbiografien.

Von der Rente profitieren nicht die, die man meinte. Es ist eben nicht der damals von Andreas Nahles penetrant zitierte Dachdecker (der es kaum noch schafft, mit 60 noch aufs Dach zu steigen). Das räumt inzwischen sogar die SPD-Linke Annika Klose ein, die in der Kommission saß. Das bedeutet mit anderen Worten: Die Rente mit 63 müssen die anderen Beitragszahler:innen mitfinanzieren, von der sie selbst nicht profitieren.

Schon 2014 sagte Ulrich Schneider, als Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes lange Jahre so etwas wie das soziale Gewissen der Republik: „Die Rente mit 63 ... stellt eine Lösung dar, für die es überhaupt kein Problem gibt. Weder vermag sie die Härten auszugleichen bei der Rente mit 67 – wenn es nämlich jemand nicht schafft bis 67, weil er gesundheitlich nicht mehr mitmacht –, noch wird irgendwie das Problem der auf uns zukommenden Altersarmut behandelt.“

Genau so ist es: Die Hauptaufgabe ist es, eine faire und auskömmliche Rente für alle zu garantieren – und die Altersarmut zu bekämpfen. Von der sind Langzeitarbeitslose, Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter:innen und Alleinerziehende am meisten betroffen. Die jetzige Debatte ist völlig unnötig und lenkt von den eigentlichen Problemen ab.

Sebastian Moll über die Vorwahlen in Michigan

Sieg dank Bürgernähe

Der Republikaner Mike Rogers frohlockte bereits, lange bevor in Michigan alle Stimmen der demokratischen Vorwahlen um den Senat ausgezählt waren. Schon der dünne Vorsprung von zwei Prozentpunkten für Abdul El-Sayed reichte dem republikanischen Kandidaten, um sich mit Blick auf die Hauptwahl im November großspurig zu zeigen: „El-Sayed wird keine Chance haben.“

Dem Optimismus von Rogers liegt die Logik der US-Politik zugrunde. Michigan ist ein „Swing State“, Trump gewann hier bei der Präsidentschaftswahl 2016 und 2024. 2020 gewann Joe Biden, den die Demokratische Partei aufgestellt hatte, weil er mit seiner volkstümlichen Art moderate Wechselwähler beschwichtigen konnte. Ein links-progressiver Kandidat mit einem arabisch klingenden Namen hat vor dieser Folie nicht den Hauch einer Chance.

Doch El-Sayed konterte selbstbewusst. „Wenn man in Zukunft von Rogers spricht, wird man sagen: ‚Das ist doch der Typ, dessen politische Zukunft Abdul zerstört hat.‘“ El-Sayed und der progres-

sive Flügel der Demokratischen Partei setzen darauf, dass die alten Regeln der Politik nicht mehr gelten. Panikmache vor links funktioniert nicht mehr, zumal er mehrmals klargemacht hat, dass er zum Kapitalismus steht und nicht zu den Democratic Socialists gehört. Und auch die Furcht vor arabisch klingenden Namen ist nicht mehr so weit verbreitet.

Vor allem wollen Politiker wie El-Sayed nicht nur die demokratischen Basis und Wechselwähler ansprechen, sondern auch bisherige Trump-Wähler. El-Sayed und Parteikollegen wie Chris Raab in Pennsylvania, Claire Valdez und Darializa Chevalier in New York sowie Melat Kiros in Colorado haben in den Vorwahlkämpfen ein einziges Thema zum Schlüssel ihres Erfolges gemacht: die Korruption.

Sie haben gezeigt, dass man auch mit wenig Geld und mit Bürgernähe Wahlen gewinnen kann. Damit machen sie glaubhaft, dass sie sich wirklich um die Belange der normalen Leute sorgen. Diesen Beweis bleiben sowohl die Republikaner als auch die Demokraten der alten Schule schuldig.

Die Folgen dieser Art von Urlaub lassen sich am besten in der Antarktis betrachten
Foto: Martin Wagner/imagio



talkshow

Kreuzfahrer in der Klimaapokalypse

Der Nabu bewertet mal wieder die Anbieter von Kreuzfahrten. Wo ließe sich der Umweltkollaps auch besser beobachten, als vom Deck eines schwimmenden Klimakillers?

Von Uli Hannemann

Die Meldung wirkt auf den ersten Blick bizarr: Der Naturschutzbund Deutschland e. V. (Nabu) veröffentlicht ein Umweltranking für Kreuzfahrtreedereien. Fast könnte man meinen, die traditionell auch für die Wahl zum Vogel des Jahres zuständige Umweltorganisation will heuer die eigene Vollmeise zum Sieger küren. Denn noch 2011 hat derselbe Naturschutzbund spöttisch den Dinosaurier des Jahres an die Unternehmen Aida und TUI Cruises verliehen, deren Dampfer pro Kreuzfahrt so viele Schadstoffe wie fünf Millionen Autos ausstießen.

Der schlechte Ruf von Kreuzfahrten allgemein speist sich nicht nur aus ökologischen, sondern auch sozialen Erwägungen. Auf den Schiffen tummeln sich keine armen Leute. Die meisten sind Mittelschichtler, die sich zwar nur ein klei-

nes Privatflugzeug leisten können, aber dafür eine teure Kreuzfahrt.

Die weltweite Zahl an Kreuzfahrtpassagieren stieg im vergangenen Jahr noch einmal um 7,5 Prozent auf den historischen Höchstwert von 37,2 Millionen. Die Branche brummt, die Biene nicht – das ist das Fazit, das Mutter Natur ziehen würde, wenn sie denn noch japsen könnte.

Die Initiative des Nabu ist also, so möchte man meinen, als ob die Deutsche Veganer-Innung eine Liste mit den besten Biometzgeren veröffentlicht. Oder die Polizei in einem Ranking die freundlichsten und nachhaltigsten Verbrecherbanden empfiehlt, denen man sich doch getrost anschließen möge (Wir entscheiden uns natürlich für die Letzte Generation).

Doch auf den zweiten Blick ergibt das durchaus Sinn. Der Mensch ist von Natur aus schlecht. Ebenso weist er seit tausend

Jahren eine originäre Neigung zu Kreuzzügen, -reisen und -fahrten aller Art auf. Will meinen: Er macht es sowieso. Vernunft, Einschränkung, gesundes Maß sind für ihn keine Kategorien. Da kann sich der Nabu auf den Kopf stellen. Also übt der sich wenigstens in Schadensbegrenzung.

„If you can't beat them join them“, wusste schon in den 1930er Jahren der US-Senator James E. Watson. Der Satz ist auch ein Songtitel der britischen Rockband Queen, ebenso wie ein offensichtlicher Grundsatz der Politik des aktuellen US-Präsidenten Donald Trump. Verbünde dich mit dem Feind, Grüße aus Vichy.

Geht man durch die Nabu-Bewertungen der Kreuzfahrtanbieter, hat sich am meisten in der Nutzung von Landstrom während der Liegezeiten, sowie bei allgemeinen Klima- und Effizienzmaßnahmen getan. Bei anderen Kriterien von

Klimazielen über Schwerölstopp bis Luftreinhaltung sieht es hingegen reichlich mau aus.

Von den siebzehn zu erreichenden Punkten kommen die Testsieger, oder besser Testnichtverlierer Havila und Hurtigruten auf gerade mal 7,5 bzw. 7,25 Punkte. Überraschendes Ergebnis: Kreuzfahrt nix gut, nach wie vor.

Ein achtzehnter, eher psychologischer Pluspunkt, der in der Nabu-Liste gar nicht auftaucht, da er nur die Passagiere betrifft: Gerade in der Antarktis können sich die Kreuzfahrer eins zu eins die Folgen ihres Tuns reinziehen. Abbrechendes Packeis, schmelzende Gletscher, schwitzende Pinguine. Da stehen sie nun an der Reling und gucken sich die Bescerung an.

„Schlimm, schlimm“, murmelt die eine. „Auweia“, der andere. Und die Klügste (oder „Wokste“, wie die Rechten sagen) bemerkt: „Ist das nicht eigentlich

superscheiße, was wir hier gerade machen?“

„Aber irgendjemand muss die Katastrophe doch auch dokumentieren“, quakt da ein ganz Naseweiser. „Sind wir Journalisten?“, fragt zu Recht jetzt wieder die Kluge. „Nein“, sagt der, der vorher, „auweia“, gesagt hat, „aber der das hier gerade schreibt, ja genauso wenig.“ Auf dieses Totschlagargument hin schweigen alle. Bloß in der Ferne schreit ein Seebär um Hilfe. Zum Glück läutet der Bordgong nun zum Captain's Dinner.

Vielleicht erledigen sich die Kreuzfahrten ja auch irgendwann selbst: In der Antarktis gibt es nichts mehr zu sehen, die Seychellen sind auch weg, und schon in diesem Sommer scheitern die in den vergangenen Jahren immer beliebter gewordenen Flusskreuzfahrten wiederholt am Niedrigwasser. Der Klimawandel frisst seine Verursacher. Und zwar nachhaltig.

„Ahmet Polat befindet sich wohl in akuter Lebensgefahr“

Sechs Monate war die Journalistin Eva Maria Michelmann in Syrien inhaftiert. Jetzt spricht sie erstmals in einem deutschen Medium davon – und fordert die Freilassung ihres Kollegen

Interview **Peter Nowak**

taz: Frau Michelmann, wie spielte sich Ihre Gefangenennahme ab?

Eva Maria Michelmann: Nachdem wir in dem Gebäude, in dem ich gemeinsam mit Dutzenden anderen Zivilist*innen Zuflucht gesucht hatte, bis tief in die Nacht hinein beschossen und bombardiert worden waren, kamen gegen vier Uhr morgens am 19. Januar offizielle Einsatzkräfte des HTS-Regimes (*Hai at Tahrir asch-Scham; Anm. d. Red.*) vor das Gebäude. Sie standen dann an der Treppe zum ersten Stock, in dem wir uns aufhielten, Seite an Seite mit den islamistischen Banden, die stundenlang versucht hatten, unseren Aufenthaltsort in ein Blutbad zu verwandeln. Nachdem ich mich als europäische Zivilistin zu erkennen gegeben und deutlich gemacht hatte, dass Ahmet Polat zu mir gehört, wurden wir von den anderen getrennt und in einem Raum abgeschottet.

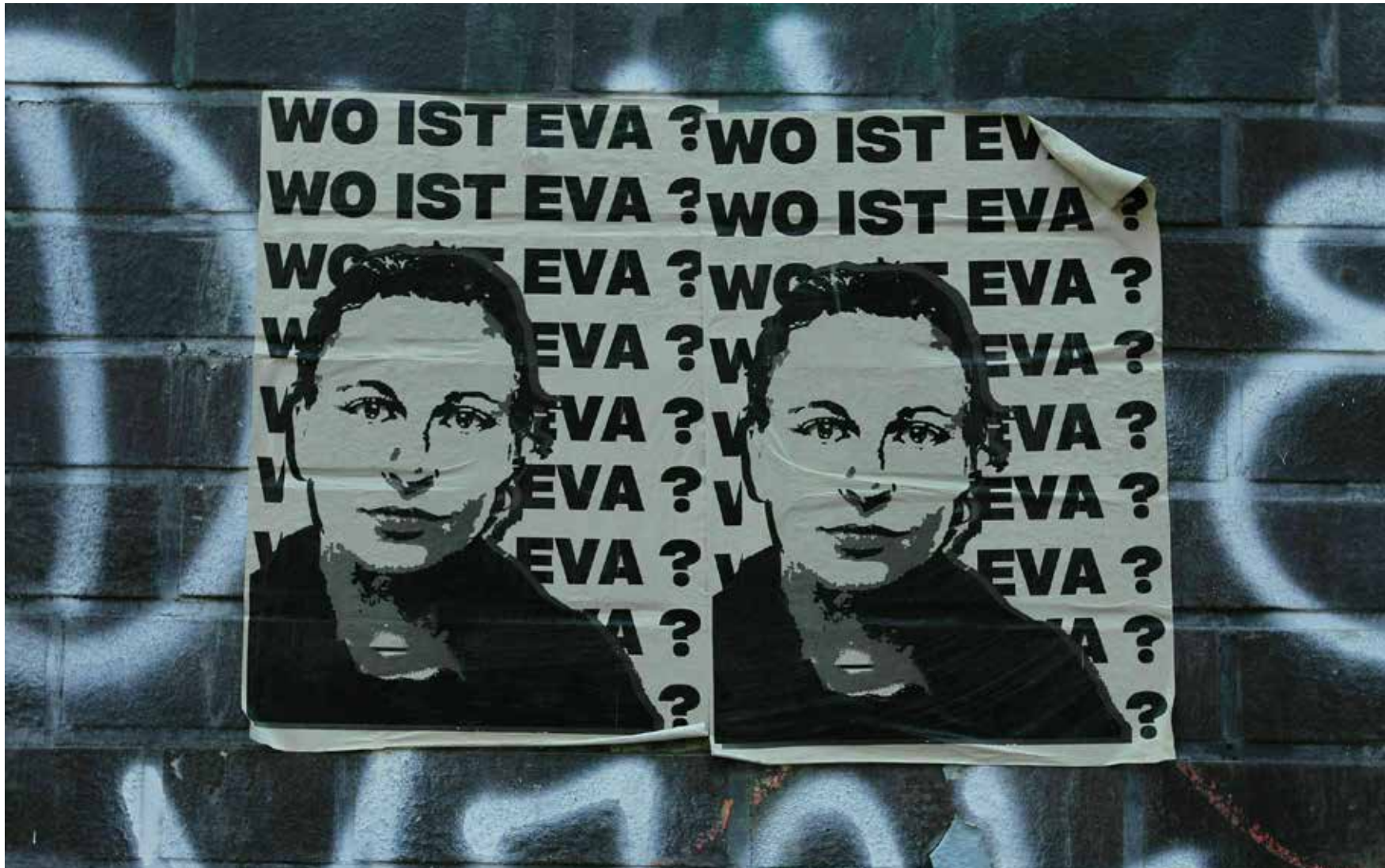
taz: Haben Sie Verbrechen der Belagerer beobachten können?

Michelmann: Unter den Zivilist*innen in dem Jugendzentrum gab es eine große Gruppe von Menschen aus Afrin (*kurdisch geprägte Stadt in Nordostsyrien, Anm. d. Red.*), die in einem nahe gelegenen Wohnblock gelebt hatten. Ahmet konnte bei einer Gelegenheit verfolgen, dass sie hinter das Gebäude geführt wurden und dort eine Art rituelle Verlesung eines islamischen Gebets stattfand. Ich konnte im weiteren Verlauf verfolgen, dass lediglich 14 von ihnen wieder hinter dem Gebäude hervorgekehrt und in einem großen Reisebus abtransportiert worden sind. Alle waren in grauenvoller Verfassung, mit geöffneter Kleidung, kaum fähig, zu laufen. Ich frage mich bis heute, was mit den übrigen Menschen aus Afrin, die Seite an Seite mit uns in dem Gebäude gewesen waren, geschehen ist. Im Auto konnten wir Gespräche mithören darüber, dass allen Kurden „die Kehle durchgeschnitten“ werden müsse.

taz: Wie wurden Sie im Gefängnis behandelt?

Michelmann: Ich wurde insgesamt mindestens 100 Tage in Isolationshaft gehalten. Zudem befand ich mich fast den gesamten Zeitraum abgeschnitten von jedem Kontakt mit der Außenwelt in Incommunicado-Haft. Schläge und Elektroschocks sind in den Gefängnissen der HTS vollkommen üblich. Ich kann die Anwendung dieser Methoden selbst bezeugen. Zudem haben zahlreiche Mitgefangene mir von Folterungen berichtet, die sie selbst erlebt haben, sowie Folterspuren an ihrem Körper gezeigt.

taz: Wann hatten Sie den ersten



Die Journalistin Eva Maria Michelmann wurde wochenlang in Syrien gefangen gehalten Foto: Hanno Bode/imagio

Kontakt mit deutschen Behörden?

Michelmann: Ich hatte am ersten Tag unmittelbar nach meiner Ankunft in dem Gebäude des Kommandos für innere Sicherheit in Aleppo gefordert, mit dem deutschen Konsulat in Kontakt zu treten. Ich verfasste ein entsprechendes Schreiben, das nach Aussage des Verantwortlichen der HTS weitergeleitet werden sollte. Einen Monat später wurde mir von derselben Person mitgeteilt, dass die deutschen Behörden nicht geantwortet hätten. In der ersten Woche meiner Gefangenschaft in Aleppo habe ich vor meiner Zelle eine Männerstimme am Telefon auf Deutsch über mich sprechen hören. Der Mann sagte: „Michelmann war das, 'ne? Ja, das Problem ist, dass die keinen Passport hat.“ Ich habe nie erfahren, um wen es sich bei diesem Mann handelte.

taz: Was haben Sie sonst noch mitbekommen?

Michelmann: Ein anderes Mal gaben die Wachen offensichtlich einem Mann Einblick in ihre Notizen, die sie über mich führten. Der Mann sagte dabei nachdenklich auf Arabisch: „Ja, es gibt das Recht zu telefo-

nieren.“ Aus diesem Inhalt schließe ich, dass es sich nicht um einen Angehörigen der syrischen Behörden handelte. Keiner von diesen Männern hat Kontakt mit mir aufgenommen. In der zweiten Aprilhälfte traf ich einmal eine Vertreterin deutscher Behörden in einem Hotel. Danach wurde die Incommunicado-Haft fortgesetzt. Erst in der ersten Junihälfte, kurz vor meiner Freilassung, war ich mehrfach in Kontakt mit dem Beauftragten der deutschen Botschaft in Damaskus.

taz: Welche Rolle spielte die internationale Solidarität bei Ihrer Freilassung?

Michelmann: Ich bin überzeugt, dass ich es insbesondere der durch unzählige Journalist*innen und gesellschaftspolitisch aktive Menschen erzeugten Öffentlichkeit zu verdanken habe, dass ich im Juni aus den Foltergefängnissen des HTS-Regimes befreit werden konnte. Umso wichtiger ist es, dass der öffentliche Druck nun mit Bezug auf meinen Arbeitskollegen und Lebensgefährten Ahmet Polat nicht nachlässt.

taz: Wie sah seine journalistische Arbeit aus?

Michelmann: Ahmet Polat ist der Name, den er als Journalist verwendet. Sein offizieller Name ist Mehmet Nizam Aslan. Seit 2016 arbeitete er als Reporter, Moderator und Programmierer für ETHA, Özgür TV und Kurdistan Azad. Er ist Mitglied der Gewerkschaft YRA/Free Press Union in Syrien (Rojava).

taz: Was ist über seine momentane Situation bekannt?

Michelmann: Ich habe Ahmet Polat, seitdem wir im Januar in Gefangenschaft der HTS voneinander getrennt worden sind, nicht mehr gesehen. Die einzig verlässlichen Auskünfte, die ich über ihn und seine Situation erhalten habe, sind die öffentlich zugänglichen Zeugnisaussagen, von denen ich nach meiner Freilassung erfahren habe. Es wird unter anderem von einem Zeugen berichtet, dass er an der Hand und am Bauch verletzt ist. Zum Zeitpunkt unserer Trennung war Ahmet unverletzt. Das heißt, dass ihm diese Wunden in Gefangenschaft zugefügt worden sein müssen. Ihm wird jeglicher Kontakt zu seinem Anwalt aus Damaskus verwehrt. Er wird, wie es auch bei mir der Fall war, in In-

communicado-Haft gehalten.

taz: Was sind Ihre Befürchtungen?

Michelmann: Wir müssen davon ausgehen, dass er sich in akuter Lebensgefahr befindet. Ahmet selbst hat diese Befürchtungen aufgrund seiner Identität als kurdischer Journalist geäußert, als wir uns zuletzt gesehen haben, auch mit Bezug auf eine Auslieferung an die Türkei. Er ist türkischer Staatsbürger.

taz: Was sind Ihre Forderungen an die Politik?

Michelmann: Ich möchte hier noch einmal an die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union appellieren: Bitte nutzen Sie Ihre rechtlichen und diplomatischen Möglichkeiten, um das Leben von Ahmet zu schützen. Er kann unter humanitären Schutz gestellt und in Deutschland wieder mit mir zusammengeführt werden. Er kann auch in ein anderes EU-Land in Sicherheit überführt werden. Einen entsprechenden Antrag haben seine Anwälte in Deutschland bereits bei der Bundesregierung und dem Auswärtigen Amt gestellt.

Eva Maria Michelmann (geb. 1989) lebte seit 2022 in Rojava, wo sie für kurdische Medien arbeitet. Am 19. Januar 2026 wurde sie mit ihrem Kollegen Ahmet Polat in Rakka verhaftet, als Truppen der islamischen Übergangsregierung die Gebiete der kurdischen Selbstverwaltung eroberten. Im Juni kam sie frei.



Simone Dede Ayivi
Diskurspogo

Queers nicht fallen lassen!

Hey Ladys, Girls und Grrrls. Das ist eine Kolumne für cis Frauen im hetero Game, die Feminist*innen sind – das heißt in diesem Falle wohl tatsächlich: Feministinnen.

Wir sollten mal checken, wie queerfeministisch unser Feminismus noch

ist. Mein Eindruck ist, er wird wieder binärer. Und das, obwohl alles immer queerfeindlicher wird – oder vielleicht gerade, weil alles immer queerfeindlicher wird?

Dass in der Politik queere Belange und der Schutz von queerem Leben kaum noch eine Rolle spielen oder queere Sichtbarkeit und trans Rechte sogar aktiv angegriffen werden, das ist der Druck von rechts, der Konservativen den Rückenwind für diesen Kulturkampf gibt. Konservative und Rechte sind aber ohnehin antifeministisch.

Mich sorgt, dass der feministische Diskurs sich verschiebt. Es geht mir hier nicht darum, TERFs anzupissen (also doch, immer gerne), sondern darum, dass viele Feministinnen aktuell Texte schreiben, Inhalte produzieren oder Aussagen treffen, die die Idee von Zweigeschlechtlichkeit untermau-

ern oder zumindest nicht infrage stellen, auch wenn wir uns selbst als Allies queerer Communitys sehen.

Der Kampf gegen Queerfeindlichkeit ist in den Hintergrund gerückt. Ein Grund dafür ist sicherlich eine Reaktion auf Frauenhass und die Mänosphere. Auf einmal muss ich als cis Frau wieder meine Basics verteidigen. Weil die Fünfziger angerufen haben und ihre Rollenbilder in die Hirne von Milchbubis pushen, deren Telefone diesen Schund heutzutage direkt als Tiktoks weiter in die Öffentlichkeit kotzen können.

Dann sind da die sehr prominenten Fälle von Gewalt, die Frauen in Heterobeziehungen widerfahren ist und die die aktuelle Welle feministischer Wut prägen. Den Feind im eigenen Bett zu finden, bekommt berechtigterweise große Aufmerksamkeit. „Nicht alle

Männer, aber immer ein Mann“ ist jedoch zwar ein catchy Slogan, steht aber mehr für Geschlechterkampf als für das Auflösen von Geschlechterrollen und Heteronormativität.

Die erzkonservativen, rechtsextremen, fundamentalistisch christlichen oder islamistischen Kräfte, die uns das Recht auf Abtreibung nehmen wollen, sind die gleichen, die das Selbstbestimmungsgesetz und die Ehe für alle bekämpfen. Diejenigen, die uns zu ihrem Besitz machen wollen, wollen queeres Leben vernichten.

So viel Hass wir auch für jede noch so niedrigschwellige Äußerung pro Frauenrechte bekommen: Die Queers fallen zu lassen, macht uns in der konservativen Gesellschaft anschlussfähiger und ja – ich glaube, auch das ist ein Grund, warum die zunehmende Gewalt gegen Frauen im aktuellen femi-

nistischen Diskurs nur selten in Verbindung mit der zunehmenden Gewalt gegen Queers, gegen trans Personen, Schwule und Lesben angeklagt wird.

Dazu kommt – und auch das ist Teil des Rechtsrucks –, dass aktuell auch viele Linke Queerfeminismus wie Intersektionalität als identitätspolitische Belange abwerten, die ihrer Meinung nach zu „woke“ (sic!) für den Kampf gegen rechts sind. Doch was lohnt der Kampf gegen rechts oder der Kampf gegen das Patriarchat, wenn wir als Erstes jene opfern, die zu den Gruppen gehören, die am meisten bedroht werden.

Unser Feminismus, unsere Solidarität und unsere Liebe müssen queerfeministisch und trans-inklusiv sein. Denn sagen wir mal so: Patriarchale Gewalt und Frauenhass sind trans-inklusiver als so manche FLINTA-Party. Wir müssen besser werden.



kurzreisen

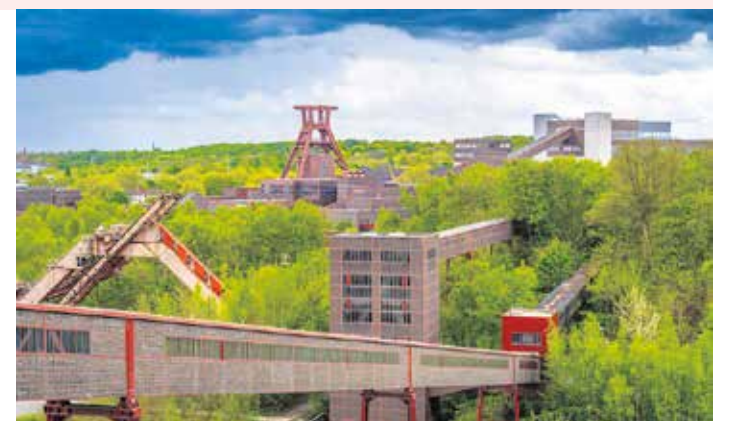
in Deutschland

Entdecken Sie gemeinsam mit engagierten taz-Reisenden interessante Orte und reizvolle Landschaften in Deutschland

Bochum/Essen (grünes Ruhrgebiet)

Ökologischer Umbau: per Rad über alte Erztrassen, mit Holger Pauler

16. bis 20. August 2026, 5 Tage, ab 820 €



Bremerhaven

plus Ausflug ins Krabbenfischerdorf Wremen, mit Lena Kaiser

25. bis 28. August 2026, 5 Tage, ab 960 €



Herrnhut (Oberlausitz)

nach Görlitz und Bautzen ins Land der Sorben, mit Sabine Seifert

7. bis 11. September, 5 Tage, ab 950 €



Chemnitz & Erzgebirge

nach Sachsen mit M. Bartsch: alte Industriekultur und neues Ringen um Demokratie

8. bis 12. September, 5 Tage, ab 920 €



taz.de/tazreisen

Gruppenreisen für
Individualist*innen

Wer zum ersten Mal einem Gamelanensemble zuhört, hat möglicherweise Schwierigkeiten: Es gibt oft keine Melodie, keinen Takt, an dem sich das Ohr festhalten kann. Stattdessen entsteht ein schillernder Klang aus Bronze: Gongs, Metallofone und kleine Buckelbecken greifen ineinander, Trommeln geben Orientierung. Jeder perkussive Ton klingt nach, während der nächste bereits entsteht.

Gamelan ist die traditionelle Ensemblesmusik Indonesiens, insbesondere Javas und Balis. Gespielt wird sie auf Instrumentensätzen, die eigens dafür gebaut und gestimmt werden – jedes Ensemble besitzt seinen eigenen Klang. Die Besetzung in einem balinesischen Gamelanensemble reicht vom Quartett bis hin zu 50 Musiker:innen.

Die verschiedenen Instrumente haben jeweils feste Funktionen: Die Gongs gliedern die Komposition, vor ihnen befinden sich die Metallofone, die mit gebogenen Hämmern gespielt werden. Ganz vorn sind die Trommeln: Wie ein akustischer Dirigent steuern sie die Musik. Dazu kommen manchmal noch Streichinstrumente oder Gesang. Die meisten Instrumente sind sehr niedrig auf dem Boden platziert, weshalb die Musiker:innen oft auf dem Boden sitzen.

In Europa wird Gamelan zu meist mit Tempeln, Ritualen und jahrhundertealten Traditionen assoziiert – als Ausdruck einer scheinbar zeitlosen, „fremden“ Kultur. Der US-palästinensische Literaturwissenschaftler Edward Said beschrieb solche Vorstellungen als westliche Projektionen des Exotischen. Auch Indonesien war Teil dieser kolonialen Ordnung: Erst nach fast 350-jähriger niederländischer Kolonialherrschaft und einem blutigen Unabhängigkeitskrieg wurde Indonesien 1949 unabhängig.

Dabei ist Gamelan keineswegs ein statisches Kulturerbe. Gerade auf den Inseln Java und Bali haben sich lebendige Szenen zeitgenössischer Musik entwickelt. Komponist:innen verändern Instrumente und Tonsysteme, arbeiten mit zeitgemäßer Elektronik und entwickeln damit neue musikalische Formensprachen. Gamelan ist hier kein folkloristisches Museumsexponat, sondern Material für Gegenwartskunst.

Java ist das politische und wirtschaftliche Zentrum Indonesiens. Dort lebt mehr als die Hälfte aller Indonesier:innen. Bali dagegen ist international vor allem als touristisches Sehnsuchtsziel be-



Ensemble Salukat Foto: Ryuageng

Transkulturelles Trommeln für die Orientierung

Gamelan ist mitnichten ein statischer Ausdruck traditioneller Folklore. Junge Vertreter dieser indonesischen Musikrichtung arbeiten mit elektronischen Klangelementen. Ein Update

Von Sophie Emilie Beha

kannt. Die Insel ist gerade 5.600 Quadratkilometer groß – ungefähr vergleichbar mit der Fläche von Sachsen-Anhalt – und wurde während der Kolonialzeit als „Insel der Tradition“ inszeniert: als Gegenbild zur Moderne, voller Tempel, Tänze und Rituale.

Diese Vorstellungswelt prägt die Wahrnehmung der Inselnation bis heute. Tatsächlich aber unterscheiden sich die musikalischen Praktiken innerhalb Indonesiens erheblich. Die zentral-javanische Musik ist meist ruhig und basiert auf einer gemeinsamen Kernmelodie, der sogenannten Balungan. Der westjavanische Gamelan ist rhythmisch beweglicher und stärker vom Tanz geprägt. Die virtuoseste Form von Gamelan findet sich auf Bali: hochkomplex, kontrastreich und von enormer Geschwindigkeit.

Charakteristisch für den balinesischen Gamelan ist das sogenannte Kotekan, ein Interlocking-Prinzip, bei dem zwei Stimmen ineinandergreifen, um gemeinsam eine Melodie zu erzeugen. Keine Stimme spielt das Ganze allein. Erst das Zusammenspiel ergibt die musikalische Struktur.

Einer der Komponisten, der diese Tradition radikal weiterentwickelt, ist Dewa Alit. Der 1973

auf Bali geborene Künstler gilt als Schlüsselfigur des zeitgenössischen Gamelan. Mit seinem Ensemble Gamelan Salukat entwickelt Alit neue Instrumente, experimentiert mit alternativen Tonsystemen und komponiert Werke von enormer rhythmischer Komplexität.

Seine musikalische Ausbildung begann im Kindesalter. „Mein Vater hat mir das Metallofon beigebracht. Später habe ich von meinem Bruder gelernt, wie man ein Orchester leitet.“ Ein typisches Merkmal für Gamelan: Die Musik wird durch Beobachtung, Nachahmung und beim gemeinsamen Spiel vermittelt. Diese Form des Lernens prägt Alits Arbeit bis heute. „Man muss mindestens acht Jahre lernen, um Gamelan wirklich zu verstehen. Wir müssen einander zuhören und spontan miteinander kommunizieren.“

Genau darin liegt ein wesentlicher Unterschied zur europäischen Kunstmusik. Zwar notieren viele zeitgenössische Gamelankomponist:innen ihre Werke inzwischen schriftlich, doch die eigentliche Aneignung erfolgt weiterhin über das Hören und Nachspielen. Die Partitur dient eher als Orientierung denn

als letztgültige Autorität. Ein Beispiel dafür ist die Musik von Iwan Gunawan (geboren 1981), der seine Werke zwar notiert, aber sie trotzdem durch Nachahmung an sein Ensemble weitergibt.

Er gilt als einer der führenden zeitgenössischen Komponisten Indonesiens. In seiner Musik verbindet er traditionelle Gamelanklänge mit Elektronik und komplexen rhythmischen Strukturen.

Gunawans Arbeiten entstehen häufig in enger Zusammenarbeit mit Tänzer:innen, Ensembles und elektronischen Studios, was seine Musik stark prozessorientiert und kollektiv geprägt hat. Besonders wichtig ist für ihn die Erweiterung des Gamelanklangs: Instrumente werden elektronisch verfremdet, transponiert und live mit dem Ensembleklang verschmolzen.

Gunawan macht keinen Unterschied zwischen „Ost“ und „West“, auch nicht zwischen seinen javanischen Wurzeln und den westlichen Wurzeln vieler seiner künstlerischen Partner:innen. „Mich interessiert eher das Transkulturelle“, hat er einmal gesagt, „Musik ist einfach Musik.“ Vor Kurzem ist Iwan Gunawan völlig überraschend mit nur 52 Jahren verstorben, während er in Amster-

dam mit der Tanzgruppe Leine Roebana am Proben war. Für den deutschen Komponisten Dieter Mack, der ihn über viele Jahre begleitet hat, ist sein Tod „ein ganz herber Verlust“, weil Gunawan „die neuere Musik in Westjava ganz entscheidend geprägt hat“.

Die Arbeiten von Dewa Alit und Iwan Gunawan zeigen, dass Tradition kein unveränderlicher Bestand ist. Gamelanmusik wird in ihrem Verständnis ständig neu aktiviert – beim Lernen, durch Zusammenspiel und im Experiment. Genau das betont auch der balinesische Komponist Wayan Sudirana. Der 1980 geborene Musiker lebt bis heute in seiner Geburtsstadt Ubud, leitet dort ein eigenes Ensemble und unterrichtet an der Kunstakademie in Denpasar.

Zugleich hat er sich intensiv mit Musiktraditionen aus Korea, Indien und Ghana beschäftigt und in Kanada promoviert. „Zeitgenössischer Gamelan ist nicht einfach eine modernisierte Version traditioneller Musik“, erklärt Sudirana. „Er ist eine lebendige und sich ständig weiterentwickelnde künstlerische Sprache, die Raum für Experimente, Reflexion und interkulturellen Dialog schafft.“ Für Sudirana ist

Gamelan ein Medium, mit dem Komponist:innen auf gesellschaftliche Veränderungen, technologische Entwicklungen und globale Verflechtungen reagieren können.

Gleichzeitig bleibt die Verbindung zur musikalischen Tradition zentral. „Zeitgenössischer Gamelan ist sowohl in der Tradition verwurzelt als auch offen für Transformationen.“ Gerade darin liegt die besondere Stärke dieser Musik. Sie bewahrt ihre Geschichte nicht durch Stillstand, sondern durch Veränderung.

Wer zeitgenössische Gamelanmusik aus Indonesien hört, begegnet deshalb keiner „exotischen“ Klangwelt aus einer fernen Vergangenheit. Vielmehr wird hörbar, wie Komponist:innen aktuell zwischen lokaler Tradition, globalem Austausch und künstlerischer Innovation neue Formen musikalischer Gegenwart entwickeln.

Dewa Alit: „Baur Bentur“ (Bandcamp)
Wayan Sudirana: „Pesu Mulih“ (Spotify)
Iwan Gunawan: „The Infinite Gameland I“ (Bandcamp)
Wayan Sudirana: „Prosesual, new music for Gamelan“ (Youtube)

szene

Dalmatische Elegie

Brač ist eine Insel vor der Küste von Split, die hauptsächlich aus Felsen, Lavendel, Seeigeln, Pommes und schlechter Laune besteht. Jedenfalls, wenn man mit meinem Sohn unterwegs ist.

Die Einheimischen scheinen ein recht sonniges Gemüt zu haben, was allerdings auch daran liegen mag, dass ich ihnen meist dann begegne, wenn sie mir gerade etwas verkaufen. Mein Sohn verkauft mir nichts. Vielleicht kommt daher die schlechte Laune. Würde ich ihm Geld geben, damit er mit mir den staubigen Schotterweg zum ganz tollen Strand fährt, würde er vielleicht weniger meckern. Wäre das noch Bedürfnisorientierte

Pädagogik oder schon maskierte Aggression, die er später mal meinem Repräsentanten in der Familienaufstellung ins Gesicht brüllt?

Wahrscheinlich wäre es einfach Hilflosigkeit. Ich weiß doch auch nicht, warum die sehr guten geliehenen Mountainbikes auch im niedrigsten Gang die Bračer Berge nicht platter machen. Apropos hilflos: Neben den Einheimischen gibt es auf Brač noch andere Touristen. Deutsche, Österreicher, Engländer, Italiener, Spanier und, und, und. Sie sind urlaubsmäßig „gestrannt“, also irgendwo zwischen gestresst und entspannt. Sie wissen nicht, wo sie die Sonnencreme gelassen haben, wo der ganz tolle Strand

sein soll oder was sie zum Abendessen in der FeWo kochen sollen.

All dies ficht meinen Sohn nicht an. Er weiß alles und kann alles. Kein Wunder, er ist sieben. Den lieben langen Tag sagt er der Welt, wie sie sich zu drehen hat. Der Erfolg gibt ihm recht. Sie trudelt schließlich immer noch um die Sonne, die ihren Job auch mal besser machen könnte, wenn es nach ihm ginge. Weniger stechend und schweißtreibend zum Beispiel.

Er hat Laufen gelernt, Radfahren, jüngst Lesen und im Sportunterricht, der meist so „Daumen zur Seite“ ist, das Spiel „Stolpergespenst“, das irgendwie so geht, dass zwei die Gespenster sind, alle anderen die Bett-

laken, und wenn man an der Matte stolpert, kommt ein Ball ins Spiel, der eine Art Hund ist. Ich verstehe „Stolpergespenst“ nicht, woran man mal wieder erkennt, dass ich wohl ein bisschen doof bin.

Beim Nachdenken über Sport, Schule und Urlaub fällt mir die eigene Kindheit wieder ein. Ich war auch der Jüngste in der Familie, hatte zwar eine Brille und wusste alles, konnte aber viel weniger als mein großer Bruder und mein Vater. Bei Fahrradausflügen mussten alle auf mich warten. Ich hebe den Blick zur Biegung, wo der Große und mein Mann schon wieder stehen. Gerade, als ich Luft hole, um mit meinem Sohn eine verbind-

dende Kindheitserinnerung zu teilen, trifft mich ein giftiger Seitenblick. „Du musst auch nicht immer absteigen, wenn ich absteige!“ Dann, den Rest der Familie fixierend, gemurmelt: „Hab echt die Nase voll diesem Scheißberg!“ Schon strudelt er voran wie ein sehr berufsmüder Zirkusaffe auf einem sehr kleinen Fahrrad.

Ich schiebe. Auf mich muss man warten. Wo ist eigentlich die Sonnencreme? Und was sollen wir heute Abend bloß kochen? Immerhin ist der ganz tolle Strand wirklich ganz toll. Und in der Dämmerung besteht Brač später aus Wellenrauschen, Partygerummse und Pizzaschwere.

Jasper Nicolaisen

Seit Jahrzehnten für Demokratie im Einsatz

Die Schauspielerin Iris Berben erhält den Deutschen Kulturpolitikpreis 2026. Gewürdigt wird ihr Engagement etwa gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus

Von **Tim Caspar Boehme**

taz/kna Die einen mögen sie als Kommissarin Rosa Roth aus der gleichnamigen Krimireihe in Erinnerung haben. In der Rolle war Iris Berben bis 2013 für knapp zwei Jahrzehnte zu sehen. Die anderen haben sie vielleicht Ende der siebziger Jahre an der Seite von Ingrid Steeger in der Komödienserie „Zwei himmlische Töchter“ erlebt.

Aus jüngerer Zeit mag man sich auch an ihren Part in Ruben Östlunds Satire „Triangle of Sadness“ erinnern, mit dem der Regisseur in Cannes 2022 die Goldene Palme gewann. Dass die Schauspielerin Iris Berben ihre Karriere nicht allein vor der Kamera verbracht, sondern sich auch in verschiedener Form politisch engagiert und engagiert hat, gehört ebenfalls zu ihrem Lebenswerk.

Dafür erhielt sie schon zahlreiche Ehrungen. Die jüngste ist der Deutsche Kulturpolitikpreis 2026. Ausgezeichnet wird sie „für ihren beharrlichen Einsatz gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus sowie für Erinnerungskultur, jüdisches Leben und demokratische Bildung“, wie der Deutsche Kulturrat am Donnerstag in Berlin mitteilte. Die Preisverleihung mit einer Laudatio des Pianisten Igor Levit soll am 24. September folgen.

„Iris Berben zeigt seit Jahrzehnten, welche gesellschaftliche Kraft Künstlerinnen und Künstler entfalten können, wenn sie ihre öffentliche Stimme auch für andere erheben“, begründete der Geschäftsführer des Kulturrats, Olaf Zimmermann, die Auszeichnung. „Sie widerspricht, wo Schweigen bequem wäre, und macht deutlich, dass die Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus eine dauerhafte Aufgabe unserer Gesellschaft ist.“

Die Formulierung „seit Jahrzehnten“ ist keine Übertreibung. Schon als Jugendliche engagierte sich die in Hamburg aufgewachsene Berben bei der Hamburger APO. Ebenfalls als Jugendliche fuhr sie nach dem Sechstagekrieg 1967 zum ersten Mal nach Israel. Vom Zentralrat der Juden in Deutschland erhielt sie 2002 den Leo-Baeck-Preis für ihr anhaltendes Engagement gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus und für das Existenzrecht Israels in sicheren Grenzen.

Seitdem kamen, zusätzlich zu den Ehrungen für Berbens schauspielerische Leistungen, diverse Preise für gesellschaftliches Engagement hinzu, zuletzt in diesem Jahr der vom Arbeiter-Samariter-Bund verliehene Anemarie-Renger-Preis, benannt nach der SPD-Politikerin Renger, die als erste demokratisch gewählte Präsidentin eines deutschen Parlaments in die Geschichte eingegangen ist. Übrigens kann sich Iris Iris Berben seit 2022 auch mit dem Orden wider den tierischen Ernst schmücken.



Hey, Ridley, wir warten auf den zweiten Teil! Szene aus „Blade Runner“ Foto: cap/kfs/imago

„Faschist sein, das ist heute Fun“

Das „Cyberpunk“-Manifest von Soziologin Asma Mhalla beklagt wortgewaltig die Allmacht von Tech-Konzernen und Politik. Und ruft am Ende zur Rebellion gegen diese auf

Von **Hanno Rehlinger**

Aus dem kalten Neonlicht der Straßen dampft der Regen. Jemand projiziert Coca-Cola-Werbung an die hageren Wolkenkratzer von Los Angeles. Als Ridley Scotts „Blade Runner“ 1982 in die Kinos kam, erschien das erste Mal eine Zukunft auf den Leinwänden, die vom Kapitalismus geprägt war. Noch in den Star-Wars-Filmen gab es keine Marken; die Drinks auf Tatooine werden in unterschiedslos weißen Bechern serviert. Erst im LA des Jahres 2019 wird die neue Welt in einer Werbestimme angekündigt. Was hier herrscht, ist kein übermächtiger Staat, sondern die Konzerne.

Es ist diese Welt, die die französische Soziologin Asma Mhalla in ihrem neuen Essay „Cyberpunk“ versucht zu begreifen. Auf 131 Seiten analysiert sie das neue Bündnis aus Staat und Tech-Branche, das die zweite Amtszeit Donald Trumps prägt. „Die Politik handelt nicht mehr mit den technologischen und finanziellen Mächten, sondern vereint sich mit ihnen“. Ihre zentrale These: Was uns heute ereilt, ist etwas radikal Neues.

Französische GeisteswissenschaftlerInnen schreiben im Allgemeinen zwei Arten von Büchern: beeindruckend minutiöse Detailstudien und Manifeste. Zu Letzteren gehören zum Beispiel die Texte von André Breton über den Surrealismus, oder der Anti-Ödipus von Guattari und Deleuze. Ihnen geht es darum, einen Zeitgeist einzufangen. Sie sind ein Ringen um die Sprache einer noch anbrechenden Welt.

Auch Asma Mhallas „Cyberpunk“ gehört zu diesem Genre. Wichtig scheint vor allem, dass alles einen neuen Namen kriegt. Auf fünf Seiten Anhang werden alle Neologismen aufgelistet und erklärt. So ist es etwa nicht die „Rückkehr des historischen Faschismus“, die unsere Zeit prägt, sondern die „Geburt einer weitaus schwerer zu fassenden und flexibleren Form“, ein „hypermoderner Faschismus als Simulacrum“.

Vor allem stünden wir durch die neuen Technologien einer ganz neuen Form von Herrschaft gegenüber. Soziale Medien, Suchmaschinen, KI – all das ist ein so großer Teil unseres Alltags gewor-

den, dass, wer dies kontrolliert, letztlich auch unser intimstes Begehren beherrsche. Wir werden nicht mehr diszipliniert, sondern „programmiert“.

Mhalla ist eine neue Stimme unter den französischen Intellektuellen. Geboren in die tunesische Oberschicht, machte sie in Frankreich zum ersten Mal 2023 mit einer Radioserie über die Tech-Eliten auf sich aufmerksam. 2024 folgte der Essay „Technopolitique“, der bald auf den französischen Bestsellerlisten landete. Und auch „Cyberpunk“ hat diese seit seinem Erscheinen fast nicht mehr verlassen.

Bei all dem Insistieren darauf, dass wir in einer ganz neuen Welt leben, findet sich in dem Text wenig Neues. Zwar erfährt die Leserin interessante Details, etwa dass der Front National in den 1990er Jahren die erste große Partei Frankreichs war, die eine eigene Website unterhielt. Oder dass der argentinische Präsident Milei bereits 2024 eine Spezialeinheit schuf, die mithilfe von KI versucht, Verbrechen vorherzusagen. Aber es findet sich kaum

eine Idee, die Mhallas VordenkerInnen Shoshana Zuboff oder Bernard Harcourt nicht längst aufgeschrieben haben.

Andererseits zielt das Buch vielleicht mehr darauf zu bewegen, als zu erklären. Das ist ja gerade die Form des Manifests: eine Suche nach prägnanten Formulierungen. So warnt Mhalla, bald würden von der politischen Macht „nur noch Wände aus Algorithmen“ bleiben, „an denen Tausende Existenzen zerschellen“. Von der „Auslöschung der Seele“ schreibt sie, wo die deutsche Übersetzung nur von „Unterdrückung“ spricht. Und auch den Sog der neuen Rechten bringt sie auf den Punkt: „Faschist sein, das ist heute fun“.

Überraschend ist vielleicht weniger die euphorische Rezeption von Mhallas Buch als das Ausbleiben einer drastischen Reaktion. Die Bedrohung durch die Tech-Konzerne ist bekannt. Sie zeigt sich, wenn Elon Musk die Ukraine im entscheidenden Moment kommunikationsunfähig macht. Aber auch, wenn demokratische Wahlen mithilfe von Nutzerdaten und Algorithmen gezielt manipuliert werden, wie in der Cambridge-Analytica-Affäre. Klar ist auch: Wer sich die Macht so nehmen kann, besitzt sie längst.

Vor diesem Hintergrund klingt Mhallas Bericht vom Ende der Demokratie und der Freiheit fast beißend. So gut kennen wir längst den Verfall, den sie beschreibt, dass wir davon lesen, als wäre es nur ein weiterer Sci-Fi-Roman. Eine Geschichte, irgendwo am Ende des Universums, und nicht der Wandel unserer Welt.

Die letzten Kapitel sind eine Anleitung zum Widerstand. Der „kognitive Totalitarismus“ könne seine Macht nur ausüben, weil wir die Unterwerfung begehren, schreibt Mhalla mit einem Nicken an La Boétie, dessen „Freiwillige Knechtschaft“ auch in die Tradition der großen französischen Manifeste gehört. Die Lösung sei nun, etwas anderes zu begehren: die Freiheit.

Nachdem Mhalla wortgewaltig dargelegt hat, wie tief die neue Form der Kontrolle reicht, erscheint diese Antwort kraftlos. Angesichts der Unterwerfung unserer intimsten „Begierden und Bedürfnisse“ scheint der Weg in ein neues Begehren nicht die Lösung zu sein, sondern das Problem. Aus diesem Widerspruch klingt eine gewisse Hilflosigkeit heraus. Aber das muss nicht gegen ein Manifest sprechen, dessen erklärte Aufgabe es ist, die Probleme der Zeit zu erfassen, nicht sie zu lösen.

Asma Mhalla: „Cyberpunk – Das neue totalitäre System“, C. H. Beck München 2026, 137 Seiten, 16 Euro

Anzeige

MACHT'S EUCH UNBEQUEM



In festen Weltbildern lässt es sich zwar gemütlich einrichten, doch staubt man auch schnell ein. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.



taz.de/abo



10 Wochen, 10 Euro
Mo – Fr digital, samstags gedruckt

Von **Anastasia Zejneli**

Zwei Jahre nach dem enorm erfolgreichen Werk „Brat Summer“ veröffentlicht die britische Popkünstlerin Charli XCX ihr neues Album „Music, Film, Fashion“. Das Cover präsentiert schwarz-weiße Ernsthaftigkeit: Drei männliche Ikonen, John Cale (Musik), Martin Scorsese (Film) und Marc Jacobs (Fashion) blicken ausdruckslos in die Kamera. Von der Künstlerin selbst ist nichts zu sehen, ganz anders als noch vor wenigen Monaten: Nach dem Welterfolg von „Brat“, einer eigenen Mockumentary und einer auch in der Regenbogenpresse nonstop ausgewalzten Partyhochzeit mit dem Künstlerkollegen George Daniel (von der Band 1975), flimmerte der Superstar pausenlos über Bildschirme und durch Timelines.

Nicht alles war dabei geglückt: Obwohl ihre Mockumentary „The Moment“ im Rahmen der Berlinale 2026 zu sehen war, gab es für die Afterparty heftige Kritik. Videos in den sozialen Medien zeigten Charli XCX im Berliner Club Studio1111 nämlich zusammen mit der Russin Anastasia Shevtsova, auch bekannt unter dem Namen „Petlt“. Der DJ werden enge Verbindungen zum Kreml nachgesagt. Sowohl Charli XCX als auch Shevtsova distanzieren sich im Nachhinein von den Vorwürfen. Ein schaler Beigeschmack jedoch bleibt.

Passenderweise beginnt „Music, Film, Fashion“ mit einer Anspielung auf Charli XCXs Image als oberflächliches Partygirl. „The Dancefloor is dead“ kündigt die 34-Jährige im Auftaktsong „Rock Music“ vollmundig an. Eine Anspielung auf den Hype um ihr knallgrünes Popalbum „Brat“, das Exzess und Konsum exzessiv in den Songs abfeierte. „Music, Film, Fashion“ kommt nun erwachsener und rockistischer daher. Ein Soundtrack für alles, was nach der durchzechten Partynacht kommt, vom Heimweg, über die zerzausten Haare und das verschmierte Make-up bis zur letzten Zigarette.

Auch wenn Charli XCX in Interviews betont, dass ihre Musik explizit kein Rock sei, sondern einfach nur neue Songs, ziehen sich die grungy Gitarrensounds wie in „Rock Music“ und „Card declined“ deutlich durch die Hälfte der Songs. Beim Rest bleibt sich die 34-Jährige treu, setzt erneut auf starke Verfremdung ihrer Stimme durch Autotune, Songtexte über Identitätssuche und die Vergänglichkeit des Lebens. Wie gut sie ernstere Themen mit eingängigen Melodien vermarktet, zeigte bereits der Tiktak-Hit „Apple“, in dem sie die Beziehung zu ihren Eltern



Charli XCX, hier mal nicht auf einer Party
Foto: Tyrel Hampton

Alles ist vergänglich bis zur letzten Zigarette

Auf „Music, Film, Fashion“ wird Charli XCX selbstreferenziell rockistisch und knüpft musikalisch doch immer wieder an ihr Vorgängeralbum an. Was bleibt, ist Ratlosigkeit

verarbeitet. Klar, das neue Album wird kaum an den Hype um „Brat“ herankommen, dessen charakteristischer Sound 2024 bald synonym für ein bestimmtes Lebensgefühl ihrer jungen Fans wahrgenommen wurde. Doch der Wille zum Experiment ist hörbar.

„SS26“ erinnert an aktuell erfolgreiche Bands wie The Beaches und Wolf Alice und Indiepop von anderen coolen, lässigen Künstlerinnen. „Yeah, we’re walkin’ on a runway that goes straight to hell./ Nothing’s gonna save us, not music, fashion or film“, singt Charli XCX und erklärt damit ihren Albumtitel.

Doch nach den ersten, sehr eingängigen Songs verliert sich der Sound leider im erwartbaren elektronischem Soundgewand, das an

„Brat“ erinnert, ohne etwas fundamental Neues hinzuzufügen. Etwa „2007“, dessen Songtext repetitiv über das Popstardasein in den Nullerjahren fantasiert.

Überraschend klingt dagegen der Song „Camera“, in dem Charli XCX über ihr zwiespältiges Verhältnis zur Öffentlichkeit Auskunft gibt. Das gitarrengetriebene Arrangement erinnert wiederum an Indiebands wie Bloc Party und Vampire Weekend, die in den frühen Nullerjahren ihre kreativste Zeit hatten.

Und kurz bevor man ein wenig ratlos das sehr selbstreferenzielle Album zu Ende gehört hat, kommt man zum Titelstück als zentrales Element zurück: „No One Lasts Forever“ bringt die Electropop-Vergänglichkeit auch textlich auf

den Punkt. Der Monolog, den der kanadische Filmemacher David Cronenberg einspricht, über die Sterblichkeit großer Künstler*innen („They are dead, they are gone, no one lasts forever“) schließt den Kreis und nimmt Bezug auf Charli XCXs eigenen Hype und den der Ikonen, die sich auf ihrem Frontcover präsentieren.

Auch, wenn alles am Ende vergänglich ist und sich niemand an die drei Männer oder die Künstlerin erinnern wird, bleibt die Frage, warum sich das selbstbestimmte Partygirl, sich abgrenzend vom alten Ich, am Ende doch nur wieder mit alten weißen Künstlern beschäftigen will.

Charli XCX: „Music, Fashion, Film“ (Atlantic/Warner)

Schnörkellose Sprache, unmittelbare Empathie

Hans Coppi jr. nähert sich in einem Buch mit erhaltenen Briefen dem Andenken seiner Eltern Hilde und Hans Coppi an. Sie wurden als Mitglieder der Roten Kapelle von den Nazis ermordet

Von **Katja Kollmann**

Der Himmel weint über der NS-Gedenkstätte in Berlin-Plötzensee am frühen Morgen des 83. Jahrestags der Ermordung von Hilde Coppi. Die sich an den Grashalmen anschmiegenden Regentropfen nimmt man wahr als Tränenmeer, denkt man an den 5. August 1943, als hier die 34-jährige Frau zusammen mit zwölf weiteren Widerstandskämpferinnen der Roten Kapelle hingerichtet wurde.

Hilde Coppi hatte sich drei Tage zuvor von ihrem achtmonatigen Sohn Hans verabschiedet, den sie im Frauengefängnis Barnimstraße geboren hatte, und ihn ihrer Mutter übergeben. Am Tag der Hinrichtung wird sie in eine Todeszelle im Gefängnis Plötzensee überführt und kann dort noch zwei Abschiedsbriefe schreiben. Ihr Mann, Hans Coppi, ist zu diesem Zeitpunkt schon sieben Monate tot, ermordet am selben Ort.

So schreibt Hilde Coppi an ihre Schwiegereltern, Schwager und Schwägerin sowie ihre „herzgeliebte Mutti“: „Das Schwerste, die Trennung von meinem kleinen Hans, habe ich hinter mir.“ Hans Coppi jr. blickte am 5. August 2003, 60 Jahre nach der Ermordung seiner Mutter, in einer Rede auf sein Leben zurück und beschrieb die kurze Zeit mit seiner Mutter als „vielleicht meine beste und die behütetste Zeit meines Lebens ... geblieben ist eine sehnsuchtsvolle Zwiesprache und eine offene Wunde, eine Trauer, für die es keinen Trost gibt“.

Coppis Auseinandersetzung mit dem Schicksal seiner Eltern und ihrer Widerstandstätigkeit in den Freundeskreisen der Roten Kapelle, kondensiert in Vorträgen, hat die Historikerin Gertje Andresen für das Buch „Annäherung an meine Eltern Hans und Hilde Coppi“ aufbereitet. Zu lesen sind außerdem Briefe der beiden Eheleute aus der Haft, die zum größten Teil das erste Mal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden.

Darunter sind zwölf Briefe, die Hans Coppi im Gestapo-Gefängnis in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße 8, heute Ort der Dauerausstellung „Topographie des Terrors“, an seine Frau schrieb, und acht Briefe Hilde Coppis an ihre Mutter und die Familie ihres Mannes. Die

Briefe, die sie aus dem Frauengefängnis Barnimstraße an ihren Mann richtete, sind leider verschollen.

Liest man Hans Coppis Briefe an Hilde Coppi, ist man mitten drin in einem zärtlichen, aber nie sentimental Dialog zweier Menschen, die ein Kind erwarten und sich ihres baldigen Todes bewusst sind. Konkret greifbar wird die innere Freiheit der beiden, ist doch ihre Sprache Galaxien entfernt von der im NS-Staat gängigen Sprachpraxis.

Bemerkenswert ist auch, dass hier drei individuelle Stimmen einer Familie und zweier Generationen zusammengeführt werden und sich eine Gemeinsamkeit herauschält: diese wunderbar schnörkellose, direkte und gleichzeitig Empa-

thie atmende Sprache. Definitiv ein Teil der „Erbmasse“, über die Hans und Hilde Coppi in ihren Gefängnisbriefen gemeinsam nachdenken.

Hilde Coppi hat als Angestellte der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bis zum 11. September 1942, ihrem letzten Arbeitstag vor der Verhaftung, täglich zehn Reichsmark verdient. Wilhelm Röttger, der Scharfrichter in Plötzensee, bekam ein Jahresfixum von 3.000 RM und eine Kopfpauschale von 30 RM für jede Hinrichtung. Am 5. August 1943 hat er 390 RM verdient.

Hans Coppi jr.: „Annäherung an meine Eltern Hans und Hilde Coppi“. Verlag Walter Frey, Band 12 „Wedding-Bücher“, Berlin 2026, 172 Seiten, 17 Euro

Alles okay, Mama?

Haze’evot rocken lauteste Platte Berlins

Von **Ulrich Gutmair**

Haze’evot haben viel Spaß auf der Bühne. Obwohl die klein ist, tanzen und springen die drei Frontfrauen der Band wild auf und ab, was ihrer präzisen, energischen und gutgelaunten Musik entspricht. Irgendwann klettert die Bassistin auf das Drumkit ihrer Kollegin und spielt dort weiter. Nicht alle ihre Songs sind Punk, ihre Attitüde allemal.

Hinten links steht cool die Rhythmusgitarrristin mit Sonnenbrille, die sich aber das Lächeln auch nicht verkneifen kann, während die Keyboarderin und die zweite Gitarristin, die manchmal ihre Rollen tauschen, viel gemeinsam lachen. Es macht Spaß, dieser Band zuzuschauen, die dermaßen viel positive Energie ausstößt.

Wir befinden uns im Orwo-Haus, an einem Mittwochabend, in Berlin-Marzahn. Es könnte sich auch in einer Plattenbausiedlung am Rand von Warschau oder Sofia befinden und ist laut Selbstauskunft „die lauteste Platte Berlins“. Wer vor dem Konzert ankommt, hört mehrere Bands proben. Die einstige Betriebsstätte des Film-, Tonband- und Kassettenerstellers aus der DDR beherbergt knapp 100 Proberäume, Tonstudios und Veranstaltungsräume. Und es finden Konzerte von Bands wie Haze’evot statt, die derzeit auf einer Tour durch unterwegs sind.

Manchmal gehen ihre Stücke direkt ineinander über. Zwischendurch machen sie launige Ansagen, erzählen auch, dass sie eben in Chemnitz beim Musikmeile-Festival gespielt haben, wo sie eine Woche lang an ihren Stücken feilen konnten. Dort haben sie Workshops gemacht und eine FLINTA*-Jamsession organisiert.

Weil sie eine Band aus Israel sind, werden sie in Europa manchmal aufgefordert, Statements abzugeben, die ihnen selbst zu unkomplex sind. Daher erklären sie sich auf der Orwo-Bühne auch zu dem Konflikt, der ihr Leben bestimmt: Wo Hoffnung ist, sei alles möglich, auch eine große Veränderung, sagt eine der fünf. Die komme nicht von oben, sondern von unten, von Leuten wie denen, die hier zusammengekommen seien und sich für Freiheit, Humanität und Frieden einsetzen. Die Revolution fange im Bewusstsein an – darin, wie man denkt, spricht und handelt.

Später wird die Mutter einer der Frauen begrüßt, die heute Abend an der Bar sitzt: „Alles okay, Mama? Willst du auf die Bühne kommen?“ Die antwortet: „Sicher nicht.“ Am Schluss drehen Haze’evot noch mal richtig auf, es wird psychedelisch. Die Bassistin trommelt nun auch mit, trägt die Standtrommel dann ins Publikum und macht weiter. Das furiose Finale geht direkt in das DJ-Set über: „I don’t care, I love it.“ Haze’evot tanzen mit ihren *90s bitches*, wir holen uns noch ein Bier.

Das Modell eines Pestarztes um 1600 im Stadtmuseum in Berlin
Foto: Volker Hohlfield/imag

Vom Marmeltier zum Massengrab

Die Pest begleitet die Menschheit seit 5.500 Jahren, lange vor der ersten Pandemie. Sie ist bis heute eine aktive Krankheit

Von Birk Grüling

Auf vier Friedhöfen am Baikalsee in Sibirien liegen Menschen, die binnen sehr kurzer Zeit bestattet wurden. Die ältesten Bestattungen dort sind über 5.500 Jahre alt und gehören zu Jäger-und-Sammler-Kulturen. Damit gerät eine Erzählung ins Wanken: dass die Pest der Preis der Sesshaftwerdung war, seitdem Menschen auf engem Raum mit ihren Tieren lebten und damit Tor und Tür für deren Krankheitserreger öffneten.

Bei knapp 40 Prozent der untersuchten Verstorbenen auf den Friedhöfen stießen die Archäologinnen und Archäologen in Knochen und Zähnen auf die Spuren des Bakteriums *Yersinia pestis*. Die meisten dieser Toten waren Kinder zwischen 8 und 11 Jahren. Möglicherweise hatten die Erwachsenen schon früher Kontakt mit den Pest-Erregern gehabt und dadurch eine Immunität aufgebaut. Bei den Heranwachsenden war das Immunsystem dagegen deutlich anfälliger. Außerdem wurden sie offensichtlich innerhalb sehr kurzer Zeit dort begraben. Beides spricht für einen lokalen, aber sehr tödlichen Ausbruch.

Archäologische Spuren deuten auf einen engen Kontakt mit Marmeltieren hin. Sie wurden wegen Fell und Fleisch gejagt, und beim Häuten der Tiere oder beim Verzehr des Fleisches könnten sich die Menschen infiziert haben. Dazu passt auch die Annahme, dass die Krankheit ursprünglich aus Zentral- oder Nordostasien, dem Verbreitungsgebiet des grauen Marmeltiers, stammt. Wie die meisten anderen Pestgenome aus der Jungsteinzeit und Bronzezeit, die inzwischen entschlüsselt werden konnten, handelte es sich hier aber um eine frühe, heute ausgestorbene Form der Pest, deren Erreger noch nicht an die Übertragung mittels Floh angepasst war.

„Deutlich besser ist die Datenlage bei den späteren und großen Ausbrüchen der tödlichen Krankheit, wie der Justinianischen Pest am Ende der Antike oder dem Schwarzen Tod im späten Mittelalter“, erklärt Paläogenetiker Marcel Keller von der Universität Basel. Er erforscht die Ursprünge der Pest.

Besonders zwei Quellen sind für die Forschenden interessant. Berichte von Zeitzeugen, aber auch die menschlichen Überreste aus den Pestgräbern. „Wir sind heute in der Lage, nicht nur einen Pesttod nachzuweisen, sondern auch die gesamte DNA des Pesterregers zu untersuchen. So erfahren wir mehr über die Evolution des Erregers und wie sich einzelne Stämme ausgebreitet haben“, erzählt er. Parallel dazu lassen sich oft auch Verwandtschaftsverhältnisse oder die genetische Herkunft der Menschen mit modernen Gen-Analysen oft nachweisen.

Pest-Massengräber erzählen auch die Ausmaße der Justinianischen Pest, die vor knapp 1.500 Jahren in weiten Teilen Europas, Asiens und Afrikas grassierte und als eine der ersten globalen Pandemien der Geschichte gilt. Antike Quellen berichten von einem geheimnisvollen Staubschleier, der um das Jahr 540 monatelang den Himmel im Orient verdunkelte. Die Menschen jener Zeit sahen darin ein düsteres Omen. Bald darauf brach in Ägypten die Pest aus.

Tatsächlich könnte ein Zusammenhang bestehen. Vulkanische Aktivitäten sorgten damals im Mittelmeerraum für eine „Spätantike Mini-Eiszeit“. Ernteauffälle und Hungersnöte waren die Folge und begünstigten womöglich den Sprung des Bakteriums vom Tier auf den Menschen. Historische Quellen berichten sehr eindringlich von hohem Fieber, Schwellungen an den Achselhöhlen und schwarzen Blasen. Etwa die Hälfte der Erkrankten starb, und über die bereits gut ausgebauten Handelsrouten zu Land

und zu Wasser breitete sich die Pandemie rasant aus.

Wie tödlich sie gewesen sein könnte, zeigen archäologische Funde aus Jordanien. US-Forschende der University of South Florida entdeckten in den Ruinen der römischen Stadt Jerasch ein Massengrab mit über 200 übereinander geschichteten Leichen, vermutlich innerhalb weniger Tage bestattet, ohne Rücksicht auf Stand oder Herkunft. Bei fünf untersuchten Zähnen aus dem Grab konnten die Forschenden die DNA von *Yersinia pestis* nachweisen, was die Forschenden als klaren Hinweis auf ein Massensterben werten. Bis zum Ende dieser „Ersten Pande-

„Es war eine der größten demografischen Katastrophen der Menschheitsgeschichte“

Martin Bauch, Historiker

mie“ könnten bis zu 50 Millionen Menschen gestorben sein.

Diese genetischen Spuren lassen sich nicht nur für die Antike rekonstruieren: Bereits 2011 gelang es einem internationalen Forschungsteam zum ersten Mal, das Genom des Pesterregers aus Knochen des 14. Jahrhunderts nachzuweisen. Spätere Untersuchungen zeigten, dass die Stämme von *Yersinia pestis*, die für die historischen und neuzeitlichen Pestepidemien rund um den Globus verantwortlich waren, sich genetisch sehr ähnlich sind.

„Seit der Pesterreger sich vor etwa 4.000 Jahren an die Übertragung mittels Floh angepasst hat, hat er keine fundamentalen Veränderungen mehr durchgemacht. Die nachgewiesenen Mutationen stellen ver-

mutlich nur weitere Anpassungen an verschiedene Nagetierreservoir dar“, sagt Keller, „Die Unterschiede in der Sterblichkeit und Verbreitung seit den historischen Pestwellen sind eher auf andere Faktoren zurückzuführen, etwa wie eng Menschen mit Ratten und wilden Nagetieren in Kontakt kamen.“

Der Ausgangspunkt des Schwarzen Todes liegt vermutlich in Kirgisistan. Dort gab es bereits 1338 und 1339 lokale Ausbrüche am Yssyköl-See, wieder im Verbreitungsgebiet von Marmeltieren. Zunächst breitete sich die Pestwelle gemächlich aus, erst mit Erreichen der Handelsrouten nahm das Drama seinen schnelleren Lauf. 1347 kam die Pest an Bord von Handelsschiffen aus dem Schwarzen Meer in den Mittelmeerraum und breitete sich rasch über Europa, den Nahen Osten und Nordafrika aus. Bis zu 60 Prozent der Bevölkerung könnten dem Schwarzen Tod zum Opfer gefallen sein.

„Es war eine der größten demografischen Katastrophen der Menschheitsgeschichte“, sagt Historiker Martin Bauch vom Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa. Die Gründe für den rasanten Verlauf sind aus seiner Sicht vielschichtig: Auch dem Schwarzen Tod ging, ähnlich wie der Justinianischen Pest, eine kurze Kälteperiode voraus, die Hungersnöte auslöste und die Bevölkerung schwächte. Um die Ernährung zu sichern, wurde der Getreidehandel angekurbelt und der brachte am Ende auch infizierte Ratten um die Welt.

Mithilfe von historischen Quellen lassen sich die Ausmaße dieser „Zweiten Pandemie“ nachvollziehen. Einige Details sind dabei überraschend, wie Bauch erklärt. „Bevölkerungsreiche Metropolen wie Mailand oder Rom scheinen vom Schwarzen Tod vergleichsweise verschont geblieben zu sein, vielleicht weil sie ihr Getreide selbst anbauten und weniger auf Handelsrouten angewiesen waren“, sagt der Historiker.

Die meisten Regionen hatten weniger Glück, weite Teile Europas und Asiens waren betroffen. Der neuen Krankheit standen die Ärzte des Mittelalters hilflos gegenüber. Kranke wurden zur Ader gelassen, bekamen Brechmittel, auch das Aufschneiden der Pestbeulen galt als probates Mittel. Als Ursachen der Pest vermutete man giftige Dämpfe oder verseuchtes Wasser. Weil nichts zu helfen schien und immer mehr Menschen starben, wuchs die Panik in der Bevölkerung. Pestkranke wurden von den eigenen Familien allein gelassen, außerhalb der Städte entstanden Zwangsunterkünfte.

Genau diese herzlos wirkende Isolation der Kranken trug am Ende zur Eindämmung der Seuche bei. In dieser Zeit entstand auch die Idee der Quarantäne: In Städten wie Venedig mussten Schiffe aus betroffenen Regionen 40 Tage vor Anker liegen, bevor sie einlaufen durften. Nach knapp sieben Jahren endete die erste große Infektionswelle. Wer überlebt hatte, trug nun Antikörper in sich, weshalb es zunächst nur zu lokalem Aufflackern kam, bei denen oft Kinder die Todesopfer sind. Doch der Schwarze Tod war nur der Auftakt dieser „Zweiten Pestpandemie“, die über 500 Jahre hinweg immer wieder aufflammte. 1722 ging schließlich einer der letzten großen Pestausbrüche in Europa zu Ende, in Marseille und der Provence.

Ausgestorben ist der Erreger damit nicht. Die WHO registriert weltweit weiterhin jährlich rund 1.000 bis 3.000 Pestfälle, vor allem in Madagaskar, der Demokratischen Republik Kongo und Peru – Regionen, in denen *Yersinia pestis* noch heute in wildlebenden Nagetierpopulationen zirkuliert. In Europa gilt die Pest dagegen seit dem Zweiten Weltkrieg als verschwunden. Anders als im Mittelalter ist eine Infektion heute allerdings kein Todesurteil mehr: Rechtzeitig mit Antibiotika behandelt, lässt sich die Pest heilen. Unbehandelt bleibt sie jedoch weiterhin lebensgefährlich.

Reportage & Recherche

Die Geschichte
hinter der Geschichte

.....

Ein Blick hinter die Kulissen der taz
Recherchen – exklusive Einblicke
in die Arbeit unseres Investigativ-Teams.

**Jeden zweiten Samstag
im Newsletter:**

taz.de/recherche



Plötzlicher Abgang: Jackson Irvine verlässt St. Pauli
Foto: imago

Keine Liebe mehr

St. Pauli startet ohne seinen langjährigen Kapitän Jackson Irvine in die 2. Liga. Dessen Haltung zum Gazakrieg wollte der Klub nicht akzeptieren

Von **Fridolin Haagen**

Am Sonntag beginnt für den FC St. Pauli die Saison in der 2. Fußball-Bundesliga der Männer. Der Kapitän allerdings ist von Bord gegangen. Jackson Irvine und St. Pauli, das war lange ein perfektes Match. Doch das Verhältnis des Klubs, seiner Fans zu Irvine ist zerbrochen – im Streit um den richtigen Umgang mit dem Krieg in Gaza. Damit ist nicht nur eine fast schon kitschige Liebesbeziehung Geschichte. Dabei hätten der FC St. Pauli und Irvine noch viel voneinander lernen, sich dadurch ergänzen können. Die Chance ist vertan.

Nun wechselt Irvine nach dem Abstieg mit St. Pauli zum japanischen Erstligisten Cerezo Osaka. Dabei war der australische Nationalspieler lange das Aushängeschild des Kiezklubs und lebte die Werte des Vereins. Da waren sein Auftreten mit den langen, oftmals gefärbten Haaren oder seinen lackierten Fingernägeln, seine enge Verwurzelung im Kiez und seine politisch linke Einstellung.

Und doch kam es zum Bruch. Irvine teilte auf Instagram Beiträge, die Israels Vorgehen in Gaza als Genozid bezeichneten und machte mehrfach deutlich, dass er die israelische Kriegsführung ablehnt. Im Sommer 2025 veröffentlichte seine Ehefrau Jemilla Pir auf Instagram Fotos, die ihn in einem FC-Palästine-Trikot zeigen. Dort sind die Umrisse des früheren britischen Mandatsgebiets Palästina zu sehen, einschließlich des heutigen Israels.

Die darauffolgenden Antisemitismusvorwürfe nannte er in einer

extra angesetzten Medienrunde im Trainingslager „sehr verletzend“. In der Folge kühlte auch sein bis dahin stets gutes Verhältnis zu den Medien merklich ab. In dem Pressegespräch hatte er kein eindeutiges Bekenntnis zum Existenzrecht Israels abgegeben. Während Teile der linken Szene genau das kritisierten, war es für andere wichtig, klarzustellen, wie wichtig es sei, einen Schutzraum für jüdische Menschen zu schaffen und die besondere Rolle Deutschlands darin aufgrund der Schoah anzuerkennen.

Zweiteres taten Vereinsoffizielle und Fans von St. Pauli immer wieder,

Jackson Irvine wechselt nun zu Cerezo Osaka in die 1. japanische Liga

verpassten es aber auch fast vollständig, Israels Militäreinsätze nach dem Massaker der islamistischen Hamas am 7. Oktober 2023 konsequent zu verurteilen. Und das, obwohl Menschenrechtsorganisationen und zahlreiche Genozidforschende Israels Vorgehen als Völkermord einstufen.

Endgültig zerschnitten war das Tisch Tuch zwischen St. Pauli und Irvine, nachdem der Mittelfeldspieler ein Video der „SOS Gaza“-Demonstration geteilt hatte, obwohl der Verein von der Veranstaltung abgeraten hatte. In der Folge schrieb Aufsichtsratsmitglied René Born auf Instagram: „Das ist unser Club, nicht deiner. Du wirst in wenigen Monaten weg sein

und für einen Euro mehr woanders spielen. Wir werden immer hier sein, während du nicht mehr als eine Fußnote bist.“

St. Paulis Präsident Oke Göttlich versuchte noch zu retten, was nicht mehr zu retten war. Zu allem Überdross passierte das alles, während Irvine noch mit Verletzungen zu kämpfen hatte und folglich nicht für sportliche Schlagzeilen sorgen konnte. Nach seiner Genesung spielte Irvine eine durchwachsene Saison, dennoch hatte der Kapitän einen großen Einfluss auf das Team.

Das Verhältnis zur aktiven Fanszene war jedoch indes nicht mehr so prächtig. Nach der Niederlage beim späteren Mitabsteiger Heidenheim und den anschließenden Pfiffen suchten die Ultras das Gespräch mit Hauke Wahl, nicht mit Irvine, dem Kapitän.

Doch auch der Abwehrchef Wahl verließ St. Pauli nach dem Abstieg. Er spielt nun für Mitabsteiger VfL Wolfsburg, der allein schon wegen seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten der absolute Topfavorit auf den Wiederaufstieg ist. Von der Startelf des FC St. Pauli in Heidenheim sind nur noch Tomoya Andô, Arkadiusz Pyrk, Mathias Rasmussen und der wechselwillige Joel Chima Fujita bei St. Pauli. Auch mit Chefcoach Alexander Blessing ging es nicht weiter. Jetzt hat Ex-Kieler Marcel Rapp in der 2. Liga das Sagen.

Irvine hatte nach dem Abstieg noch auf dem Feld gesagt, es müsse einiges geschehen, damit er den Verein verlasse. Wenige Wochen später ist er weg. Es war doch einiges geschehen.

Eine Entschuldigung ohne Substanz

Nach einer Krisensitzung stellt sich das Fifa-Management hinter Gianni Infantino

Von **Andreas Rüttenauer**

Die große Überraschung ist dann doch ausgeblieben. Gianni Infantino bleibt Präsident des internationalen Fußballverbands. Die Manager der Fifa, die Infantino zu einer Krisensitzung ins marokkanische Rabat bestellt hatte, stärkten ihm den Rücken. Auch Matthias Grafström, der Generalsekretär der Fifa, der noch vor einer Woche Infantino für dessen Investorenpläne kritisiert hatte, stellte sich demonstrativ hinter Infantino.

Wie groß die Unterstützung Infantinos in den Führungsgremien der Fifa wirklich ist, bleibt auch nach dem Treffen im Dunkeln. Denn bei Weitem nicht alle Fifa-Manager hatten sich auf den Weg nach Marokko gemacht, wo Infantino während des Afrika Cups der Frauen gerade Urlaub mit seiner Familie macht.

In einem von Grafström und Infantino unterzeichneten Brief an die Fifa-Präsidenten und die Mitglieder des Fifa Councils, zu denen auch DFB-Präsident Bernd Neuendorf gehört, heißt es, dass der Generalsekretär und die anwesenden Mitglieder des Management Boards, ihre volle Unterstützung für Infantino zum Ausdruck gebracht hätten, „den einzigen Offiziellen, der von allen 211 Mitgliedsverbänden gewählt worden ist“.

Der Brief enthält dann noch eine ausdrückliche Entschuldigung für den Ablauf um die nach massiven Protesten vor allem von den Kontinentalverbänden aus Europa und Nord- und Mittelamerika abgeblasene Gründung einer Gesellschaft namens Fifa Forward Enterprise, über die künftige Weltturniere organisiert werden sollten. So etwas solle nie wieder vorkommen, versprechen Infantino und Grafström, der in der sich vergangenen Woche selbst kritisch zum Vorgehen Infantinos äußert hatte.

In der Entschuldigung ist die Idee, Investoren an der WM-Gesellschaft zu beteiligen, mit keinem Wort erwähnt. Allein der Tatsache, dass die Fifa-Gremien in die Pläne nicht eingeweiht waren und „sich ausgeschlossen gefühlt haben mögen“, gilt das Bedauern. Die Einladung an Investoren aus dem Clan von US-Präsident Do-

nald Trump bleibt unerwähnt. Und eine echte Entschuldigung war es eh nicht, die Infantino und Grafström da verschickt haben. „Alles, was unternommen wurde, geschah den Regelwerken der Fifa entsprechend“, heißt es in dem Schreiben.

Somit soll also das Vertrauen wiederhergestellt werden. Wie gut das klappt, hängt auch davon ab, was etwa die Uefa von den jüngsten Medienberichten hält, in denen es um die Beteiligung der Fifa an den Plänen für eine europäische Super League geht. 2021 wollte ein Teil der größten Klubs des Kontinents, darunter Real Madrid, Manchester United und Juventus Turin, einen eigenen Ligabetrieb unabhängig von der Europäischen Fußballunion Uefa etablieren.

Die Idee, einen von Finanzinvestoren angeschobenen Ligabetrieb nach dem Vorbild des US-Sports zu etablieren, sorgte für ein Beben im europäischen Fußball. Nach massiven Drohungen der Uefa und Protesten aus den Fanszenen verschwanden die Pläne wieder in den Schubladen.

Von dort sind sie nun wohl in die Hände der Redaktion des Guardian geraten. Der berichtet von Ideen, nach denen sich die Fifa die Namensrechte für die Liga habe sichern wollen, die dann Fifa Super League heißen hätte. Auch über eine an den Kalender jener Liga angelehnte, jährlich abzuhaltende Klub-WM der Fifa, wurde wohl verhandelt. Um die finanzielle Abwicklung der Pläne sollte sich die Investmentbank J.P. Morgan kümmern, das gleiche Institut, das das Investorenmodell um die Fifa Football Enterprise anschieben sollte.

Bei der Uefa, deren lukrative Champions League mit diesen Plänen direkt angegriffen werden sollte, werden die Enthüllungen bestimmt nicht dazu beitragen, Vertrauen in Infantino aufzubauen. Die Suche nach einem mehrheitsfähigen Gegenkandidaten, der den Schweizer bei der Präsidentenwahl im März 2027 herausfordern könnte, läuft weiter.

Infantino tourt derzeit weiter durch die Welt. Nach der Krisensitzung ist er nach Kolumbien geflogen, um der Amtseinführung des neuen Staatspräsidenten Abelardo de la Espriella am Freitag bei zuwohnen.

was alles nicht fehlt

Iranerinnen Down Under: In Iran galten sie wegen eines stillen Protests als Verräterinnen, in Australien fanden sie nach dem Asian Cup Schutz. Nun sind zwei iranische Fußballerinnen offiziell eingebürgert worden. Fatemeh Pasandideh (22) und Atefeh Ramezaniadeh (34), sind jetzt Australierinnen. Bei einer feierlichen Zeremonie in Brisbane bekamen sie bereits am Mittwoch ihre neuen Dokumente überreicht. Ob sie

weiter bei Brisbane Roar spielen, wo sie bislang trainierten, ist nicht sicher.

Tennisspieler im Down: Alexander Zverev sucht zum Auftakt der Hartplatzsaison noch nach seiner Form für die US Open. In Montreal verliert er überraschend sein erstes Match – und lässt eine große Chance ungenutzt. Zverev verlor nach enttäuschender Leistung 7:6 (7:3), 2:6, 4:6 gegen den niederländischen

Weltranglisten 69. Tallon Griekspoor.

Trouble in Korea (Süd): Die südkoreanische Polizei hat in den Räumlichkeiten des nationalen Fußballverbands (KFA) eine Razzia durchgeführt. Dem Verband wird vorgeworfen, den Nominierungsprozess von Ex-Nationaltrainer Hong Myung-bo manipuliert zu haben. Bei der Razzia wurden Akten dokumente beschlagnahmt und Smartphone- sowie Com-

puterdaten von ranghohen Funktionären gesichert.

Topspin in Yokohama: Während sich die Welt bereits auf das Europe Smash in Schweden vorbereitet, wandeln die Chinesinnen und Chinesen das japanische WTT-Champions-Turnier in ihre Bühne um. So kamen Chen Xingtong, Wang Yidi und Kuai Man bei den Frauen sowie Chen Yanyu und Xiang Peng bei den Männern weiter.

Anzeige

Unterstützen Sie ...

Ruhe schenken. Widerstand stärken

Mit dem Auszeitstipendium „Rest & Resilience“ ermöglicht die taz panterstiftung bedrohten unabhängigen Journalist:innen aus Krisen- und Kriegsregionen eine Zeit der Sicherheit und neuen Kraft.

Sechs Monate Auszeit und Weiterbildung in Berlin.

... mit einer Spende

taz.de/spenden
GLS-Bank Bochum / BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

taz panterstiftung

gurke des tages

Daran ist nun wirklich nichts moralisch Verwerfliches. „Mein Job ist langweilig“, lautete eine SMS des australischen Politikers Mark Parton, wie AFP am Donnerstag meldete. Dass er während der Arbeit im Parlament eine private Nachricht schrieb – das machen wir auch. Dass er die Nachricht an eine ihm bekannte Sexarbeiterin, vulgo: Hure, schickte – das machen wir allerdings nicht. Ehrlich! Gegen die Langeweile brauchen wir keine Untenrumkräfte. Dafür gibt es australische Politiker.



das wetter

Die Schnecke

Tomaso Ripa war ein professioneller Killer, aber kein gewöhnlicher seines mörderischen Fachs. Er wurde nur „Die Schnecke“ genannt, denn er schleimte seine Opfer zu, bis sie das Zeitliche segneten. „O bello ragazzo!“ Mit einem Kompliment trat er an die Zielperson heran, um sie in Sicherheit zu wiegen und ihre Gunst zu gewinnen. Dann holte er die Bazooka der Bewunderung heraus: „Wenn Schönheit ein Verbrechen wäre, bekäme

du ‚lebenslänglich‘.“ Wanden sich die Bedauernswerten bereits am Boden, setzte Ripa seine tödlichste Waffe ein: „Dein Zauberbraubt die Menschen im Umkreis von zehn Metern jeglicher Sauerstoffzufuhr.“ Ein letzter Atemstoß – und das war’s. Ende. Aus. Tomaso Ripa hatte wieder schneckengleich zugeschlagen. Sein schleimiges Lächeln brachte das Eis der Arktis und Antarktis zum Schmelzen und alle Herzen gleich mit.

56 Millionen Deutsche sind betroffen

Weil „Straße“ als Wortmarke ab jetzt geschützt ist, müssen deutsche Städte ihre Straßen unbedingt umbenennen

Von Paul Nachtwey

Dietrich Becker fährt dieser Tage mit einem kommunalen Kleintransporter durch die Straßen Schwerins und schraubt Straßenschilder ab. Er stellt seinen Klapptritt unter dem Straßenschild auf, dann steigt er hinauf und löst mit dem Akkuschrauber die Schrauben. Ein, zwei Sekunden dauert das, Becker arbeitet routiniert. Dann wirft er das Schild, weiße Lettern auf blauem Grund, in hohem Bogen auf seine Ladefläche, verstaut den Klapptritt und fährt zur nächsten Kreuzung. „Lübecker Straße, Friedensstraße, Sandstraße“, sagt Becker in gedehntem Norddeutsch am Steuer. „Muss alles wech!“ Auf der Ladefläche glänzt der Straßenschilderberg in der Mittagssonne.

Warum diese Szenen? Julia Kapalenka, die leitende Justiziarin im Schweriner Rathaus, lehnt sich weit über den Konferenztisch, als sie das Unglaubliche ausspricht: „Alle Straßenschilder, auf denen das Wort ‚Straße‘ vorkommt, müssen wir abmontieren.“ Kapalenka schluckt. Die Beamtin muss vollstrecken, was längst an anderer Stelle entschieden wurde. Im Februar meldete ein Münchener Startup beim Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum im spanischen Alicante die Wortmarke „Straße“ an. Seither darf das Wort nicht mehr verwendet werden.

Die Städte und Gemeinden, die den neuen Markenschutz zunächst ignorierten, erhiel-



Gibt es nur zwei Bäume irgendwo in der Nähe, wird aus der Straße sofort eine Allee Foto: dpa

ten Anfang Juli Post vom Markenamt. Bis spätestens Anfang 2027 müssten sie „alle Straßen mit einem das Wort ‚Straße‘ beinhaltenden Straßennamen“ umbenennen. „Wir sind in Schwerin vergleichsweise früh dran mit der Umsetzung, aber die anderen Städte werden in den nächsten Monaten nachziehen müssen“, sagt Kapalenka.

Die neuen Straßennamen wurden Ende Juli in einer Sondersitzung der Schweriner Stadtvertretung beschlossen. Schwerin war kreativ. Die neuen Straßen heißen

Weg, Gasse, Chaussee, Umweg, Durchschlupf, Boulevard. Inspiration holte sich die Stadt im Woxikon-Synonym-Wörterbuch. „Ab zwei Bäumen am Straßenrand kann getrost von einer Allee gesprochen werden“, stellt Kapalenka fest. Sind Gewässer in Sichtweite, sagen die Schweriner künftig: Promenade.

Vor dem Rathaus hält Angela Erkenschwick vom neugegründeten Bürgerverein „Für den Erhalt der Straßenstraßen“ eine Mahnwache ab. Sie sagt: „Allee und Chaussee sind ja gerade noch okay. Aber

warum soll die Willi-Bredel-Straße künftig Willi-Bredel-Autobahn heißen, obwohl sie in einer 30er-Zone liegt? Und was ist mit der historischen Bischofsstraße in der Altstadt, die in ‚Bischofsdings‘ umbenannt werden soll?“

Justiziarin Kapalenka zeigt sich verständnisvoll. „Darüber bin ich auch nicht sehr glücklich. Irgendein Sachbearbeiter hatte da scheinbar keine Lust mehr, nach weiteren Synonymen zu suchen.“ Doch damit nicht genug. „Am unglücklichsten gelaufen ist es mit der Heinrich-Heine-

Straße“, räumt Kapalenka ein. Die Schweriner Heinrich-Heine-Straße heißt in Zukunft „Zum Dosenobst“. „Wir können heute nicht mehr rekonstruieren, wie dieser Straßennamen entstanden ist, aber er ist jetzt leider beschlossen“, sagt Kapalenka.

Dass in den kommenden Monaten in ganz Deutschland die Straßennamen geändert werden müssen, dass schätzungsweise 56 Millionen Deutsche eine neue Adresse erhalten, geht auf eine Liberalisierung des Markenrechts zurück. Früher waren Allgemeinbegriffe wie „Straße“ nicht markenfähig. Doch in einem Gesetz zum Bürokratieabbau schafften die EU-Gesetzgeber Anfang des Jahres die alten Einschränkungen ab. „Um Standortnachteile zu vermeiden und Bürokratie abzubauen, sind künftig rundweg alle Worte markenfähig“, heißt es in der knappen Begründung. Die weitreichende Folge des Gesetzes: Privatpersonen und Unternehmen dürfen nun Inhaber eines Wortes werden.

Julia Kapalenka von der Stadtverwaltung Schwerin will das nicht einfach hinnehmen. „Wir werden in einem ersten Schritt die Begriffe Weg, Chaussee, Haus, Katze, Maus, Baum und Gartenstuhl als Wortmarke anmelden und damit zu einer Rückvergesellschaftung der Sprache beitragen“, sagt sie kämpferisch und zu allem entschlossen. Die Hoffnung sei, dass andere

Städte nachzögen. Auch die Zivilgesellschaft sei gefragt.

Das Münchener Startup, das sich die Wortmarke „Straße“ sicherte, will sich zu alledem nicht äußern. „DIE STRASSE GmbH“ sitzt in einem Hinterhof am dortigen Frankfurter Ring. Weil niemand auf

Sobald ein Gewässer auch nur in Sichtweite ist, heißt die Straße künftig Promenade

unsere Anfragen per Mail antwortet, fahren wir Ende Juli zum Unternehmenssitz und klingeln. Ein blondgelockter junger Mann öffnet, Polohemd, Statement-Brille. Als wir uns als Pressevertreter vorstellen, reißt er die Augen auf und schlägt die Glastür zu. „Building the streets of tomorrow“ steht in großen Lettern darauf. Und darunter, etwas kleiner: „DIE STRASSE GmbH entwickelt Fertigbaustraßen für den Schnellstädtebau.“ Wir reisen verwirrt ab.

Dietrich Becker schraubt derweil in Schwerin weitere Straßenschilder ab. Ihm sei das alles egal, er mache nur seinen Job, sagt der 53-jährige, als er wieder auf seinen Klapptritt steigt. In spätestens zwei Wochen sollen alle Straßen-Straßen-Straßenschilder abmontiert sein. Dann beginnt das große Umlackieren.

Jenni Zylka

Nesthäkchen mit Zitterkuli

Es ist mir ein Rätsel, wieso angesichts meiner großartigen Idee für eine Buchserie noch kein Verlag angebissen hat. Ich plane eine Reihe von sechs Romanen, die das Leben einer modernen Frau von der Geburt bis ins Rentenalter abbildet, man denke „Nesthäkchen“ – nur ohne Leierkastenmann, Ersten Weltkrieg und Wandervogel.

Der erste Band meiner Serie trägt den Titel „Ein so ein und ein so ein“ und handelt von einem kleinen Mädchen in der Provinz, deren größter Spaß darin besteht, sein karges Taschengeld alle paar Monate zu einem lokalen Süßwarenverkäufer zu tragen, um dort eine bunte Tüte für eins fünfzig zu erstehen, die mindestens einen Salino, eine Lakritzschnecke und einen von diesen Erdbeerkumpen enthält.

In Band 2, „Typisch ich – total verstrahlt!!!!“, erleben wir die Heranwachsende beim spannenden Experiment, etwas zu Ende zu bringen, wobei die durchgehende Erfolglosigkeit des Versuchs ihr glücklicherweise nicht auf die Laune drückt.

Im dritten Band, „Ein Incel zum Verlieben“, hat die junge Erwachsene die Heterosexualität entdeckt, ist sich nicht sicher, ob sie – auch angesichts einiger problematischer Begegnungen – dabei bleiben möchte, und hadert darüber hinaus mit der Monogamie.

Folgerichtig dreht sich Band 4, „Letzter Gast im Swingerklub“, um einige lustige, nachdenkliche und unvergessliche Abenteuer der Protagonistin, bei denen sie langsam entdeckt, wo ihre wahren Stärken liegen.

Im vorletzten Band, „Besofal durch die Menopause“, ändert sich der Fokus der Heldenin noch einmal, als sie vor einer großen Herausforderung steht. Mit dem ihr eigenen Optimismus findet sie aber auch dafür eine praktikable Lösung – die sich, wenn man aufmerksam zwischen den Zeilen liest, schon vorher ein wenig angekündigt hatte.

Der (bislang) letzte geplante Teil der Reihe firmiert unter dem Titel „Oma erzählt vom Frieden“. Im Buch lässt die der Leserschaft mittlerweile stark ans Herz gewachsene Hauptperson ihre hochinteressanten Erlebnisse noch einmal ausgiebig Revue passieren – schließlich möchte sie ihre Erkenntnisse an jüngere Leserinnen weitergeben. Denn Weisheit ist der Schönheit im Alter, was die Farbe auf einer Blume ist.

Apropos: Die Coverart der Bücher passt sich dem jeweiligen Thema an, auch bei den Fonts denke ich an flexible Lösungen. So soll es in Band 1 beispielsweise einen Mix aus Buchstaben und Symbolen geben, Band 5 wird komplett mit einem Wackelstift geschrieben sein, dem sogenannten „Zitterkuli“, an dessen Schriftbild man sich schnell gewöhnt, und Band 6 wird in auch bei +3-Dioptrien noch gut lesbare 24-Punkt-Schrift gesetzt.

Die Reihe wird aufgrund des großen Erfolgs vermutlich schnell als Sammelband erscheinen, ich nehme zudem an, dass sie in ein paar Jahren verpflichtende Schullektüre sein wird. Gern bin ich bereit, dafür zwecks Autorinnenlesung selbst an die Schulen zu fahren. Meine Honorarforderung wäre überschaubar.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 / 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk, Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 / 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 / 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 / 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Barbara Junge
Anzeigen: Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil: Susanne Memarnia | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahleke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 / 25 902 516

taz Shop: 030 / 25 902 138

Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Tel.: 030 / 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin
Aufsichtsrat: Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg | Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin | Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer / Steuerberater, Bielefeld

Abo-Service: 030 / 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 / 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis digital 22,40 €





FREILUFTKINO

REHBERGE

SOMMER

KINO

.. IM

MÄRCHEN

WALD



Prozessauftritt am Berliner Landgericht Foto: Soeren Stache/dpa

Berlins Pelicot-Fall

Ein 68-Jähriger soll Frauen betäubt, vergewaltigt und dabei gefilmt haben. Vor Gericht räumt er die Taten ein, doch noch sind gar nicht alle angeklagt

Von **Sophie Fichtner** und **Uta Schleiermacher**

Frank S. habe gefasst gewirkt, als die Polizei an einem März-morgen bei ihm vor der Tür stand. Mit einer Hundertschaft waren die Beamten um 6 Uhr morgens vor der Wohnung des nun Angeklagten angerückt, erzählt der leitende Polizeibeamte während des Prozessauftritts am Donnerstag vor dem Berliner Landgericht.

„Er saß am Rechner, als wir in die Wohnung kamen.“ Der Polizist habe dem Angeklagten dann Inhalte aus den Ermittlungsakten vorgelegt: Fotos einer schlafenden oder bewusstlosen Frau. Darauf ist auch eine Hand zu sehen, die an ihr eine sexualisierte Handlung vollzieht. Frank S. habe sofort bestätigt, dass das seine Hand auf dem Foto ist, erzählt der Polizist. „Es war, als ob er damit sagen würde: ‚Jetzt

wurde ich erwischt“, schildert es der Polizist im Gericht.

Im Raum steht ein Tatwurf, der an den Prozess von Gisèle Pelicot erinnert. Über neun Jahre hinweg hatte der Ehemann von Pelicot sie immer wieder mit Medikamenten betäubt, vergewaltigt und außerdem von anderen Männern vergewaltigen lassen.

Auch der 68-jährige Elektriker aus Berlin, der seit März in Untersuchungshaft sitzt, soll Frauen ohne ihr Wissen betäubt und sie dann vergewaltigt haben. Die Frauen erfuhren erst durch die Ermittlungen, was Frank S. ihnen angetan hatte.

Die Staatsanwaltschaft Berlin hat 22 Fälle in der Zeit von 2016 bis 2022 angeklagt. Die Vorwürfe lauten unter anderem Vergewaltigung, gefährliche Körperverletzung und Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs. Denn Frank S. soll die Taten mit ei-

ner Kamera aufgezeichnet und die Videos teilweise auf Pornoplattformen hochgeladen haben. Damit ist es der größte Fall von Vergewaltigungen im Zusammenhang mit Betäubungen, der bisher vor einem Berliner Gericht verhandelt wurde. 4 der betroffenen Frauen treten im Prozess als Nebenklägerinnen auf.

Zum Prozessauftritt legte der Angeklagte ein Geständnis ab. Sein Verteidiger verlas dafür drei knappe Sätze. Frank S. gesteht die Vergewaltigungen. Zu den sedierenden Medikamenten werde er aber erst später im Prozess etwas sagen.

An diesem Verhandlungstag sitzt der Angeklagte hinter Glas und folgt der Verhandlung ohne erkennbare Gefühlsregung. Die Aussage des leitenden Ermittlers gibt einen Einblick, wie lange und wie ungehindert der Angeklagte möglicherweise agiert hat, und wie ungehindert er

sich mit anderen Männern im Internet über seine Taten austauschte.

Die Polizei in Berlin begann zu ermitteln, weil sie Hinweise von der Polizei in Verden/Aller bekommen hatte, so erzählt es der als Zeuge geladene Ermittler. Die dortigen Beamten waren einem Mann aus Verden auf der Spur, der seine Ehefrau über mehrere Jahre hinweg mehrfach betäubt und vergewaltigt und Videos davon auf Pornowebsites hochgeladen hatte. Dabei stießen sie auf einen Chat von August 2010: Er würde auch gern mal seine Freundin „in den Arsch ficken“, schreibt Frank S. demnach in einem Kommentar unter einem der Videos. Und er fragt, woher er Pillen bekommen könne.

Dass die Ermittler überhaupt auf den Angeklagten aufmerksam geworden sind, ist damit Teil einer Art Kettenreaktion. Die Polizei Ber-

lin fand die Identität hinter dem Nutzernamen heraus, der nach den Pillen gefragt hatte: Frank S. Und sie fanden zwei Videos, die dieser Nutzer auf Pornoplattformen hochgeladen hatte. In beiden circa 1 Minute langen Clips sei die gleiche Frau zu sehen gewesen. Unbekleidet habe sie auf einem Bett auf einem türkisen Bettlaken gelegen, scheinbar schlafend. Deutlich sei zu hören, wie sie schnarche, sagt der Ermittler vor Gericht. Und deutlich sei auch der Eindruck gewesen, dass eine andere Person hier „verbotene Handlungen vornimmt“.

Als die Polizeibeamten die Wohnung von Frank S. durchsuchten, fanden sie im Schlafzimmer auf einem Regalbrett eine Kamera, die direkt aufs Bett gerichtet war. 24 Stunden am Tag zeichnete die Kamera auf, so der Polizeizeuge. Sie stellten zahlreiche Festplatten mit mehreren Terabyte Videos

sicher. Die Videos hatte Frank S. nach Namen, Orten und Berliner Stadtteilen geordnet. Sie fanden weitere Kameras, Kartons und Koffer mit Medikamenten und Schlafmitteln, Spritzen, eine Beatmungsmaske. Außerdem Schwarz-Weiß-Fotos von nackten, schlafenden Frauen. Und – eher ein Zufallsfund – Munition, die der Angeklagte im Flur gelagert haben soll.

Die Videos hatte Frank S. nach Namen, Orten und Berliner Stadtteilen geordnet

Was sie außerdem bei einer zweiten Durchsuchung fanden und beim ersten Mal noch liegengelassen hatten: eine Polizeimütze mit silbernem Band, typisch für den gehobenen Dienst, eine Polizeikelle, ein Merkheft für Zusatzkräfte sowie Sticker der Bundespolizei. Auf den leitenden Ermittler wirkten die Teile alle „sehr echt“.

Den Frauen, die Frank S. auf Datingplattformen kennenlernte, soll er erzählt haben, er sei früher Polizist gewesen oder Hubschrauberpilot bei Polizei oder Bundeswehr. Auch als Elektriker mit geheimen, hochsicheren Aufgaben habe er sich ausgegeben.

Schon 2021 gab es Ermittlungen gegen Frank S. wegen des Verdachts auf Vergewaltigung. Das sagte der Richter beim Prozessauftritt. Doch die Vorwürfe wurden fallen gelassen.

Im aktuellen Verfahren geht es auch um Chatgruppen. Der Angeklagte tauschte sich darin mit Männern etwa in Kassel über Medikamente aus, teils bot er Medikamente im Tausch gegen Bilder oder Videos von Vergewaltigungen an.

Auf den Festplatten fanden die Ermittler Bildmaterial, das mutmaßliche Straftaten an insgesamt 58 Frauen zeigt – deutlich mehr als die Staatsanwaltschaft angeklagt hat. 10 Frauen konnten bisher nicht identifiziert werden. Aber 30 weitere Frauen sind der Staatsanwaltschaft mittlerweile namentlich bekannt, die Ermittlungen zu diesen Taten dauern noch an.

Gut möglich also, dass Frank S. sich am Ende noch wegen weit mehr Taten vor Gericht verantworten muss.

Laura Mies wundert sich über einen falschen Shitstorm gegen ein Berliner Café

Hart in der falschen Sache

Am Morgen blickte ich beim ersten Espresso des Tages schon auf den nackten Oberkörper von Bryan W., wider Willen. Seine schmutzigen Finger umschließen auf dem Spiegelfoto die giftgrüne Hülle seines Handys, das der aktivistische Instagram Account Hogesatzbau repostete. In Kombination mit einem Kommentar, den Bryans schmutzige Fingerspitzen kürzlich tippten. „LEIDER nur 90“, als Reaktion auf eine Nachricht zu den bisherigen Todesopfern beim Migrationschaos in Ceuta.

Bevor mir der Espresso hochkam, scrollte ich weiter in die Caption des Posts, die seine abscheuliche Aussage wunderbar sachlich einordnete. Diese öffentliche Zurechtweisung ist hart. Aber wich-

tig, um den derart zur Schau Gestellten den Spiegel vorzuhalten. Außer es trifft die falschen Personen.

Selten folge ich bewusst Kanälen auf Instagram, bei deren Postings ich jedes Mal Magenkrämpfe bekomme, weil der Inhalt so widerlich ist. Der Account Hogesatzbau, selbsternannte linksgrünversifft Netz-Aktivist, ist hingegen so einer. Denn hier werden all jene mit ihrem Verhalten konfrontiert, die meinen, unter Klarnamen menschenverachtenden Bullshit von sich geben zu müssen.

Die antifaschistische Initiative hat sich 2014 als Reaktion auf Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa) gegründet. Bürgerwehren und PatriotInnen wollten damals das „Abendland“ mit Hass und Gewalt retten, Hogesatzbau hielt satirisch

dagegen. Mit Gegenreaktionen fackeln die FollowerInnen der Aktivistin nicht lang. Manchmal stürmen sie das Profil der Kritisierten, melden sie bei ihren ArbeitgeberInnen oder zeigen sie auch an.

Eine beliebte Reaktion ist auch, schlechte Bewertungen auf Google zu schreiben, wenn die zur Schau Gestellten selbst ein Unternehmen führen. Über Sinn und Unsinn dieser Aktionen lässt sich streiten, gerade dann, wenn die FollowerInnen von Hogesatzbau ihrerseits den Pfad der Sachlichkeit verlassen. Nichts befeuert leichter den Vorwurf gegen links, kaum besser als die zu sein, deren Unkorrektheit man kritisiert.

Zuletzt hat es ein nämlich ein völlig unbeteiligtes Berliner Café getroffen, das plötzlich auf Google mit zahl-

reichen Ein-Stern-Bewertungen geflutet wurde. Wenige Stunden bevor die InhaberInnen wohl verwundert durch die harsche Kritik scrollten, postete Hogesatzbau einen Screenshot einer Person, die online einer Frau „von ganzen Herzen“ eine „entspannte Massenvergewaltigung“ wünschte. Aus dem Profilnamen schlussfolgerten UserInnen fälschlicherweise, dass es um die BetreiberInnen des Cafés The Rabbit in Mitte handelt.

Es folgte eine ratlose Instagram-Story des unbeteiligten Rabbit-Cafés: „Wisst ihr, wo diese Bewertungen auf einmal herkommen?“, fragten sie dort.

Die Spur zum Post von Hogesatzbau fand sich schnell. Dort reagierte man umgehend mit einer „Bitte von Her-

zen“, „Dieses Café hat mit unserem Beitrag nichts zu tun. Falls ihr versehentlich dort bewertet habt, löscht die Bewertung bitte wieder. (...) Lasst uns zeigen, dass wir nicht nur Missstände benennen, sondern auch Fehler mit Herz wieder gut machen“, heißt es darin.

Das Rabbit-Café freut sich seither über knapp 1.500 meist äußerst positive Bewertungen – als massenhafte Wiedergutmachung. Ein Nutzer fasst das Geschehene unter dem Post zur Richtigstellung zusammen: „Vielleicht lernt der ein oder die andere daraus, dass diese Art von Selbstjustiz auch die Falschen treffen kann und geht mal in sich, ob man wirklich Teil eines digitalen Lynchmobs sein will.“



Stephanie Grimm
Sound der Stadt

Klanggewordene
Zeitgeschichte

U berraschende Schnittmengen – in fragmentierten, polarisierenden Zeiten wie diesen lohnt es sich mehr denn je, sie zu finden. Ganz konkret forscht der Pianist und Komponist Tarek Yamani, aufgewachsen im Melting Pot Beirut, nach gemeinsamen Mustern in jazzinspirierten Stücken und arabischer Musik. In seinem eigenen Musikschaffen stecken Einflüsse von beidem, wie etwa sein Album „Peninsular“ verdeutlicht, das Jazz mit Rhythmen von der arabischen Halbinsel verbindet.

Beim „Afro-Tarab Pairings Project“ am Samstag stellt er Jazzstücken klassische, arabische Kompositionen aus dem Dunstkreis des Tarab gegenüber. Bei dieser traditionellen, oft episch angelegten Musik geht es zumeist um ganz große Gefühle. Bei dem Solo-Piano-Konzert trifft etwa Dizzy Gillespies „A Night in Tunisia“ auf das Musikstück „Fi Hualal Al Afrah“ des Ägypters Kamel Al Khulai, der besonders im frühen 20. Jahrhundert die Musik der Region mitprägte. In Harry Warrens „You’re My Everything“, ursprünglich eine Revue-Nummer, entdeckt Yamani derweil Verbindungen zum Musikschaffen des Libanesen Ziad Rahbani. (8. 8., 20.30 Uhr, Sowieso)

Wer einen Ausflug ins Grüne mit stimulierenden Klangwelten verbinden möchte, muss an diesem Wochenende nicht einmal ins Umland – auch wenn da einiges geboten wird, etwa vom 7. bis 9. August beim Detect Festival auf dem atmosphärischen Schloss Bröllin. Oder beim charmanten Jenseits von Millionen Festival im Osten Brandenburgs, in Friedland.

In den kommenden Tagen reicht auch ein Ausflug in den Grunewald, genauer gesagt auf den geschichtsträchtigen Teufelsberg, um sich die Hörsynapsen durchbritzeln zu lassen. Dort bespielt das Stegreif Orchester, das sich selbst als „improvisierendes Symphonieorchester“ bezeichnet, über vier Tage das Gelände um die ehemalige Abhörstation – ein Konzertparcours, bei dem einzelne kameramusikalische Ensemblecluster an immer wieder neuen Stationen inmitten der besonderen Architektur auf dem von Streetart geprägten Gelände auftauchen werden. Zum Finale der dreieinhalbstündigen Performance findet dann das ganze Orchester zusammen. Die Premiere des „Sky Concert“ am Sonntag ist ausverkauft, doch für die folgenden Tage gibt es noch Tickets. (9. 8., 16 Uhr, 10.–13. 8. 17 Uhr)

Auf einem schmalen Grat zwischen Intimität und Rohheit balanciert Kee Avil, die am Dienstag ihr drittes Album „Vapor“ vorstellen wird, das zwischen Avant-Pop und experimentellem Folk oszilliert. Das Flüchtige ist ja schon in den Albumtitel eingeschrieben und passt zu der Art von Dekonstruktion, wie Kee Avil sie betreibt. Aus verzerrten Gitarrenklängen, Gesang, Folk-Elementen und elektronischen Beats synthetisiert die Musikerin aus Montreal einen eigenwilligen, skelettalen Groove. (11. 8., 20 Uhr, Neue Zukunft)



Selbst-
ermächtigung
in London
Foto: Tayfun
Salci/ZUMA/
imago

„Es geht nicht um
Selbstdarstellung“

Die erste Nackt-Fahrraddemo Deutschlands findet am Sonntag in Berlin statt. Organisator Ralf Sprenger sagt, wieso es dabei vor allem um Selbstakzeptanz geht



Ralf Sprenger
58, ist durch
eine Psycho-
therapie zum
Naturismus
gekommen.
Er ist Gründer
der Taunus
Nackt-
Mountainbike-
Gruppe
und Anmelder
des ersten
deutschen
World Naked
Bike Ride.

Interview Erik Peter

taz: Herr Sprenger, Sie rufen am Sonntag zum World Naked Bike Ride in Berlin auf, der ersten Nackt-Fahrraddemo in Deutschland. Gibt es in Berlin nicht schon genügend Orte, an denen Menschen nackt sein können?

Ralf Sprenger: FKK-Bereiche haben ein bisschen was von einem Reservat, ein abgegrenztes Gebiet, in dem man sich ausleben darf. Dabei ist Nacktheit etwas Natürliches, das man nicht wegsperren muss. Und dass man in Berlin auch in Clubs nackt sein darf, hat wenig mit dem Naturismus zu tun, wie wir ihn vertreten. Wir wollen zeigen, dass Nacktheit nicht mit Sexualität verbunden sein muss. Es geht nicht um Selbstdarstellung.

taz: Worum geht es Ihnen dann?

Sprenger: Zentral ist für uns die Selbstakzeptanz. Es hat unheimlich positive Effekte auf

die Psyche, wenn man sich von den Schönheitsidealen aus den Medien, von der Bewertung Dritter löst. Vor allem junge Menschen stehen unter extremen Druck, was ihre Körper betrifft. Dabei sind wir alle keine Models, sondern ganz normale Menschen mit sehr normalen Körpern. Es hat etwas sehr Beruhigendes, wenn man sich nackt begegnet.

taz: Und warum nun Radfahren?

Sprenger: Mit unserer Nacktheit wollen wir auch die Verletzlichkeit von Radfahrern im Verkehr symbolisieren und auf einen besseren Schutz drängen. Aber eben nicht nur: Bei früheren Versuchen, Nacktdemos mit dieser Thematik zu veranstalten, hat uns die Polizei immer einen Strich durch die Rechnung gemacht. Da hieß es dann, das könne man auch in Badehose. Aber durch den Fokus auf Toleranz, Selbstakzeptanz und Naturverbundenheit war das diesmal kein Problem.

taz: Das gilt dann nicht mehr als „Belästigung der Allgemeinheit“?

Sprenger: Nein, da steht das Versammlungsrecht über dem Ordnungswidrigkeitengesetz. Die Polizei hat sich bei der Planung, auch mit ihrer Begleitung durch eine Fahrradstaffel, sehr offen und kooperativ gezeigt.

taz: Wie viele Teilnehmer:innen erwarten Sie?

Sprenger: Auf unserer Webseite haben 1.100 Menschen ihr Interesse bekundet. Aber wenn wir am Ende 500 werden, bin ich überglücklich.

taz: Gibt es Erfahrungen mit solchen Demos?

Sprenger: Die Idee kommt aus dem Ausland, daher auch das Label „World Naked Bike Ride“. Entsprechende Veranstaltungen finden seit vielen Jahren in London, Brüssel und Amsterdam statt. In London war das teilweise so populär, dass sie es als Sternfahrt veranstalten mussten. Und da sehen

wir, dass sich unheimlich viele junge Leute angezogen fühlen.

taz: Hierzulande ist klassisches FKK aus der Mode gekommen?

Sprenger: Fast alle FKK-Vereine erleben eine natürliche Überalterung. Das liegt auch ein bisschen daran, dass man sich neuen Trends nicht entsprechend öffnet. Wir wollen mit der Demo ausprobieren, ob der Naturismus wieder attraktiver werden kann.

taz: Die Route startet am Mauerpark und geht über 30 Kilometer durch die Stadt. Teilnehmer:innen müssen sich darauf einstellen, viel fotografiert zu werden, oder?

Sprenger: Ja, wir bewegen uns im öffentlichen Raum. Jeder, der teilnimmt, muss sich dessen bewusst sein, und darauf weisen wir auch immer wieder ausdrücklich hin. Ebenso gilt: Auch bei negativen Reaktionen wollen wir freundlich bleiben. Es geht darum, dass wir einen positiven Lebensstil bewerben.

Anzeige

taz recherchefonds ausland

Recherchen | Reportagen | Hintergründe

... aus anderen Ländern kosten viel Geld. Korrespondent*innen müssen reisen, um herauszufinden, was wirklich passiert. Deshalb gibt es seit 2011 den Förderverein „Recherchefonds Ausland e. V.“, der Mittel für die Auslandsberichterstattung der taz zur Verfügung stellt. Bisher wurden rund 100 Reisen finanziert.

Unterstützen Sie uns mit einer Spende.
Fördermitgliedschaft ab 60 € jährlich.

Wir hoffen auf Sie!

Für eine kritische, hintergründige
taz-Auslandsberichterstattung.

www.taz.de/auslandsrecherche
IBAN DE 43 1005 0000 6604 1070 25



Steffen Krach sieht eine rote Linie

Die Linken-Bundesvorsitzende erklärt die Enteignung von Immobilienkonzernen zur Bedingung für die Regierungsbeteiligung in Berlin. Das sieht die SPD anders

Der Spitzenkandidat der SPD zur Abgeordnetenhauswahl, Steffen Krach, will in keine Koalition eintreten, die Enteignungen zur Bedingung macht. „Wenn das die rote Linie ist für die Linkspartei, dann müssen sie gucken, mit welcher Koalition sie das umsetzen wollen – mit der SPD jedenfalls nicht“, sagte Krach am Donnerstag dem Magazin Stern.

Zuvor hatte Ines Schwerdtner, die Bundesvorsitzende der Linken, die Enteignung von Immobilienkonzernen zur Bedingung für eine Regierungsbeteiligung in Berlin erklärt. „Das ist für uns ganz klar: Es wird mit der Berliner Linken in der Regierung vergesellschaftet werden“, sagte sie im Podcast „5-Minuten-Talk“ des Stern. „Das ist für uns gar keine Frage. Das kann ich Ihnen sehr sicher sagen.“

Krach sei „auch ein bisschen irritiert, dass eine Bundespartei vorsitzende sich in Landesangelegenheiten einmisch“, sagte er dazu. „Ich werde jedenfalls nicht akzeptieren, dass ich für Koalitionsverhandlungen oder für Sondierungen

in irgendeiner Form Ratschläge von der Bundesebene bekomme.“ Krach kritisierte in diesem Zusammenhang auch den kürzlichen Vorstoß der schwarz-roten Koalition auf Bundesebene. Diese hatte Anfang Juli vereinbart, ein gesetzliches Verbot zur Enteignung von Immobilienkonzernen einführen zu wollen.

Er habe Enteignungen als Mittel der Wohnungspolitik immer abgelehnt, sagte Krach dem Stern – und fügte hinzu: „Ich brauche keine Nachhilfe von der Bundesregierung bei

diesem Thema.“ Der Plan habe die Debatte unnötig neu entfacht. Derweil arbeitet die Initiative Deutsche Wohnen & Co Enteignen an einem neuen Gesetzesvolksentscheid.

In Berlin wird am 20. September das Abgeordnetenhaus neu gewählt. Die Linke hat laut Umfragen gute Chancen, mit Spitzenkandidatin Elif Eralp die Wahl zu gewinnen. Sie wäre die erste linke Regierende Bürgermeisterin der Stadt. Eine rot-rot-grüne Koalition hätte voraussichtlich eine deutliche Mehrheit. (apf)

Von Lilly Schröder

Ein Blumenmeer bedeckt den Kopfsteinpflasterplatz vor dem Rathaus Schöneberg. Dazwischen stehen Kerzen, ein gewebtes rotes Stoffnetz der Initiative Colectiva Hilos und rote Schuhe, ein weltweites Symbol für die Opfer von Femiziden. „Diese Taten machen uns fassungslos, traurig, wütend“, sagt eine Mitarbeiterin eines Anti-Gewalt-Projekts. Etwa 70 Menschen, überwiegend Frauen, stehen an diesem Mittwochmittag vor ihr, versunken in stilles Gedenken. Ende Juli hatte ein Sohn seine 65-jährige Mutter in ihrer Wohnung in Mariendorf erstochen. Am selben Tag übergoss ein Mann seine 33-jährige Ex-Partnerin in einer Obdachlosenunterkunft in Schöneberg mit Benzin und zündete sie an. Die Frau überlebte mit Brand- und Schnittverletzungen.

Es ist bereits das vierte Mal in diesem Jahr, dass Berliner Anti-Gewalt-Projekte nach einem Femizid rote Schuhe vor einem Rathaus aufstellen. Bundesweit wurden 2026 bereits 59 Frauen Opfer eines Femizids. „Die Politik trägt die Verantwortung für diesen und alle Femizide“, sagt eine Rednerin. „Ihr Handeln beschränkt sich auf Symbolpolitik.“ Das im vergangenen Jahr verabschiedete Gewalthilfegesetz des Bundes stehe dafür beispielhaft.

Es verankert ab 2032 erstmals einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Frauen. Für die Umsetzung auf Landesebene stellt der Bund den Ländern rund 2,6 Milliarden Euro bereit. Anfang Juli verabschiedete der Berliner Senat das Berliner Gewalthilfegesetz, das die Umsetzung im Land regeln soll.

Bei Anti-Gewalt-Projekten stößt die Umsetzung jedoch auf Kritik: „Trotz mehrerer Gespräche zwischen Senatsverwaltung und Anti-Gewalt-Projekten ist der zweite Entwurf der Landesregierung deutlich hinter dem ersten zurückgeblieben“, sagt Lenou Müssig.

Die Koordinatorin des autonomen Frauenhauses Cocon sitzt auf einem Sofa in einem Beratungszimmer des Frauenhauses. Sie hat kurze braune Haare, über die Arme ziehen sich große Tattoos. „Das Gesetz birgt die Gefahr, dass aus Gewaltschutz Profit geschlagen wird“, warnt sie. Hintergrund ist eine Regelung im Gesetz, nach der nicht nur gemeinnützige Träger, sondern auch andere Organisationen



Kundgebung gegen Feminizide vor dem Rathaus Schöneberg
Foto: Soeren Stache/dpa

Gewaltschutz am Limit

Nach einem Femizid fordern Berliner Anti-Gewalt-Projekte mehr als Gedenken: Sie kritisieren das Gewalthilfegesetz und ihre prekären Arbeitsbedingungen

Einrichtungsträger werden dürfen – darunter potenziell privatwirtschaftliche Anbieter. Welche Folgen das haben könne, zeige sich bei den Notunterkünften nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (Asog) in der Wohnungslosenhilfe, so Müssig: „Zum Teil sind sie total heruntergekommen und es gibt kaum Sozialarbeiterinnen.“

Der zweite große Kritikpunkt: „Der Rechtsanspruch für trans-, inter- und nichtbinäre (TIN*)-Personen und Queere wurde aus dem ursprünglichen Entwurf der Senatsverwaltung gestrichen.“ Dabei zeigen die Zahlen, dass auch queere Personen einen Schutzbedarf haben. Eine aktuelle Untersuchung der Forschungseinrichtung Camino ergab, dass etwas mehr als ein Drittel der befragten LSBTIQ+ Personen in Berlin bereits Gewalt in einer Beziehung erlebt hat. Das häufig vorgebrachte Argument, mehr Schutz für queere Menschen gehe zulasten von Frauen, weist Müssig

zurück: „Die Zielgruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.“ Im Frauenhaus Cocon werden daher TIN*-Personen aufgenommen.

Auf dem Parkplatz der Schutzzeineinrichtung stehen Kinderräder und Bobbycars, zwischen den Bäumen im Garten ragt ein Baumhaus hervor. Müssig führt durch die Einrichtung: In den Gängen trocknet Wäsche, Kinder kreischen, von den Wänden blättert die Farbe ab. Mit 20 Zimmern und Platz für 20 Erwachsene und 33 Kinder zählt das Frauenhaus zu den größeren Schutzzeineinrichtungen Berlins. Doch es fehlt an grundlegender Infrastruktur: Die Frauenhauskoordinierung empfiehlt ein eigenes Bad pro Zimmer, im Cocon gibt es nur 8 Bäder. Barrierefreie Zimmer gibt es keine.

Auch bei der Personalausstattung bleibt das Frauenhaus hinter den empfohlenen Standards zurück. In der Einrichtung arbeiten mehr als 20

Menschen, jedoch alle in Teilzeit. Die Frauenhauskoordinierung empfiehlt eine Vollzeitstelle für 3 Bewohnerinnen. Im Cocon kommen laut Koordinatorin Müssig dagegen 4,6 Bewohnerinnen auf eine Vollzeitstelle. „Es fühlt sich immer an wie eine Mangelverwaltung“, sagt sie. Aktuell seien zudem zwei Kolleginnen wegen Burn-out krankgeschrieben. Vertretungen zu finden sei schwierig. „Die Arbeit bedeutet dauerhaften hohen Stress und eine hohe Belastung durch die Arbeit mit Menschen mit Gewalterfahrung.“

Und die Beratungsbedarfe steigen weiter: „Die Menschen, die zu uns kommen, befinden sich in immer prekäreren Situationen“, berichtet Müssig. Einerseits, weil die Problemlagen komplexer würden, aber auch wegen des Abbaus anderer sozialer Angebote und Beratungsstellen durch Kürzungen. Wenn ein Platz im Frauenhaus frei werde, dauere es nicht länger als eine Stunde,

bis er vergeben sei. In Berlin fehlen nach den Vorgaben der Istanbul-Konvention derzeit 466 Schutzplätze für gewaltbetroffene Frauen. Täglich müssen Berater*innen der Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen an der Hotline gegen Häusliche Gewalt 10 bis 15 schuttsuchende Frauen und ihre Kinder abweisen.

„Frauenhäuser bauen allein bringt nichts“

Lenou Müssig, autonomens Frauenhaus Cocon

lich müssen Berater*innen der Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen an der Hotline gegen Häusliche Gewalt 10 bis 15 schuttsuchende Frauen und ihre Kinder abweisen.

Lenou Müssig befürwortet daher den Ausbau von Schutzzeineinrichtungen, warnt jedoch: „Frauenhäuser bauen allein bringt nichts.“ Gewaltschutz müsse ganzheitlich gedacht werden. Das Gewalthilfegesetz des Bundes umfasst neben Schutz auch die Bereiche Prävention, Beratung und Vernetzung. Derzeit liege der Fo-

kus jedoch vor allem auf dem Ausbau von Schutzplätzen. Der Grund: „Die Länder haben Angst, verklagt zu werden, wenn sie den Gesetzesanspruch auf Schutz und Beratung nicht erfüllen.“ Ab 2032 können Betroffene, die keinen Schutzplatz und keine Beratung erhalten, rechtlich gegen das jeweilige Land vorgehen.

Müssig fordert: „Gewaltschutz darf nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss Teil einer umfassenden Sozialpolitik sein.“ Dieser Forderung schließen sich die Organisatorinnen der Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg an. Sie fordern die Umsetzung der Istanbul-Konvention, barrierefreie Zugänge zu Frauenhäusern, verpflichtende Fortbildungen zu häuslicher Gewalt für Institutionen und Beamte sowie Prävention durch Bildungsarbeit an Schulen. Eine Rednerin ruft: „Wir appellieren an alle Anwesenden der politischen Landschaft Berlins: Hört uns zu und handelt!“

Kommentar von Andreas Hergeth zu den gestrichenen Fördergeldern für den CSD Rathenow

Spenden für die Vielfalt gesucht

Im Grunde genommen geht es um eine läppische Summe aus dem Bundeshaushalt. Um rund 1.000 Euro. Für ein kleines, dennoch so wichtiges Event sind das aber entscheidende Fördermittel: Den Organisator:innen des Christopher Street Days (CSD) in Rathenow wurde kurzfristig die Förderung für die diesjährige Demonstration am 12. September entzogen, also wenige Wochen vor dem Termin. Die Märkische Allgemeine Zeitung (MAZ) hatte als Erstes berichtet.

Bisher wurde der CSD in Rathenow über das lokale Bündnis „Partnerschaft für Demokratie“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ unterstützt. Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) hatte bereits im März einen Umbau des

Förderprogramms angekündigt, das seit 2014 Projekte gegen Rassismus, Queerfeindlichkeit und Antisemitismus sowie zur Abwehr von Extremismus fördert. Für 2026 stehen etwa 190 Millionen Euro zur Verfügung.

Dem CSD Rathenow die Fördergelder nur zwei Wochen nach dem Attentat auf den Berliner CSD zu streichen, ist ein fatales, falsches, ja sarkastisches Signal. Laut Dennis Driebusch gilt der CSD offenbar nicht mehr als förderfähig. Driebusch organisiert die Demonstration bereits zum dritten Mal gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendparlament von Rathenow.

In einem Statement für „Havel der Vielfalt“, einer queeren Initiative in Brandenburg an der Ha-

vel, macht Dennis Driebusch darauf aufmerksam, wie wichtig Pride Paraden insbesondere im ländlichen Raum sind: „Aus meiner Sicht sind CSDs Fest und Demonstration zugleich. Zum einen zeigen sie queeren Personen: Ihr seid willkommen, wir unterstützen euch, bei uns seid ihr sicher. Zum anderen senden sie ein klares Signal an die Politik und Gesellschaft. Sie fordern gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen. Sie machen auf Hass, Hetze und Diskriminierung aufmerksam. Sie geben queeren Menschen eine Stimme.“

Die Organisator*innen stünden jetzt vor der Wahl, neue Fördermittel zu finden, berichtet die MAZ weiter – oder anstelle einer Demonstration ein Fest zu veran-

stalten. Doch das wäre wegen der Kürze der Zeit schwierig, allein schon wegen nötiger Sicherheitsvorkehrungen, an denen aber bereits gearbeitet werde. Denn das Team habe sich entschieden, die Veranstaltung gemeinsam durchzuführen, heißt es im MAZ-Bericht weiter. „Wir haben eine gesellschaftliche Verantwortung in der Region“, sagte Driebusch.

Die haben auch andere: Die Stadt Rathenow – dort leben etwa 25.000 Einwohner:innen – ist gefragt, die Zivilgesellschaft, die queere Community, Firmen und Stiftungen: Es sollten sich doch 1.000 Euro besorgen lassen, ganz schnell und ohne viel Bürokratie. „Wir hoffen darauf, dass sich etwas auftreiben lässt“, sagte Driebusch der Zeitung, „aber wenn es

keine Förderung gibt, dann gibt es keine gute Zukunft für den CSD Rathenow“. Das klingt nicht eben optimistisch.

Also sollten wir allen Queers in Rathenow Mut machen. Spenden wir für den CSD und besser noch: fahren am 12. September zur Unterstützung hin. Rathenow liegt etwa 70 Kilometer westlich von Berlin, der RE4 ab Berliner Hauptbahnhof braucht nur 50 Minuten.

Und wenn wir schon bei Reiseplanungen ins Nachbarland Brandenburg sind: Am 19. September finden gleich drei Pride Paraden statt: der CSD Oberhavel in Hennigsdorf – hier zum ersten Mal! –, der CSD Bad Belzig und der CSD Teltow-Fläming in Jüterbog.



Andreas Hergeth ist Chef vom Dienst und Redakteur für Kulturpolitik und Queeres

Foto: Isabel Lott



Schön oder schlimm? Vision eines Investors für eine Hamburger „Floating Wave“ auf der Elbe Foto: Floating Wave Hamburg GmbH

ja,

nein,

denn das ist ein schönes Projekt, das die Lebensfreude fördert. Schon mal bodygesurft? Also einfach im Meer in eine brechende Welle eingetaucht, die Arme nach vorn, den Körper versteifen und sich dann mitziehen lassen bis ins flache Wasser. Surfen, mit und ohne Brett, liegend oder stehend, kann Menschen schon begeistern, wenn sie am Meer im Urlaub sind. Jemand, der diese Begeisterung teilt, will nun am Hamburger Hafen einen Ponton mit einer künstlichen Surf-welle ansiedeln.

Das Elbufer ist hier nur noch eine Betonwüste. Alte Zeichnungen, wie belebt das Ufer früher war, lassen einen wehmütig werden. Heute ist der ehemalige Fischereihafen neben dem Kreuzfahrtterminal ein öder Ort. Sollte dort eines Tages jener Ponton stehen, auf dem Unternehmer Felix Segebrecht ein blaues Wasserbecken mit Welle und Gastronomie nebst Ausleihe für Surfbretter unterbringen möchte, wertet es den Ufer-Abschnitt auf. Wer von den Landungsbrücken bis zum Elbstrand nach Övelgönne wandern, muss bisher eine optische Durststrecke überwinden. Künftig können sie hier Surfer bestaunen.

Der Eisbach in München macht es vor. Nicht nur für die, die sich mutig auf die Welle schwingen, ist es dort interessant, sondern auch für jene, die einfach gucken. Und Letzteres soll hier auch kostenlos möglich sein. Das könnte ein reizvoller Ort werden, fürs Sehen-und-gesehen-Werden, eine Gratis-Unterhaltung fürs Volk.

Sicher, es ist ein kommerzielles Projekt. Eine Stunde Surfen soll einschließlich Ausleihe von Brett und Neoprenanzug ab 49 Euro kosten. Dabei teilen sich jeweils acht bis zehn Leute das Becken. Ein Surfer steht laut Felix Segebrecht, der selbst diesen Sport ausübt, immer nur wenige Sekunden auf dem Brett, länger könnte man sich gar nicht halten. Das Surfen auf der festen Welle sei aber viel einfacher als draußen im Meer, beteuert er. „Das kann jeder lernen.“ Geplant sei ein Spiel- und Trainingsplatz für Anfänger, Fortgeschrittene und Profis. Auch Surfangebote in Kooperation mit Sozialprojekten soll es geben.

Gebaut werden soll der Ponton, wenn die Behörden die Genehmigung erteilen, bei der Meyer-Floating-Solutions-Werft im finnischen Turku und dann mindestens 30 Jahre halten. Betrieben werden soll er mit gefiltertem Elbwasser. Die Energie für das Hochpumpen des Wassers – laut Segebrecht wird nur halb so viel benötigt wie bei vergleichbaren Wellen – muss natürlich bezahlt werden. Und diesen Verbrauch kann man als überflüssig geißeln, andererseits benötigt jede Elbfähre und jede U-Bahn Energie.

Es sei, so verrät Segebrecht, auch ein Halbstunden-Ticket für 25 Euro geplant. Die halbe Stunde kostet dann immer noch so viel wie zweieinhalb Drinks an einer Beachbar. Doch irgendwie vergnügen können muss sich der Mensch. Und das Elbufer ist dafür der richtige Ort. Hamburgs Wasserkante zieht die Menschen aus den Vorstädten nun mal an. Mal ehrlich: Wer das Privileg genießt, hier nah dran zu wohnen, nimmt dafür ein bisschen Wasserzirkus gern in Kauf.

Kaija Kutter

Muss Hamburg so eine Welle machen?

Ein privater Investor will ein Becken mit stehender Welle an die Elbe bauen. Zwei taz-Autorinnen streiten, ob das eine gute Idee ist

wir brauchen keine weitere Eventisierung. Eine stehende Welle mag eine coole Sache sein für Tourist*innen, die kurz mal vorbeischauen. Für Menschen, die dauerhaft in den von teuren Attraktionen gebeutelten Stadtvierteln in der Innenstadt leben, ist sie eine Zumutung. Solche Prestigeprojekte bieten Hamburger*innen keine Lebensqualität, wie es Parks, Grünflächen oder gemeinschaftlich genutzte Stadtteilzentren würden. Stattdessen bedeuten sie die weitere Kommerzialisierung des öffentlichen Raums.

Ab 49 Euro pro Person pro Stunde will eine private Firma das zur Welle aufgepumpte Elbwasser vermieten. Für 499 Euro pro Stunde können alternativ total sympathische Großverdiener*innen oder Werbefirmen den ganzen Pool mieten.

Eigentlich ist es nicht nötig, zu erwähnen, dass das nicht das Freizeitangebot ist, auf das durchschnittlich verdienende Hamburger*innen gewartet haben. Dabei gäbe es ja Bedarf an Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Vor allem für Jugendliche wird die Stadt immer unattraktiver, wenn alles Geld kostet oder man seinen Aufenthalt mit Konsum bezahlen muss.

Okay, es soll einen Bereich geben, von wo man der Welle zugucken kann, ohne zu zahlen. Aber haben Sie mal Jugendliche auf der Elbphilharmonie-Plaza chillen gesehen? Freier Eintritt allein macht noch keine Aufenthaltsqualität. Und die großzügigen, schönen Sonnenplätze werden sicher den zahlenden Kund*innen im Tapas-Restaurant vorbehalten sein. Denn natürlich kommt auch dieses Prestigeprojekt nicht ohne Gastronomie und Eventflächen aus.

Die Floating Wave, wird, wenn sie gut läuft, zu mehr Tourismus, also mehr Verkehr, mehr Hotels und mehr Müll führen. Mit nachhaltigem Tourismus hat das Projekt nichts zu tun. Die Stunde Surfen ist nur ein weiterer Programmpunkt für ein Hamburg-Wochenende zwischen Musicalbesuch, Elbphilharmonie und Reeperbahn – ein Tourismus, der auf schnellen Konsum abzielt.

Zwar sind die Planer bemüht, das ganze Projekt möglichst grün zu frisieren. Geht ja auch heutzutage nicht mehr anders. Und kann ja auch sein, dass sie in ihrem Herzen ein Fleckchen für Pflanzen und Tiere reserviert haben.

Allerdings verbraucht eine solche Anlage sehr viel Strom im Verhältnis dazu, dass nur wenige Menschen sie nutzen. Die Angabe der zukünftigen Betreiber, die Welle werde mit hundert Prozent CO₂-neutraler Energie rollen, stimmt nicht. Da die Anlage keinen eigenen Strom erzeugt, nimmt sie eben das, was aus der Steckdose kommt. Und das ist derzeit ein Strommix von 57 Prozent erneuerbarer und 43 Prozent fossiler Energie.

Bitte nicht falsch verstehen: Auf jeden Fall kann Surfen glücklich machen! Sich mit dem Board gegen die Wellen aufs Meer hinauszukämpfen, dann mit den anderen auf den richtigen Moment zu warten, und wenn er da ist mit viel Kraft in den Armen loszupaddeln und in der Welle aufs Board zu springen – richtig geil! Aber nicht im Goldfischglas.

Katharina Schipkpwski

Panne im Ermittlungsverfahren wegen Kinderpornografie

Die Staatsanwaltschaft Hannover ermittelt gegen einen Thüringer Richter wegen Missbrauchsdarstellungen – und hat versäumt, die Info nach Thüringen weiterzugeben

Von Nadine Conti

Eine Panne bei der Staatsanwaltschaft Hannover hat in Thüringen für Wirbel gesorgt. Seit 2023 wird hier gegen einen Richter ermittelt, der gewaltige Mengen an Missbrauchsdarstellungen von Kindern und Jugendlichen gehortet haben soll. Der Jurist wohnt in Hannover, arbeitet aber in Thüringen.

Die Privaträume des jetzt 63-jährigen Juristen wurden 2024 durchsucht, nach Hinweisen vom „National Center for Missing & Exploited Children (NCMEC)“ aus den USA. Gefunden wurden nach Angaben der Staatsanwaltschaft rund 1,7 Millionen kinderpornografische und etwa 155.000 jugendpornografische Dateien, die zum Teil schweren sexuellen Missbrauch an Säuglingen und Kindern abbilden sollen.

Öffentlich bekannt wurden diese Vorwürfe, als die *Bild*-Zeitung Ende Juli darüber berichtete, andere Medien folgten. Das Thüringer Justizministerium erklärte daraufhin, es sei aufgrund der Anklageerhebung beim Landgericht Hannover am 4. Juni informiert worden und habe sofort ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Der beschuldigte Jurist soll zu diesem Zeitpunkt als Richter an einem Sozialgericht in Nordthüringen eingesetzt, dort aber krankgeschrieben gewesen sein. Zuvor war er am Verwaltungsgericht Weimar und außerdem stellvertretendes Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofes.

Aufgrund der Schwere der Vorwürfe beantragte das Thüringer Justizministerium am 15. Juli die vorläufige Dienstenthebung beim Richterdienstgericht am Landgericht Meiningen. Die Entscheidung darüber steht noch aus.

Für Verwirrung hatte die Frage gesorgt, warum das nicht viel früher geschehen war – immerhin lief das Ermittlungsverfahren zu diesem Zeitpunkt ja schon mehr als zwei Jahre. Sowohl im Thüringer Justizministerium als auch im niedersächsischen Justizministerium zeigte man zunächst mit dem Finger auf den jeweils anderen.

Am Mittwoch musste der Sprecher der Staatsanwaltschaft Hannover, Oliver Eisenhauer, schließlich eingestehen: Der Fehler lag wohl in Hannover. Durch ein „Büroversehen“ sei ein entsprechendes Informationsschreiben nicht an die Justiz in Thüringen versandt worden. Das niedersächsische Justizministerium ging aber davon aus, dass die Mitteilung weisungsgemäß erfolgt sei, weil es eine Kopie des Schreibens in den Akten hatte.

Das ist auch deshalb misslich, weil in rechten Medien ohnehin schon der Verdacht befeuert wird, hier solle ein brennliches Verfahren verschleppt werden – der beschuldigte Richter ist nämlich überdies langjähriges SPD-Mitglied, hat für die Partei schon für den Thüringer Landtag kandidiert und saß in der Bundesschiedskommission.

Die Linke in Thüringen zeigte sich zudem irritiert, dass die Diensträume des betreffenden Richters nicht durchsucht wurden. Die Fraktion kündigte entsprechende Anfragen im Landtag an und fordert eine Unterrichtung im Justizausschuss. Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft Hannover habe es aber schlicht keine Hinweise darauf gegeben, dass es entsprechende Datenströme zu weiteren Geräten im dienstlichen Bereich gab. „Ohne hinreichenden Anfangsverdacht können wir da auch nicht durchsuchen“, erklärt Eisenhauer auf taz-Anfrage.

In Hannover bekommt der Vorfall dadurch politisches Gewicht, dass er sich einreihet in eine ganze Pannenserie im Verantwortungsbereich des Justizministeriums.

Da ist die Affäre um den mittlerweile verurteilten Staatsanwalt, der mit Kokaindealern zusammengearbeitet hat. Auch hier hatte die Staatsanwaltschaft Hannover keine gute Figur gemacht, weil sie den Maulwurf in den eigenen Reihen zu lange hatte weiterarbeiten lassen und die Ermittlungen zu spät an eine andere Staatsanwaltschaft abgegeben hatte.

Mit der politischen Aufarbeitung soll sich eigentlich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) befassen – doch der kommt kaum vom Fleck, weil man sich nicht auf Aktenvorlagen und die Reihenfolge der Zeugenvernehmung einigen kann. Schon vier Mal tagte

In Hannover bekommt der Vorfall dadurch politisches Gewicht, dass er sich einreihet in eine Pannenserie am Justizministerium

der PUA hinter verschlossenen Türen, kommende Woche soll es eine erste zumindest teilweise öffentliche Sitzung geben.

Die CDU-Opposition hat sich deshalb auch schon mit einem öffentlichen Brief an Ministerpräsident Olaf Lies (SPD) gewandt. Er solle seine Justizministerin Kathrin Wahlmann (SPD) anweisen, die Auskunftsrechte der Opposition respektvoller zu handhaben. Die CDU hat sich allerdings schon seit geraumer

Zeit auf Wahlmann eingeschossen. Da ging es zunächst um ihre – nach Auffassung der Opposition zu teuren – Dienstreisen, dann um diverse IT-Pannen.

Bei der Staatsanwaltschaft Hannover hatte es neben dem „Maulwurf“ noch mindestens eine weitere Panne gegeben. Im Juni des vergangenen Jahres wurde bekannt, dass eine Datenschutzstrafe von 4,3 Millionen Euro bei VW nicht mehr eingetrieben werden konnte, weil der zuständige Staatsanwalt vergaß, den Beschwerde-Schriftsatz an das Oberlandesgericht Celle zu unterschreiben. Wobei man fairerweise sagen muss: Dass die Beschwerde mit Unterschrift Erfolg gehabt hätte, ist auch nicht garantiert.

Die Staatsanwaltschaft Hannover ist mit über 400 Beschäftigten außerdem die größte des Landes, mit einem entsprechend gewaltigen Arbeitspensum. Wer in einer so großen Behörde nach Fehlern sucht, wird vermutlich immer welche finden.

Die Justizministerin hat aber noch in einem anderen Bereich zu kämpfen: dem Strafvollzug. Der machte zuletzt ebenfalls mit gleich drei Skandalen in kurzen Abständen bundesweit Schlagzeilen. Da war der Verdächtige im Fall Stade, der in seiner Zelle Selbstmord beging; der Vergewaltiger und Frauenmörder Benjamin F., der sich bei einem begleiteten Ausgang zu seiner Mutter mit dem Motorrad absetzte und es bis nach Italien schaffte; und der 23-jährige Missbrauchstäter, der seinen Hafturlaub von der Jugendanstalt Hameln nutzte, um erneut Kinder zu missbrauchen. Auch in diesen Fällen wirft die CDU der Ministerin vor, den Justizausschuss nur widerwillig und unvollständig informiert zu haben.

Hussam Al Zaher ist syrischer Journalist und Politikwissenschaftler. 2015 ist er nach Deutschland geflüchtet. In Hamburg hat er das Magazin *Kohero* gegründet, das Themen rund um Migration behandelt.

Bei einem Richter in Thüringen wurden Millionen Dateien mit kinder- und jugendpornografischem Material gefunden Foto: Philip Dulian/dpa



Hamburger aber halal Hussam Al Zaher

Vielleicht erwarten wir von Eltern zu viel

Seit ich Vater geworden bin, entdecke ich meine Stadt völlig neu. Genauer gesagt: Ich entdecke sie durch die Augen meiner Tochter. Gibt es Bordsteinkanten, die für Kinderwagen zum Hindernis werden? Wo gibt es Schatten, wo einen Spielplatz, wo eine Turnhalle? Mit diesem Blick begegnet man auch anderen Menschen. Vor allem anderen Eltern. Spielplätze und Turnhallen sind für mich deshalb nicht nur Orte, an denen Kinder spielen. Sie sind auch Orte, an denen sich beobachten lässt, wie wir unsere Kinder erziehen. Und manchmal lernen wir voneinander. Natürlich sollte man dort vor allem auf das eigene Kind achten. Trotzdem beobachte ich auch die Erwachsenen, weil ich neugierig bin. Wie reagieren sie, wenn ihr Kind einem anderen das Spielzeug wegnimmt? Wenn es schubst? Wenn es die Schaukel besetzt hält, obwohl andere Kinder warten?

Vielleicht täusche ich mich. Vielleicht sehe ich nur einen kleinen Ausschnitt. Aber manchmal habe ich den Eindruck, dass ein paar Eltern Schwierigkeiten haben, ihren Kindern Grenzen zu setzen. Sie greifen gar nicht ein.

Dabei frage ich mich oft, wo Kinder eigentlich lernen, dass sie nicht allein auf der Welt sind. Dass Freiheit dort endet, wo die Freiheit anderer beginnt. Dass Rücksicht und Geduld keine Strafen sind, sondern Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben.

Diese Gedanken führen mich in meine Kindheit in Syrien. Ich bin mit acht älteren Geschwistern aufgewachsen, ich war der Jüngste. Meine vier Onkel lebten mit ihren Familien in der Nachbarschaft. Dazu kamen Cousinen und Cousins, Nachbarn, Freunde meiner Eltern und Lehrerinnen, die meinen Vater oder meine Mutter kannten. Eigentlich kannte jeder jeden.

Deshalb hatte ich nie das Gefühl, dass nur meine Eltern für meine Erziehung verantwortlich waren. Wenn ich außerhalb der Wohnung etwas tat, das nicht in Ordnung war, musste nicht erst meine Mutter oder mein Vater eingreifen. Auch ein Nachbar konnte sagen: „Das macht man nicht.“ Ein Onkel konnte mich zurechtweisen. Selbst ältere Menschen aus der Nachbarschaft fühlten sich verantwortlich. Damals erschien mir das selbstverständlich. Erst heute merke ich, wie besonders das eigentlich war.

Natürlich bedeutet das nicht, dass alle Familien in Syrien gleich erziehen oder automatisch besser Grenzen setzen. Genauso wenig gibt es so etwas wie „die deutsche Erziehung“. Jede Familie ist anders. Und trotzdem fällt mir ein Unterschied auf.

In Deutschland wachsen viele Kinder in deutlich kleineren Familien auf. Die Verantwortung liegt fast ausschließlich bei den Eltern. Selbst Großeltern halten sich oft bewusst zurück oder werden gebeten, sich nicht einzumischen. Erziehung wird zu einer Aufgabe von zwei Menschen – und manchmal sogar von nur einem Elternteil.

Ich frage mich oft, ob wir Eltern damit nicht überfordern. Denn früher wurden Kinder nicht nur von ihren Eltern begleitet, sondern von einer Gemeinschaft. Interessant ist, dass ich auch die gegenteilige Kritik höre. Wenn ich mit meiner Tochter und den Kindern meiner syrischen Verwandten zusammen bin, sagen manche scherzhaft: „Den Deutschen liegt das Kontrollieren der Kinder im Blut.“ Sie erzählen, deutsche Eltern stellten Regeln auf und ihre Kinder gehorchten schnell. Arabische Kinder hingegen diskutierten länger – und irgendwann gaben die Eltern nach.

Zwischen diesen beiden Sichtweisen bewege ich mich. Ich möchte keine autoritäre Erziehung. Ich möchte aber auch keine Erziehung, in der Kinder nie lernen, dass es Grenzen gibt. Denn Grenzen bedeuten nicht automatisch Unfreiheit. Sie sind oft die Voraussetzung dafür, dass viele Menschen gemeinsam frei leben können. Vielleicht ist deshalb gar nicht die entscheidende Frage, ob deutsche oder syrische Eltern besser erziehen.

Vielleicht lautet die eigentliche Frage: Wer erzieht unsere Kinder überhaupt noch? Früher war die Antwort für mich einfach: Eltern, Verwandte, Nachbarn, Lehrer*innen – eine ganze Gemeinschaft. Heute scheinen wir diese Verantwortung immer stärker auf zwei Menschen zu übertragen. Vielleicht erwarten wir von Eltern inzwischen zu viel. Und vielleicht brauchen Kinder nicht nur mehr Freiheit, sondern auch wieder mehr Gemeinschaft.



das wird

„Die Stadt ist für
den weißen Mann
im Auto gemacht“

Hamburg ist nicht für alle gebaut.
Ein feministischer Stadtrundgang
zeigt, was fehlt: mehr als öffentliche
Toiletten, sagt Luise Wolff

Interview **Nele Rebentisch**

taz: Frau Wolff, welche Orte in Hamburg zeigen besonders deutlich, dass unsere Stadt nicht für alle Menschen gleich gut funktioniert?

Luise Wolff: Eigentlich sieht man das schon gut bei öffentlichen Toiletten. Also, wie viele gibt es in der Stadt, für wen sind sie gemacht und wie zugänglich sind sie. Es ist aber wichtig zu verstehen, dass es bei einer feministischen Stadt nicht um eine Stadt für Frauen geht, sondern eine geschlechtergerechte Stadt. Es gibt verschiedene Diskriminierungsformen und Geschlecht ist ein Aspekt. Es geht aber auch zum Beispiel um Rassismus und Klassismus.

taz: Wer wird in der heutigen Stadtplanung in Hamburg besonders ausgeschlossen und wer wird im Gegenzug planerisch am meisten bevorzugt?

Wolff: Studien zeigen, wenn Geschlecht bei der Planung nicht mitgedacht wird, dass sie dann vor allem Männer zentriert und Männer bevorzugt. Benachteiligt werden alle, die davon abweichen, das sind zum Beispiel Frauen, aber auch nicht binäre und queere Personen. Die Stadt ist gemacht für den weißen Mann in einem Auto.

taz: Und wie sieht das konkret aus?

Wolff: Besonders merken das Personen mit einer Behinderung, die ihre Mobilität betrifft – das sieht man auf jeden Fall auch im Stadtbild, beispielsweise an der Bodenbeschaffenheit und Hürden, die man einfach mitdenken und abschaffen müsste. Auch da fällt auf, dass die Stadt für Personen gemacht ist, die Auto fahren. Dann geht's aber auch darum, wer ist überhaupt sichtbar in der Stadt. Das wird zum Beispiel daran deutlich, wie viele Straßennamen nach Frauen oder Personen of Color benannt sind.

taz: Warum geht die Stadtplanung noch immer von einem neutralen Einheitsmenschen oder dem Mann aus?

Wolff: Das hängt damit zusammen, wer das entscheidet, das ist einfach historisch gewachsen. Es waren einfach sehr häufig Männer, die die Stadt für Männer konzipiert haben. Gar nicht unbedingt absichtlich. Aber es fehlten und fehlen andere Perspektiven. Deshalb ist es so wichtig, das intersektional zu betrachten und verschiedene Diskriminierungsformen mitzudenken, um mehr Perspektiven einzubeziehen. Und das heißt in der Schlussfolge auch, dass diese Personen auch in Entscheider*innen-Positionen müssen.

taz: Reicht es also nicht, dass die Hamburger Behörde für Stadtplanung und Wohnen in den vergangenen 18 Jahren in Frauenhand war?

Wolff: Nein. Selbst wenn jetzt Frauen auf Entscheider*innen-Positionen sind, dann können sie immer noch weiße, nichtbehinderte, nicht von Klassismus betroffene Personen sein. Und dann fallen ja schon mal viele Perspektiven weg.

taz: Scheitert inklusive Planung eher an der Erkenntnis, an den Ideen oder an der Umsetzung?

Wolff: Ich würde sagen, die Erkenntnisse sind da und es scheitert eher an der Umsetzung. In Wien beispielsweise gibt es seit 2013 ein Handbuch, an dem sich die Stadtplanung orientieren soll. Denn wer eingeschlossen wird, ist immer auch eine Ressourcenfrage.

taz: Aber reicht ein Handbuch, wenn Gleichstellungsziele immer auch mit wirtschaftlichen Interessen, Wohnungsbau und Verkehr konkurrieren? Oder braucht es mehr Verbindlichkeit?

Wolff: Ich glaube, es braucht ganz konkrete Ziele, wie die gerechte Stadt aussehen soll. Aber manchmal macht es Sinn, einfach auch klein anzufangen. Bei breiteren Gehwegen für Personen mit Kindern zum Beispiel.

taz: Wie könnte eine Stadt aussehen, die sich an unterschiedlichen Lebensrealitäten orientiert?

Wolff: Es muss gemeinschaftlicher gedacht werden, denn die Stadtviertel sind unterschiedlich gut aufgestellt. In einkommensstarken Vierteln gibt es mehr öffentliche Toiletten. Wichtig wäre, dass man die Stadt als Ganzes denkt und das Ziel ist, dass Menschen, egal wo sie leben, innerhalb von 15 Minuten an den wichtigsten Orten, also Einkaufen, Arzt und Kita sind. Und wir brauchen gemeinsame Orte im Grünen, wo sich Leute begegnen können.

Klimakrise im hohen Norden: Starkregen hat in Kiel 2021 für überflutete Straßen gesorgt Foto: Frank Molter/dpa



Es wird teuer für Schleswig-Holstein

Das Bundesland am Meer hat eine neue Strategie zur Klimawandel-Anpassung vorgestellt. Der Umweltminister fordert eine Grundgesetzänderung und mehr Hilfe vom Bund

Von **Esther Geißlinger**

Trockenheit, Hitze und Starkregen nehmen zu. Wie müssen Städte, Wälder und Gewässer gestaltet sein, um rasche Wetterwechsel und steigende Temperaturen auszuhalten? Das Land Schleswig-Holstein hat dazu eine „Klimaanpassungsstrategie“ vorgestellt. Das 200 Seiten starke Papier zeigt vor allem eines: Der Schutz vor den Folgen der Überhitzung wird aufwendig und teuer.

Die Erderwärmung zu stoppen, bleibe „Priorität Nummer eins“, sagte Umwelt- und Küstenschutzminister Tobias Goldschmidt (Grüne) bei der Vorstellung der Klimaanpassungsstrategie in Kiel. Aber er forderte gegenüber der Nachrichtenagentur dpa eine doppelte Kraftanstrengung: „Einerseits Emissionen weiter konsequent reduzieren. Und uns andererseits anzupassen, an die Veränderungen, die schon da sind.“

Dazu hatte das Land bereits 2011 und dann erneut 2017 Fahrpläne vorgelegt, um das Leben in Zeiten des Klimawandels zu gestalten. Darin geht es um Themen wie Gesundheit, Küstenschutz und Landwirtschaft. Im aktuellen Plan sind es ganze 16 Aufgabenfelder, von Bildung über Energieinfrastruktur und Raumplanung bis zu biologischer Vielfalt. Ein Kernelement betrifft den Küstenschutz, er habe „gesamtgemeinschaftliche Bedeutung“, heißt es im Strategiepapier. Immerhin sind ein Viertel der Landesfläche durch Überflutung gefährdet.

Seit 1900 ist der Meeresspiegel global um rund 20 Zentimeter gestiegen, was sich an Kaimauern und Hafenanlagen zeigt. Bei Sturmfluten, die an Häufigkeit und Stärke zunehmen werden, sind Deiche, Wehre und Fluttore besonders belastet. Schleswig-Holstein steckt bereits Millionenbeträge in den Küstenschutz. Die Schutzdeiche sollen nach dem Ausbau einen Wasseranstieg von rund einem Meter aushalten können.

In vielen Bereichen gibt es schon Vorgaben und Pläne,

sagte Goldschmidt: „Die gute Nachricht ist: Wir starten nicht bei null, und vieles nützt uns

„Was wir gerade erleben, ist kein Wetter, und das ist auch kein Jahrhundertsommer, sondern das ist Klimakrise.“

Umwelt- und Küstenschutzminister **Tobias Goldschmidt** (Grüne)

gleich doppelt.“ Das betrifft etwa die Stadtplanung, wo die Strategie mehr Grün und Entsiegelung vorschlägt. Denn Bäume und Parks können das Mikroklima abkühlen, Tieren Lebensraum bieten und Treffpunkt für die Menschen darstellen.

Beim Presseterminin nannte Kiels Oberbürgermeister Samet Yilmaz (Grüne) den Schützenpark als Beispiel, der vom Ende der Autobahn bis an den Rand der Innenstadt reicht. Nun wird das Areal vergrößert und eine Wiese tiefer gelegt, damit sie bei Starkregen mehr Wasser aufnehmen kann. In Kiel werde künftig bei jeder Quartiersentwicklung hingesehen, wie die Klimaanpassung vorangebracht werden könne, sagte Yilmaz. „Mehr Grün, weniger Beton“, nannte er als Grundsatz. „Auch in der Innenstadt können wir genauer hinschauen.“

Nicht nur Kiel, sondern auch viele andere Städte im Land haben bereits lokale Klimaanpassungspläne. Aber ob sie wirklich greifen, hängt von der örtlichen Politik ab. In Flensburg etwa beraten die städtischen Gremien zurzeit, ein neues Wohnquartier in eine Windschneise zu bauen, obwohl das Klimagutachten davon warnt.

Nicht nur in den Rathäusern kommt es auf örtliche Akteure:innen an. Auch in der Landwirtschaft mit ihrem Einsatz von Dünger und Pestiziden. Da liegen Ideen und Projekte zur Reduktion der klimaschädli-

chen Stoffe vor, doch ihre Umsetzung bleibt freiwillig.

Ähnlich ist es in der Forstwirtschaft, wo neben kommunalsten zahlreiche private Waldbesitzer:innen dafür sorgen müssen, die Bäume und ihr Ökosystem zu erhalten. Zudem setzt sich die Regierung dafür ein, den Baumbestand im waldarmen Schleswig-Holstein um rund 15.000 Hektar zu erhöhen. Allerdings ist das ein Versprechen, das bereits mehrere Regierungen gegeben und nie umgesetzt haben.

Aus Sicht des Umwelt- und Küstenschutzministers Goldschmidt ist die Klimaanpassung keine Aufgabe für ein Bundesland oder eine Kommune allein. Er warnt davor, die Lage zu un-

terschätzen: „Was wir gerade erleben, ist kein Wetter, und das ist auch kein Jahrhundertwetter, sondern das ist Klimakrise.“ Angesichts der Dramatik reagierte die Bundesregierung viel zu passiv, sagte er laut dpa. „Der Bundeskanzler hat gesagt, er äußere sich irgendwann dazu. Ich glaube, so kann es nicht weitergehen. Wir müssen das Thema Klimaanpassung und Klimaschutz mit viel stärkerer Dringlichkeit bearbeiten.“

Er schlug eine „Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung“ vor, um alle Kräfte für die Zukunft zu bündeln. Nötig sei eine Änderung des Grundgesetzes. Dann könne sich der Bund an der Finanzierung von Projekten beteiligen.

taz+ FUTURZWEI
Magazin für Zukunft und Politik

NACHSPIELZEIT

Die offene Gesellschaft liegt schwer im Rückstand. Wie drehen wir das Ding noch?

Was wäre, wenn wir mutig sind?
das neue Buch
von Luisa Neubauer

mit Abo-Prämie

**JETZT
ABONNIEREN!**
Vier Ausgaben für 38 €
tazfuturzwei.de/abo

